



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Allianz Syrien-Iran-Hisbollah: Eine Analyse der
Entstehung und ideologischen Basis“

Verfasser

Robert Walasinski

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Priv.– Doz. Mag. Dr. Ursula Werther-Pietsch

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich all jenen danken, die mich in meinem persönlichen und akademischen Werdegang unterstützt haben.

Allen voran meiner ganzen Familie, die mich während meines Studiums, aber auch in den nicht immer einfachen Phasen davor, immer unterstützte und meine Entscheidungen respektiert hat. Ganz besonders möchte ich meiner Freundin Dominique danken, für ihre Geduld und Hilfe, ihren Zuspruch und ständige Unterstützung, ohne je daran zu zweifeln, ob ich die vor mir liegenden Aufgaben meistern werde. Ich bin dankbar dafür, dass wir gemeinsam unsere Wege gehen und freue mich auf die nächsten gemeinsamen Schritte.

Ich möchte hier auch besonders Karin danken, mit ihr bin ich nicht nur durch das Studium gegangen, sondern vor allem durch die letzte gemeinsame Phase. Ich glaube nicht, dass ich das alleine so geschafft hätte. Aber auch all meinen Freunden, die ich hier gar nicht alle aufzählen kann, die mich immer spüren ließen, dass sie an mich glauben und mich in allen Phasen – auch außerhalb des Studiums unterstützt haben. Danke für eure Freundschaft und Hilfe.

Besonderer Dank gebührt auch meiner Betreuerin Fr. Dr. Ursula Werther-Pietsch, ihre gezielten Inputs und Hilfestellungen haben diese Arbeit um relevante Aspekte ergänzt und erst in dieser Form ermöglicht. Ich möchte auch allen KollegInnen danken, ohne manch einen wäre ich nicht zu diesem Thema gekommen. Danke für die Studienzeit, die mir unvergessliche Erfahrungen und Erlebnisse gebracht hat, die meinen Blick auf die Welt unendlich verändert haben.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Hypothesen und Fragestellung	3
3. Theoretische Annahmen	4
3.1 Welcher Staat, welche Nation?	4
3.2 Nationalismus – Panarabismus	10
3.3 Identität – Ein problematischer Begriff	12
4. Historische Aufarbeitung	15
4.1 Alawiten, Schiiten oder gar keine Muslime?	16
4.1.1 Die Zuordnung der Alawiten	19
4.2 Vom Osmanischen Reich zur französischen Mandatszeit	21
4.2.1 Die ägyptische Besetzung Syriens	22
4.3 Französische Mandatspolitik	23
4.4 Machtverschiebungen in der syrischen Gesellschaft	24
5. Panarabismus und die Baath Partei	28
5.1 Die Anfänge der Baath	29
5.2 Der Weg der Baath-Partei an die Macht	33
5.2.1 Die Vereinigte Arabische Republik (V. A. R.)	33
5.2.2 Die Neo-Baath an der Macht	36
5.2.3 Arabischer Sozialismus	39
5.2.4 Der Sechstagekrieg 1967	41
5.3 Hafiz al-Assad putscht an die Macht	45
5.4 Assads Verhältnis gegenüber der PLO	47
6. Allianzen formieren sich	52
6.1 Beziehungen zum Iran	52
6.1.1 Der Iran vor der Revolution	52
6.1.2 Die Politik des Mohammed Reza Shah Pahlavi	55
6.2 Wandel der Beziehungen gegenüber Syrien	58
6.3 Hisbollah	60
6.3.1 Exkurs: Bürgerkrieg im Libanon	60

6.3.2	Interne und externe Ursachen	61
6.3.3	Operation Litani 1978 und die Invasion 1982	64
6.4	Beziehungen zum Iran über Musa al-Sadr	66
6.5	Gründung der Hisbollah und iranische Interessen	69
6.5.1	Verhältnis gegenüber Syrien	72
7.	Völkerrechtliche Betrachtung	74
7.1	Humanitäres Völkerrecht	76
7.2	Responsibility to Protect R2P	79
8.	Conclusio	83
9.	Literatur	88
	Zusammenfassung	94
	English Summary	95
	Curriculum Vitae	97

1. Einleitung

Syrien galt lange Zeit als ein Hort der Stabilität im Nahen Osten. Unter Hafiz al-Assads Präsidentschaft konsolidierte sich das Baath Regime in Syrien zu einem autoritären Staat, der zwar als diktatorisch wahrgenommen wurde, aber gleichermaßen als berechenbar und stabil. Der Preis der Stabilität in einem autokratischen System ist allerdings die Freiheit und Würde des/der Einzelnen. Das diktatorische System schien durch nichts erschüttert werden zu können. Die Strukturen der Baath Partei kontrollierten die gesamte Gesellschaft und garantierten (über) vierzig Jahre eine trügerische Stabilität. Hafiz al-Assad starb nach dreißig Jahren im Amt. Die Nachfolge trat sein Sohn Bashir im Jahr 2000 an. Nach anfänglichen Reformen vom Westen als Hoffnungsträger für eine Öffnung und Modernisierung des Landes gehandelt, konsolidierte er letztendlich den autokratischen Führungsstil seines Vaters.

Die Revolutionen im arabischen Raum, die 2010 von Tunesien ausgehend, über Ägypten bis zum durch westliche Unterstützung erfolgten Regimewechsel in Libyen, zum Sturz autokratisch regierender Präsidenten führten, griffen schlussendlich auch auf die syrische Bevölkerung über. Das Regime unter Bashir al-Assad lies die friedlichen Demonstrationen zunächst gewähren. Als immer mehr Menschen auf die Straße gingen und die Proteste über einen längeren Zeitraum andauerten, begann eine Spirale der Gewalt. Auf Verhaftungen von DemonstrantInnen folgte die gewaltsame Auflösung der Demonstrationen. Nachdem sich die Protestierenden jedoch nicht einschüchtern ließen, reagierte der Sicherheitsapparat mit Waffengewalt. Aus den gewaltfreien Protesten entwickelte sich eine blutige Auseinandersetzung, die sich zum bewaffneten Widerstand gegen das Regime entwickelte. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit forderte der mittlerweile zum Bürgerkrieg angewachsene Konflikt bereits über 130.000 Menschenleben. Mittlerweile kämpfen nicht nur als gemäßigt geltende Gruppen gegen das brutal vorgehende Regime, sondern auch zahlreiche jihadistische und islamistische Verbände.

Das syrische Regime bekämpft die Aufstände auf rücksichtslose Art und Weise, ohne zwischen KämpferInnen und ZivilistInnen zu differenzieren. Assad schrieb die Proteste von Beginn an ausländischen Kräften zu und denunzierte DemonstrantInnen als TerroristInnen. Das Regime sieht sich durch das radikale Vorgehen einiger

extremistischer Kampfverbände in seiner Position bestätigt und erhält vom Iran und der libanesischen Hisbollah politische sowie militärische Unterstützung.

Vor diesem Hintergrund behandeln muss das Thema dieser Arbeit gesehen werden. Eine Forschungsreise nach Syrien und in den Libanon im Februar 2011, einen Monat vor dem Aufkommen der Proteste in Syrien, hinterließ bei mir persönlich sehr viele bleibende Eindrücke und offene Fragen, die mich zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema anregten. Die Allianz zwischen Syrien, dem Iran und der Hisbollah reicht mittlerweile über dreißig Jahre zurück und gipfelt in der aktuellen Involvierung der Hisbollah und des Irans im syrischen Bürgerkrieg. Für mich stellte sich die Frage, welche Faktoren trotz der unterschiedlichen Ideologien zu dieser Kooperation geführt haben und mit welchen ideologischen Mitteln sich die Regime legitimieren. Durch den zum Zeitpunkt des Verfassens andauernden Bürgerkrieg, dessen Zerstörungsgewalt und Komplexität die Weltgemeinschaft vor eine schier unlösbare Situation stellt, kam die Frage nach den Instrumenten der internationalen Gemeinschaft im Bezug auf innerstaatliche Konflikte auf.

Zu Beginn der Arbeit werden die behandelten Hypothesen und Fragestellungen vorgestellt, anhand derer die Thematik aufgearbeitet wird. Darauf anschließend werden die Begriffe des Staates und der Nation von einem eurozentrischen Blickwinkel getrennt, um ein differenziertes Verständnis für Nationalismus und Panarabismus als Teil der Baath Ideologie zu ermöglichen. Eine historische Aufarbeitung stellt den Konnex zu externen Faktoren des gesellschaftlichen Wandels und der Entstehung der heutigen Staats- und Herrschaftsformen in Syrien und dem Iran her. Daraus folgend wird das außenpolitische Engagement der beiden Staaten im libanesischen Bürgerkrieg untersucht aus dem die Hisbollah entstand. Im Zuge dieser Betrachtung wird eine Querverbindung zwischen Ethnizität und panarabischem Nationalismus gelegt, um die Legitimationsinstrumente der Akteure zu untersuchen. Als letztes Kapitel vor der Zusammenführung werden die völkerrechtlichen Instrumente auf ihre Entwicklungen und Möglichkeiten der Anwendung auf den zum Zeitpunkt des Verfassens andauernden Konflikt beleuchtet. Im letzten Teil der Arbeit werden die Analysestränge und die in den Zwischenconclusios argumentierten Schlüsse kurz wiedergegeben, um in eine abschließende Überprüfung der aufgestellten Hypothesen und Fragestellungen zu münden.

2. Hypothesen und Fragestellung

Der sich aus Widerstand gegenüber osmanischer Herrschaft formierte Panarabismus hat nach der europäischen Kolonialpolitik in der Levante eine ideologische Veränderung erfahren. Die französische Mandats Herrschaft in Syrien hat nicht nur zu gesellschaftlichen Verschiebungen, sondern auch zur Herausbildung politisch-ideologischer Machtzentren geführt. Die Errichtung des syrischen Nationalstaates unter dem französischen Mandat hat der Baath-Partei gemeinsam mit den gesellschaftlichen Umbrüchen zur Machtübernahme im Staat verholfen.

Wie trägt Ideologie, in diesem Fall die Baath-Ideologie, zur Konstruktion von nationaler Identität bei und wie wurde diese durch die Fremdherrschaft geprägt bzw. wo ist der Einfluss der Franzosen zu verorten? Inwieweit findet der Einfluss externer Akteure in der US-amerikanischen Nahost-Politik ihre Fortsetzung?

Die Allianz zwischen Syrien, Iran und Hisbollah ist im machtpolitischen Interesse zu verorten, in dem Ideologie vordergründig eine Rolle spielt, dies aber nur in verschiedenen Teilaspekten. Die regional- sowie geopolitischen Gegebenheiten förderten die Herausbildung der Allianz stärker als ideologisch propagierte Ideale. Die Allianz kann bestehen, solange die Interessen Einzelner nicht gefährdet werden.

Auf welchen Ebenen ist Syrien mit dem Iran und der Hisbollah verbunden? Kann man von einer ethnisch-religiösen und/oder machtpolitischen Allianz sprechen, die gemeinsame äußere Feinde bzw. Konkurrenten als kleinsten gemeinsamen Nenner braucht, im Inneren aber fragil bleibt und unter Druck auseinanderbricht?

Die internationale Gemeinschaft versucht, mit normativen Maßstäben im internationalen Recht (zwingendes Recht, humanitäres Kriegsrecht, individuelle Strafrechtsverantwortlichkeit, UNO-Sicherheitsratsresolutionen) und Instrumenten wie Schutz der Zivilbevölkerung, Menschenrechtsagenda, entwicklungspolitischem Engagement etc. direkt zu betroffenen Bevölkerungen durchzudringen und mit einem Bottom-up-Ansatz zu nachhaltigem Frieden, mehr Gerechtigkeit, Mitsprache und Selbstbestimmung in einem individuellen Sinn beizutragen.

Zielt die internationale Gemeinschaft an den Machtstrukturen vorbei? Wie legitimieren sich diese Strukturen? Auf welchen Kanälen kann die staatlich geprägte Weltgemeinschaft auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort eingehen?

3. Theoretische Annahmen

3.1 Welcher Staat, welche Nation?

Diese Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit Akteuren, die entweder eine staatliche oder semistaatliche Funktion erfüllen und damit die Geschicke ihrer jeweiligen Staaten lenken. An dieser Stelle soll kurz darauf eingegangen werden, mit welchem Verständnis von Staat bzw. Staatlichkeit gearbeitet wird und worin der Unterschied zum europäischen Staats- bzw. Nationenverständnis liegt.

Ausgehend von europäischen Theoretikern wendet Nazih Ayubi in *Over-stating the Arab State* verschiedene Definitionen und Theorien auf die Staaten im Mittleren Osten an. Einige seiner Thesen können für eine Analyse Syriens herangezogen werden und geben eine theoretische Fundierung vor. Seine Grundannahme beruht auf der These, dass die Staaten im arabischen Raum größtenteils zu einem Zeitpunkt entstanden, als arabische Intellektuelle sich vornehmlich mit der islamischen Umma (Gemeinschaft) und arabischem Nationalismus beschäftigten, und nicht mit der Implementierung des territorial begrenzten und auf einem bürokratischen Verwaltungssystem basierenden Staates (Ayubi 2009: 4). Ausgehend vom hegelschen Verständnis, die Einheit des Staates als Triumph gegenüber der Diversität und das öffentliche Interesse über dem Partikularen/Privaten zu sehen sowie dem marxistischen Ansatz, den Staat zwar von der Gesellschaft zu unterscheiden, aber nicht trennen zu können, kommt Ayubi zu dem Schluss, Antonio Gramscis Theorie der Hegemonie als die am besten geeignete zu sehen (vgl. ebd. 5).

Gramscis Hegemonietheorie über die Funktion des Staates geht über ein marxistisch leninistisches Verständnis, diesen als Instrument der Bourgeoisie, um Macht über die Arbeiterklasse auszuüben, hinaus. Die Zivilgesellschaft wird stattdessen als integraler Teil des Staates miteinbezogen. Die dominierende Klasse ist somit nicht alleine von der

Macht durch Zwangsausübung (*coercive power*) durch den Staat abhängig, sondern überzeugt durch ihre Hegemonie die Zivilgesellschaft, das Deutungs- und Wertesystem der herrschenden Klasse zu übernehmen und ihre Werte und Überzeugungen zu teilen (Ayubi 2009: 6). Nach Gramsci kann eine Klasse auf zwei Wegen Hegemonie ausüben: Entweder sie führt diejenigen, die sich ihr anschließen oder sie dominiert jene, die sich von ihr abwenden (ebd.). Vor allem die Kategorisierung von Staaten in Gendarmenstaat oder Ständestaat als Kontrast zum Integralen Staat verdeutlicht die Verwendbarkeit des Hegemonialbegriffes für die Analyse (vgl. ebd. 7).

„The contemporary state in the Middle East appears to correspond to the Gramscian categories of ‚gendarm-state‘ and ‚corporative-state‘. Aspects of the ‚police-state‘ in the Middle East are clear enough to most observers.“ (vgl. ebd.)

Ayubi argumentiert mit einem Zitat von C. Buci-Glucksmann, die anhand der Dominanz des Staates seine Schwäche ausmacht, die Nähe zum gramscianischen Ständestaat.

„The economic–corporative phase of the state is necessarily longer ... the more ‚gelatinous‘ and less developed civil society is. The state is then compelled to play a driving role in the social development, and this in the absence of earlier democratic traditions. When Gramsci writes how ‚in Russia, the State was everything, civil society was primordial and gelatinous‘, it is necessary to add that precisely because this State was everything (authoritarian, tsarist), it could not be an integral state in the Gramscian sense. Class unification of an authoritarian and bureaucratic kind cannot be taken as a sign of strength (‚expansiveness‘), it is rather a sign of weakness.“ (Buci-Glucksmann 1980 zit. n. Ayubi 2009: 7)

Wenn der Staat der treibende Akteur ist und nicht in einem dialektischen Verhältnis mit der Gesellschaft agiert, sondern seine Macht auf Zwang und Autorität basiert, handelt es sich demnach um ein Zeichen von Schwäche. Gramsci wurde bisher wenig zur Untersuchung arabischer Politik angewendet, wobei Ayubi seine Konzepte als sehr ergiebig für die Analyse hält und dieser Ansatz auch bei anderen, westlichen wie arabischen, Autoren zu finden ist (vgl. ebd. 9). Die bisher für die Analyse des arabischen Raumes herangezogenen Theorien, von Weber über Marx, hinterließen Leerstellen oder waren – wie Webers Theorie – auf einen bestimmten protestantischen Gesellschaftstyp zugeschnitten, der tendenziell eher weit entfernt ist von einer islamisch geprägten Gesellschaft (ebd. 10).

„Both neglected or overlooked [Weber/Marx; Anm. R. W.] the state as the major political actor, both underestimated its relative autonomy, distinct identity and ability at times to shape society,

and both were content simply to ‚derive‘ the state either from economics or from culture.“
(Ayubi 2009: 10)

Die Verbindung eines Staats bzw. seiner Tätigkeit in Bezug auf ökonomische und soziale Agenden ist demnach maßgeblich an der Gestaltung der jeweiligen Gesellschaft, ihrem Selbstverständnis und ihrem Bewusstsein, beteiligt – in einem funktionierenden (integralen) Staat folglich aber auch umgekehrt, hier kann die Gesellschaft auf den Staat und seine Funktionen Einfluss nehmen. In den in der Analyse betrachteten Staaten ist das entweder aufgrund eines autoritären Führungsstils, ob säkular aufgebaut wie in Syrien, auf einer religiösen Ideologie basierend wie im Iran, oder wegen festgefahrener, an ethnischen Linien verlaufenden Strukturen wie im Libanon, nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Diese hegemoniale Schwäche der betrachteten Akteure (wobei die Hisbollah als semistaatlicher Akteur eine Sonderrolle einnimmt) erweitert das im nächsten Kapitel problematisierte Konzept von Identität um so mehr, da die Unzulänglichkeiten dieser Systeme oft eine Abkehr von der konstruierten ideologischen Beziehung zum Staat zur Folge haben.

„Unable to find redress of grievances in the institutions of statehood and citizenship, many people turn to subaltern identities – tribe, religion, ethnicity, village, neighborhood and militia – that have functioned for millennia in some cases. These provide identity, protection, and solace, as well as fill the critical need to have a means of collective expression for political interaction with other groups of society.“ (Khoury 2008: 45)

Der integrale Staat würde laut Gramsci auf der Entwicklung einer gemeinsamen „Weltanschauung“ basieren, die durch die herrschende Klasse alle Gesellschaftsschichten durchdringt und in einer dialektischen Interaktion zwischen den verschiedenen Schichten steht. Die Interaktion bildet einen sozio-politischen Block, der sich in einer sozial konstruierten Übereinstimmung mit den verschiedenen Bereichen der sozialen Struktur, auf ökonomischer, politischer wie auch ideologischer Seite, befindet und dadurch Hegemonie erreicht (vgl. Ayubi 2009: 8).

Ayubi weist darauf hin, dass es sich bei modernen Nationalstaaten um ein ursprünglich europäisches Phänomen handelt, welches sich einhergehend mit dem Aufstieg der Bourgeoisie in einem kapitalistischen System entwickelte und der Kontrolle des Marktes und der Produktionsweise diene. Da viele Staaten der Welt aber eine andere Entwicklung hinter sich haben, stellt sich die Frage, weswegen das Konzept des Staates als solches übernommen wurde, auch wenn die historischen und sozialen

Voraussetzungen nicht gegeben waren und die eingesetzten nationalen bzw. säkularen Konzepte nicht den ursprünglichen Ideen und Vorstellungen der Eliten entsprachen. Der Einsatz eines solchen Systems durch Kolonialmächte ist zwar eine mögliche Erklärung, jedoch muss man ebenso die Verbreitung westlicher Ideen sowie die „voluntary mimicry“ der jeweiligen Eliten in Betracht ziehen (vgl. Kazancigil 1986 zit. n. Ayubi 2009: 11).

Staaten, die nach einer kolonialen Vergangenheit entstanden sind, wie dies bei Syrien und dem Libanon der Fall ist, sind oft nach einem kolonialen System aufgebaut, das nicht durch die nationale Bourgeoisie entstanden ist, sondern viel eher den Kolonialinteressen dienen sollte (Alavi 1979 zit. n. Ayubi 2009: 12). Man kann diese These nicht verallgemeinern, aber bestimmte Punkte lassen sich bei den betrachteten Akteuren (mit Ausnahme des Irans), rekonstruieren, vor allem in Bezug auf Syrien, wenn man die gesellschaftlichen Verschiebungen der letzten siebenzig Jahre betrachtet. Wichtige Positionen wurden verstärkt an Mitglieder jener Bevölkerungsgruppen vergeben, die den Interessen der französischen Mandatsmacht dienten. Wenn man diesem Ansatz weiter folgt, „entkoppelt“ sich der Staat von der Gesellschaft:

„As these purposes were generally separate from the main bulk of national interests, maintains Alavi, this state has developed a considerable amount of ‚relative autonomy‘ *vis-à-vis* the native economic and social forces. And as a continuation of this colonial legacy, the military-bureaucratic oligarchs of the independent states has continued to play a mediating role among the competing demands of three owning classes: the landlords, the native capitalists and metropolitan capital.“ (Ayubi 2009: 12).

Die nationale Bourgeoisie (*native capitalists*) ist insofern vom Staat abhängig, als er nicht nur Dienstleistungen und Schutz bietet, sondern auch Kontrolle und Disziplinierung der Gesellschaft/Arbeiterschaft gewährleistet, sei es auf politischem oder gewaltsamem Weg. Doch man darf periphere Staaten und ihre Klassen bzw. soziale Schichten nicht separiert voneinander betrachten, sondern eingebettet in einem globalen wirtschaftlichen System, das über den Staat auf die Gesellschaft einwirkt (vgl. ebd. 14). Der periphere Staat greift stärker in die Produktionsweise ein, als dies bei Staaten mit einer unabhängig entstandenen Bourgeoisie geschieht. Dadurch stellt er nicht eine Reflexion der Gesellschaft dar, sondern schafft selbst soziale Realitäten durch aktives, oft gewaltsamen Interventionismus (vgl. ebd. 14).

Am Beispiel von Syrien oder dem Libanon lässt sich zeigen, welche weitreichenden Folgen im Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft die Implementierung eines

Systems hat, das in seiner Struktur nicht aus einer Gesellschaft selbst entwachsen, sondern durch Kolonialmächte eingesetzt worden ist. Die Abhängigkeit der Elite von einem als Korrektiv auftretenden Staat, der mit Gewalt und Zwang anstelle eines dialektischen Verhältnisses zu allen Akteuren der Gesellschaft regiert, weist diesen als schwachen, nicht „vollständigen“ Staat im Gramsci'schen Sinn aus. Elemente, wie der Einsatz bestimmter Eliten für eigene politische Zwecke, die Implementierung eines Systems, das bestimmte Gruppen bevorzugt und das Festhalten an diesen Strukturen durch die jeweiligen Eliten, verhinderten und verhindern weiterhin die Entwicklung eines hegemonialen Staates, der in einer dialektischen Beziehung zur Gesellschaft steht und gegenseitiger Einfluss möglich ist.

Rami Khouri beispielsweise sieht die Bande zwischen BürgerInnen und Staaten im Großteil des arabischen Raums als zerstört an. Die willkürliche Grenzziehung in der ersten Hälfte des 20. Jhd. und der Einsatz williger Bevölkerungsteile für die Etablierung eines Nationalstaates durch fremde Kolonialmächte, Frankreich im Falle Syriens und des Libanons, stellt die Region bis heute vor große Probleme. Systeme wurden zwischen den verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen nicht ausverhandelt, sondern von Eliten eingesetzt, wodurch viele Leerstellen in Bezug auf den vorherrschenden ethnischen und religiösen Pluralismus offenblieben und heute zu massiven Spannungen führen (vgl. Khouri 2008: 48).

Im Anschluss an diese sozioökonomische Betrachtungsweise auf den Staat wird im nächsten Teil dieses Kapitels auf das Verständnis von Nation und in weiterer Folge von Nationalismus eingegangen.

Ayubi sieht in seiner Analyse arabisch islamischer Konzepte bezüglich eines Staatsverständnisses Parallelen zur deutschen Romantik. Besonders der Aspekt der *Gemeinschaft* ähnelt dem islamischen Verständnis von *Umma*, das auf einer spirituellen Ebene eine Verbindung über die gemeinsame Nation hin zum gemeinsamen Staat schaffen konnte. Der Staat galt in der deutschen Romantik (Ayubi nennt hier beispielsweise Müller, Fichte, Mommsen, Moser und Sauvigny) als die höchste und edelste Form der Gemeinschaft, deren Prinzipien sich von der Dorfgemeinschaft bis zur gesamten Nation durchzogen. Freiheit wurde von einer individuellen Ebene auf eine kollektive gehoben, welche, beruhend auf dem Konzept der Loyalität, in der Stärke der Gemeinschaft eng mit der Freiheit des Individuums verbunden ist (Ayubi 2009: 16). Als weitere Parallele zu arabischen und islamischen politischen Denkern ist der von Herder

und Beseler ausgehende Bezug auf Sprache und Gesetz höchster Ausdruck der gemeinsamen Nation (ebd.). Die Rückbesinnung deutscher Romantiker auf kulturelle und zivilisatorische Wurzeln, die sich als Unterscheidungsmerkmal und Merkmal von Authentizität eignen, finden zum Beispiel beim gegenwärtigen ägyptischen Politologen Hamid Rabi nach wie vor großen Anklang, um ein ägyptisches bzw. arabisches Selbstbewusstsein zu entwickeln (vgl. ebd. 17).

„The cultural heritage (*turath*) is the means to self-recognition. The national Self is one and indivisible. It is the expression of a fixed continuity, in spite of some diverse manifestations on the individual and collective levels. Self-recognition cannot spring up except from the past. Just as a tree may not be complete without a multiplicity of branches, its ability to survive will obtain only as to the depth to which its roots can reach.“ (Rabi 1989 zit. n. Ayubi 2009: 18)

Das Hervorheben einer gemeinsamen Sprache und kulturellen Vergangenheit, abgegrenzt zu einem „Äußeren“, findet sich im Konzept des Nationalismus ebenso wieder wie in der Konstruktion von Ethnizität. Dieser Zusammenhang wird in den folgenden Kapiteln ersichtlich.

Der islamische Staat, der laut Hamid Rabi als Vorlage für den modernen arabischen Staat dienen kann, beruht im Gegensatz zu europäischen Staaten nicht auf einem Territorium, sondern auf einer religiös politisch organisierten Gemeinschaft, der *Umma* (vgl. ebd.). Das islamische Modell sieht zwar weder Wahlen noch politische Freiheiten des Individuums vor, beinhaltet aber eigene Konzepte des politischen Ausgleichs. Diese beruhen auf Moderation, Konsens und Kompromiss zwischen dem herrschenden Kalifen, den Rechtsgelehrten und Richtern und ermöglichen eine Kontrolle der Instanzen. Der islamische „Staat“ wäre demzufolge im Idealfall ein Staat, beruhend auf dieser Doktrin, der eine kommunizierende Funktion einnimmt auf Basis einer Gesellschaft, in der: „[...] the merger of ethical principles with political ideals, and on the nonseparation of private life and public life [...]“ die Grundlage bildet (Ayubi 2009: 18). Im Unterschied zum europäischen Staatsverständnis behält der islamische Staat seine „kulturelle“ Funktion, in der die Aufgabe des Staates darin bestehen bleibt, dem Individuum das Erreichen des islamischen Ideals zu ermöglichen (vgl. ebd.). Demnach sollte der arabische Staat folgendermaßen definiert sein:

„The modern Arab national state should in turn be an instrument for sustaining a permanent link between the past, the present and the future. For the nation (*al-umma*) is not based on racial unity but on a unity of perception, language and civilisation, and the ideal of this community is not overwhelmingly economic but moral and ethical “ (Rabi 1989 zit. n. Ayubi 2009: 18f).

Der islamische Staat, und Rabi zufolge auch der arabische Staat, müsste sich von einem rein politischen Verständnis seiner Aufgabe entfernen und stärker, sich auf die gemeinsamen kulturellen (Rabi folgend islamischen) Wurzeln berufend, in einem ausgleichenden Verhältnis zwischen den Gesellschaftsschichten agieren. Problematisch an diesem Konzept ist, wie im Nationalismus selbst, die Annahme einer homogenen, islamischen Gesellschaft und einem daraus resultierenden gemeinsamen Bezugspunkt für die Konstruktion von Identität, sei es nun über Sprache oder Religion, die im Nahen Osten ebenso vielfältig variiert wie im europäischen Raum.

Die arabische politische Philosophie hat sich im 19. und 20. Jahrhundert vor allem mit der Konstruktion einer Gemeinschaft, im weitesten Sinne einer gemeinsamen Nation, beschäftigt, um eine Vereinigung des arabischen Volkes zu erreichen. Die Konzeptualisierung des Staates im europäischen Verständnis, also Bezug nehmend auf Territorium, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Rechte, Markt usw. wurde hingegen von den panarabischen wie auch islamistischen Bewegungen unterschätzt und als oberflächliches Problem abgetan (Ayubi 2009: 21).

3.2 Nationalismus – Panarabismus

Zunächst möchte ich den Begriff Nationalismus für ein weiteres Verständnis des arabischen Nationalismus klären. Ich werde mich hierfür an Thomas Hylland Eriksen orientieren, der mit *Ethnicity and Nationalism* ein Standardwerk der Anthropologie geschrieben hat. Er bezieht sich bei seiner Analyse des Begriffes wiederholt auf Ernest Gellner und Benedict Anderson, deren Definitionen von Nationalismus Eriksen durch eine anthropologische Perspektive erweitert.

Nationalismus stellt in der Definition durch Gellner eine Verbindung zwischen Ethnizität und Staat her, wodurch Nationalismus zu einer „ethnischen“ Ideologie wird und annimmt, dass eine Ethnie den Staat dominieren sollte. „A nation-state, therefore, is a state dominated by an ethnic group, whose markers of identity (such as language or religion) are frequently embedded in its official symbolism and legislation.“ (Eriksen 1993: 99)

Diese Betrachtungsweise konzentriert sich auf die politischen Aspekte von Nationalismus, indem auf Symbolik und Recht große Aufmerksamkeit gerichtet wird. Andersen hingegen versucht, die Mächtigkeit und Beständigkeit von Nationalismus zu

klären. Die imaginierte Gemeinschaft von Menschen, die sich alle als Mitglieder eines Staates verstehen, ohne je die anderen zu sehen oder zu kennen, übt eine gewaltige Macht auf Menschen aus, welche in der Bereitschaft, für die eigene Nation zu sterben, gipfelt (vgl. ebd. 100). Die Gemeinsamkeit dieser Zugänge ist die Tatsache der Konstruktion von Nationalismus:

„Both stress that nations are ideological constructions seeking to forge a link between (self-defined) cultural group and state, and that they create abstract communities of a different order from those dynastic states or kinship-based communities which pre-dated them.“ (ebd.)

In diesem Sinne stellt Nationalismus eine willkürliche Konstruktion dar, die eine Verbindung zwischen den Menschen und dem Konstrukt des Nationalstaates herstellen soll. Eriksen verbindet die Theorie des Nationalismus mit einer anthropologischen Sichtweise, indem er das Konzept der Ethnizität als Parallele zieht. Beide stellen eine bestimmte Identität her, doch ist diese in beiden Fällen konstruiert, aber nicht voneinander trennbar. „According to nationalism, the political organisation should be ethnic in character in that it represents the interests of a particular ethnic group.“ (ebd. 101). Eine Ethnie kann dieser Haltung nach auch durch Klasse oder Gruppe ausgetauscht werden. Das heißt, es werden durch den Staat die Interessen eines bestimmten Kreises gedeckt, im besten Falle eines breiten Teiles der Bevölkerung, im schlechtesten nur die der Eliten. Gleichzeitig, so Eriksen, besteht aber die Funktion des Nationalismus eben darin, die Massen davon zu überzeugen, dass der Staat sie als „cultural unit“ repräsentiert (vgl. ebd.).

„Nationalism stresses solidarity between the poor and the rich, between the propertyless and the capitalists. According to nationalist ideology, the sole principle of political exclusion and inclusion follows the boundaries of the nation – that category of people defined as members of the same culture.“ (ebd. 102)

Die Konstruktion des Nationalstaates setzt sich im Nationalismus fort – es werden traditionelle kulturelle Elemente, die unabhängig von einem Nationalstaat existierten, als Symbole für eben diesen verwendet, um ein Gefühl von Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit entstehen zu lassen. Dadurch wird aber Kultur zu einem starren Begriff, der einen abgegrenzten Raum füllt (vgl. ebd. 103).

Nationalismus entstand im europäischen Kontext im Zuge der Industrialisierung, die eine neue Form der gesellschaftlichen Organisation notwendig machte. Menschen unterschiedlichster Herkunft wurden in einem gemeinsamen ökonomischen System zusammengeführt und mithilfe einer nationalistischen Ideologie zu loyalen und

homogenisierten Mitgliedern der neu entstandenen industrialisierten Nationalstaaten geformt (vgl. ebd. 104).

„It [Nationalism; Anm. R.W.] postulated the existence of an imagined community based on shared culture and embedded in the state, where people's loyalty and attachment should be directed towards the state and the legislative system rather than towards members of their kin group or village.“ (vgl. ebd. 104f)

Eriksen setzt aber einen funktionierenden Nationalstaat voraus, der effektiv geführt (*political effectiveness*) wird und eine Unterstützung der breiten Masse besitzt, damit eine nationalistische Ideologie brauchbar umgesetzt werden kann (vgl. ebd.). Der arabische Nationalismus entwickelte sich unter anderen Vorzeichen als der europäische, da im arabischen Raum die Industrialisierung später stattfand und sich keine Arbeiterbewegung im breiteren Sinne als empfängliche Basis für eine nationalistische Ideologie herausbilden konnte. Der Panarabismus existierte als elitäre Ideologie ohne der Transformation von einem „kulturellen“ zu einem „politischen“ Nationalismus, wie in den nächsten Kapiteln ersichtlich wird (vgl. Ayubi 2009: 136).

3.3 Identität – Ein problematischer Begriff

In meinen Hypothesen stelle ich die Frage nach Identität. Es wäre anmaßend zu behaupten, im vorhandenen Rahmen syrische oder arabische Identität festzuschreiben zu können oder zu wollen. Die Verwendung des Begriffs Identität erweist sich im Rahmen meiner Analyse als problematisch, da es sich um die Zuschreibung eines europäischen bzw. westlichen Konzepts handelt. Das Verständnis von Identität variiert von Gesellschaft zu Gesellschaft, wie Siniša Malešević formuliert:

„Concepts such as ‚self‘, ‚personality‘, ‚character‘ or ‚person‘ carry a set of fairly distinct meanings and images in different social worlds. In many non-Western contexts human collectivities are not conceptualised as presuming a bounded sense of social or individual agency. Unlike the Western or European concept of identity which is profoundly individualist and visualises collective behaviour in an individual, conscious, purposeful way, many non-Europeans operate with a very different understanding of collective and individual action.“ (Malešević 2006: 22)

Nicht nur ein unterschiedliches Verständnis, auch individuelle Ebenen von Identität sind nicht festschreibbar. Wonach definiert sich Identität? Nach der Nation, der Religion, der Familie? Nach persönlichen, dem Individuum zugeschriebenen

Leistungen? So wird Identität zum starren Begriff mit festgezogenen Grenzen und eindeutigen Zuschreibungen der (Selbst-) Wahrnehmung. Es werden Gruppen zusammengefasst und ihre Handlungen und Einstellungen kollektivistisch als ein Wille eines agierenden Akteurs beschrieben (vgl. ebd. 20). In Bezug auf Nationalismus bzw. Nation wird Identität zu einem konstruierten „Füllbegriff“, der, abgegrenzt vom ursprünglichen „Selbst“ oder der individuellen Person, als kollektivistischer Begriff der kulturellen oder ethnischen Zuschreibungen von Differenz, ähnlich dem Kulturbegriff, verwendet wird (vgl. ebd. 24). In Anbetracht dieser Problematik ist es angebracht, mit dem Begriff Identität vorsichtig umzugehen und ihn als in sich dynamischen, nicht abgrenzbaren Raum zu sehen, der aber als Konstrukt politische Verwendung findet und über Differenzierung nach außen bzw. innen mit opportunen Zuschreibungen gefüllt wird. Definitionen von Nation bzw. Ethnizität haben in sich das Problem, dass sie in weiterer Folge auf nationale bzw. ethnische Identität abzielen, und diese damit in ein starres Korsett von Vorstellungen gepresst werden, obwohl es sich um einen höchst dynamischen Begriff handelt (vgl. ebd. 25).

Identität transzendiert zwischen ihren Bezugspunkten, sie kann sich auf die Nation, die Ethnie, die religiöse Gruppe, Familie, Region usw. beziehen und stellt nicht einen gemeinsamen Willen mit dem Rest der jeweiligen Gruppe dar (vgl. Eriksen 2001: 281). „A person may also switch situationally between being a member of an ethnic minority and a member of a nation.“ (ebd.). Der Begriff Ethnizität bzw. Ethnie als Bezugsgruppe für die betrachteten Akteure muss an dieser Stelle ebenfalls differenziert betrachtet werden. Ethnien als Kategorie der Zuschreibung einer identitätsstiftenden Gruppe für das jeweilige Individuum müssen in Bewegung und ständigem Wandel, immer im Kontext mit anderen Gruppen bzw. Ethnien stehend, gesetzt werden (vgl. Eriksen 1993: 10). Erst die Kontextualisierung mit außenstehenden Gruppen, in einer negierenden Definition zu den „anderen“ lässt eine Konstruktion dieser Gruppenidentität zu. „Group identities must always be defined in relation to that which they are not – in other words, in relation to non – members of the group.“ (ebd. 10)

Diese Art der Definition setzt in gewisser Weise die soziale Konstruktion von Ethnien voraus, abgegrenzt zu einer essenzialistischen Position, die „[...] Ethnizität als natürliche Kategorie auf der Basis von objektiven und ursprünglichen Dispositionen erfasst [...]“ und dadurch beschreibbar macht (Salzborn 2006: 99). Beide Konzepte erfassen nur Teilausschnitte der Bedeutung von Ethnizität bzw. Ethnie als identitätsstiftendes Element (vgl. ebd.).

In der vorliegenden Analyse wird ethnische Identität, mit der Problematik der zuschreibenden Qualität von Identität im Hintergrund, als Gruppenzugehörigkeit in einer Vermengung des konstruktivistischen und essenzialistischen Ansatzes angewendet. Die wechselnden Zuschreibungen und Identitätskonstrukte, von Übergruppen bis hin zu fein differenzierten Einheiten, über religiös motivierte bis zu nationalistisch motivierten, werden im Verlauf der vorliegenden Arbeit wiederholt zum Vorschein treten und die ideologisch politische Instrumentalisierung von Identität problematisieren. Differenzierung und Abgrenzung sind einem sozialen Konstrukt und der menschlichen Natur zugrunde liegende Eigenheiten, die identitätsstiftend wirken und eine Gruppenzugehörigkeit vermitteln, aber auch ideologisch verwendet werden (vgl. ebd. 102).

Ethnizität wirkt einnehmend und auf gewisse Weise für das Individuum unausweichlich, da der Ort, an dem man geboren wird und die Gesellschaft, in der man aufwächst, als ein ethnischer konstruiert wird und die ethnische Identität in Form von Werten und Normen der Gemeinschaft in der Sozialisation vermittelt wird.

„So wird der Entscheidungsprozess, sich für oder gegen die Ethnie zu entscheiden, aus dem menschlichen Erfahrungshorizont herausredigiert, denn die individuellen Wünsche nach Zugehörigkeit und Anerkennung sind nur jene des Kollektivs, die das Individuum in der Primärsozialisation introjiziert bekommen habe.“ (ebd. 103)

Die hier sichtbare Problematik reproduziert die Schwierigkeit, über Ideologien, die aus einem einerseits „[...] fiktiven Gehalt der politischen Interpretationen [...] andererseits aber auf deren realen Kern im Sinne einer gesellschaftlich determinierten Handlungsgrundlage [...]“ (ebd. 101) bestehen und damit Identitäten vorzeichnen, die tatsächliche Bedeutung für das Individuum der transportierten ethnischen Identitäten zu analysieren. Die Wirkmächtigkeit von Ideologien auf das Individuum muss in einen gruppendynamischen Kontext gestellt werden, der von äußeren, auf die Gruppe einwirkenden Faktoren abhängig gemacht werden kann. Diese äußeren Faktoren wirken bis zu einem gewissen Grad verstärkend auf die Bindung der einzelnen Gruppenmitglieder untereinander und konstruieren weitere Gemeinsamkeiten, die dadurch ideologisch instrumentalisiert werden können (vgl. ebd. 104).

Politik, die sich auf die Identität beruft, sei es die der Ethnie oder der Nation, beinhaltet gewisse Punkte, die sich in der Politik Assads, des Irans und der Hisbollah wiederfinden

und deswegen kann mit dem Begriff weitergearbeitet werden. Als ersten Punkt kann man die Überbetonung der Abgrenzung nach außen nennen, indem die äußere Bedrohung innere Differenzen überspielt. Der zweite Punkt ist eine Selbstdarstellung in der Geschichte als unschuldiges Opfer, des Weiteren kulturelle Kontinuität und Reinheit sowie in diesem Zusammenhang die Untertreibung von äußeren Einflüssen, welche eine Gruppe formen und verändern. Als weitere Punkte zählt Eriksen die Dämonisierung von Außenstehenden auf, die Verslossenheit gegenüber Menschen außerhalb der jeweiligen Gruppe und zu guter Letzt die Instrumentalisierung kultureller oder kriegerischer Leistungen für die eigene Propaganda (vgl. Eriksen 1995: 291f).

4. Historische Aufarbeitung

Die Allianz zwischen Syrien, Iran und der Hisbollah blickt auf eine über drei Dekaden dauernde Kooperation zurück. Um einen Überblick zu erhalten, wird im folgenden Abschnitt die Genese des syrischen Staates in seiner aktuellen Form beschrieben. Die französische Mandatszeit prägte genauso wie die osmanische Herrschaft die im syrischen Raum lebende Gesellschaft. Das Erbe dieser Fremdherrschaften formte die gesellschaftlichen Verschiebungen und politischen Bewegungen, aus denen die Ära Hafiz al-Assad hervorging. Unter seiner Ägide formierte sich die Allianz mit dem Iran und der Hisbollah, die zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit gemeinsam in einem blutigen Bürgerkrieg an der Seite seines Sohnes und Nachfolgers Bashir al-Assad kämpfen.

Bei Syrien handelt es sich um einen heterogenen Staat mit einer sunnitischen Mehrheitsbevölkerung, schiitischen Gruppen wie den Alawiten, Drusen, Ismailiten und einigen christlichen sowie kurdischen Minderheiten. Unter der Herrschaft der Osmanen war Syrien kein vereintes Gebiet, sondern ein Verband von autonomen Regionen, die lose unter der Zentralherrschaft Istanbuls standen. In diesem Verband war die Gemeinschaft der Drusen und Alawiten, durch eine besonders starke Verbundenheit zu ihrer jeweiligen Gruppe und dem Bestreben nach Autonomie gegenüber Istanbul, hervorstechend (vgl. Ma'oz 1986: 10). Unter der französischen Mandatszeit konnten einige Hundert sunnitische Familien, meist GroßgrundbesitzerInnen oder wohlhabende UnternehmerInnen, durch Kooperation ihren Einfluss auf das politische Geschehen

vergrößern, wobei ein Großteil der Bevölkerung vom politischen Prozess ausgeschlossen blieb. „Consequently, the Syrian urban elite – [...] – continued to control the institutions of selfrule in the country, and to maintain the socio-economic gap between them and the lower classes of peasants and workers.“ (Ma’oz 1986: 11).

Die französische Mandatsregierung vertiefte die Gräben zwischen den Religionsgemeinschaften, indem besonders die Minderheiten der Drusen und Alawiten in die Armee eingezogen und gegen sunnitische Aufstände eingesetzt wurden (vgl. ebd.). Die christlichen Gemeinschaften wurden verstärkt in die Verwaltung und Wirtschaft integriert, womit sich die Gräben zwischen den einzelnen Religionsgruppen und der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene vertieften. All diese Maßnahmen, aber auch Faktoren wie die Abwesenheit einer territorialen Einheit, zentralen Autorität und eines ideologischen Konsensus, verhinderten das Entstehen einer konsistenten syrischen Gemeinschaft (ebd.).

4.1 Alawiten, Schiiten oder gar keine Muslime?

Das Gebiet der Levante wurde in den letzten Jahrhunderten von den AnhängerInnen aller drei Abraham-Religionen, dem Islam, Judentum und Christentum, besiedelt. Zahlreiche Untergruppen und Abspaltungen prägten und prägen das heterogene Bild der syrischen Gesellschaft bis zum heutigen Tag. Im Rahmen dieser Arbeit soll eine Verbindung zwischen den religiösen Gruppen der Region – und damit der drei Akteure – hergestellt sowie die politische Instrumentalisierung einer Identitätskonstruktion anhand von Ethnizität ersichtlich werden.

Die religiös-ethnischen Bande des schiitischen Islam zwischen Hisbollah und Iran finden ihre Fortsetzung in der ethnischen Zugehörigkeit der Elite des Baath-Regimes zum Alawitentum. Obwohl es sich bei den Regimes des Irans und Syriens um zwei ideologisch unterschiedliche Systeme handelt, ein religiöses und ein säkulares System, wird immer wieder auf die ethnische bzw. religiöse Zugehörigkeit des Baath-Regimes zu den Alawiten verwiesen. Dieser Zusammenhang ist zwar nicht von der Hand zu weisen, jedoch zeigt sich, dass es sich nur um *einen* vordergründig erklärenden Faktor der Kooperation handelt. Um diesen Zusammenhang für die Analyse aufzuarbeiten, wird im Folgenden auf die Zugehörigkeit bzw. Einordnung der Alawiten, um eine

Verortung der Akteure zu ermöglichen und die Wandelbarkeit von Identität bzw. ihrer Zuschreibung zu argumentieren.

Der Islam gehört seit dem 7. Jh. zur religiösen Landschaft des heutigen Syriens. Im Zuge seiner Ausbreitung wurde die gesamte Bevölkerung im Sinne der Sprache arabisiert, dem Islam beigetreten ist jedoch nur ein Teil der Bevölkerung. Ihr Anteil wurde aber immer größer, besonders durch den Übertritt von Juden und Christen zum islamischen Glauben (vgl. Hajjar/Schoen 1996: 355).

Angehörige des sunnitischen Islams betragen heute drei Viertel der syrischen Bevölkerung, die andere muslimische Strömungen wie Alawiten, Ismailiten und Drusen kommen auf geschätzte 16%. Der größte Teil der SyrerInnen zählt zur arabischen Bevölkerungsgruppe, daneben gibt es noch Minderheiten im einstimmigen Bereich der Kurden, Armenier und türkischstämmiger Gruppen sowie einige christliche Gemeinschaften (Stäheli 2001: 30). Die Gruppe der Alawiten, der Bashir al-Assad angehört, hat einen Bevölkerungsanteil von ca. 13 % im heutigen Syrien, sie gelten bei den meisten AutorInnen als Teil der schiitischen Glaubensauslegung (vgl. Hajjar/Schoen 1996; Ma'oz 1986; Talhamy 2010 u. a.). Daniel Pipes sieht sie hingegen näher am Christentum: „It is important to make this point very clear: Alawis have never been, and are not now Muslims.“ (Pipes 1989: 433).

Er argumentiert mit der Nähe der Alawiten zu christlichen Bräuchen, dem Trinken von Wein zu zeremoniellen Zwecken, dem Ablehnen islamischer Traditionen wie dem Fasten und weiteren vom Islam abweichenden Traditionen (vgl. ebd. 430f). Diese Einschätzung, die Alawiten aufgrund ihrer abweichenden Gepflogenheiten eine Nähe bzw. Zugehörigkeit zum Islam abzusprechen, erweist sich bei näherer Betrachtung der Literatur als problematisch. Dieser Umstand zeigt allerdings die Ungenauigkeit und Subjektivität bei ethnischen Zuschreibungen deutlich.

Daniel Pipes Argumentation zufolge sind die Gebräuche der Alawiten als Ausschlussgrund von der islamischen Gemeinschaft zu interpretieren. Mit ähnlichen Argumenten wurden die Alawiten von der sunnitischen Mehrheitsgesellschaft im 19. Jh. exkludiert und diskriminiert. Vom sunnitischen Islam abweichende Glaubensströmungen, also ebenso Schiiten wie auch Alawiten, wurden als KetzerInnen wahrgenommen – ob aufgrund der seit der Entstehung der schiitischen Strömung bestehenden Abneigung der Sunniten gegenüber den Schiiten oder auch wegen der alawitischen Glaubenspraktiken. Die Alawiten praktizieren ihren Glauben im

Verborgenen und nur wenige Personen sind in die Riten und Gebräuche eingeweiht (vgl. Alkan 2012: 26). Ob diese Praktik, den Glauben verborgen zu praktizieren, eine Folge der sunnitischen Ausgrenzung oder die Ursache dafür ist, lässt sich aus der Literatur nicht einwandfrei feststellen. Nachzeichnen lässt sich jedenfalls die Ausgrenzung und Unterdrückung der alawitischen Bevölkerung im Osmanischen Reich, vor der sie sich durch relative Autonomie in ihren Gebieten, vor allem rund um Latakia und im dahinter liegenden Gebirge (*Jibāl an-Nuṣayriyah*, der früher häufiger Verwendung findenden Bezeichnung für Alawiten *Nusayrī* folgend, oder *Jibāl al-‘Alawīyin*, Alawitengebirge, genannt), zu schützen versuchten. Die Alawiten wurden aufgrund ihrer Glaubensauslegung von den Sunniten nicht als Muslime anerkannt. Zur Legitimation dieser Ausgrenzung wurden *Fatwas* herangezogen. Dabei handelt es sich um Rechtsauskünfte, die von religiösen Führern oder Rechtsgelehrten ausgesprochen werden (vgl. Talhamy 2010: 178).

„The *fatwa* is a religious edict or legal opinion issued by a religious scholar or jurisconsult (*mufti*) regarding Islamic law, and it is usually given in answer (*jawab*) to a question or an inquiry (*su‘al/istifta*) presented by a Muslim, an individual questioner (*mustafti*). A *fatwa* usually represents a new ruling on a question that had not previously been decided upon. Despite its importance, the *fatwa* is no more than an advisory opinion and is non-binding.“ [Kursivsetzung i. O.; Anm. R. W.] (Talhamy 2010: 177).

Eine dieser *Fatwas*, welche die Alawiten betraf, wurde vom Geistlichen Sheikh Ibrahim il Mograbee aus Latakia in den frühen 1820er-Jahren ausgesprochen. Diese erlaubte den Sunniten, frei über das Leben und Eigentum der Alawiten zu verfügen. Diese Rechtsauskunft hatte massive Übergriffe auf die alawitische Bevölkerung zur Folge, welche stellenweise auch als Sklaven gehandelt wurden – wobei Versklavung von Muslimen durch Muslime an sich verboten ist – und in dieser Zeit unter einer ständigen Bedrohung lebten (vgl. ebd. 183). Mit der Besetzung des syrischen Raumes durch die Ägypter während der 1830er Jahre fand die *Fatwa* aber noch kein Ende. Aus Rache für den erbitterten Widerstand der Alawiten gegen die von den Ägyptern durchgeführte Entwaffnung und Rekrutierung der Bevölkerung, wurden sie zunächst ebenso versklavt und ihre Dörfer geplündert. Kurze Zeit später fand diese Praxis aber ein Ende, wahrscheinlich um mehr Männer in die Armee einziehen zu können. Dafür mussten sie ebenso als Muslime gelten, da es Angehörigen anderer Religionen nicht erlaubt war, in der Armee zu dienen. Als Folge dieser Zurechnung zum Islam konnten Angehörige des Alawitentums auch nicht mehr versklavt werden (vgl. ebd.).

Diese systematische Form der Ausgrenzung hatte nicht nur den weiteren Rückzug der Glaubensgemeinschaft in die Berge zur Folge, sondern auch eine sozioökonomische Ausgrenzung. Dadurch stellten sie eine der ungebildetsten und ärmsten Bevölkerungsschichten im osmanischen Syrien dar. Die Erfahrungen der Alawiten mit der Mehrheitsbevölkerung hatte eine tiefe Abscheu gegenüber jedweder Form der Unterwerfung durch die sunnitisch geprägte Mehrheitsbevölkerung hervorgebracht, die sich in anhaltender Rebellion gegenüber jeglichem zentralistischen Einfluss wehrte (vgl. u. a. Pipes 1989, Talhamy 2010).

Die Alawiten selbst sehen sich hingegen als eine muslimische, den Schiiten angehörige Gemeinschaft. Die vorangegangenen *Fatwas* waren von sunnitischen Geistlichen gegen die Alawiten gerichtete Rechtssprüche, welche sie außerhalb des Islams stellten und eine Diskriminierung durch die Mehrheitsbevölkerung legitimieren sollte. Im 20. Jh. kam es jedoch zu gegenteiligen Beurteilungen, die im folgenden Teil kurz erläutert werden und die Alawiten als Angehörige der schiitischen Glaubensrichtung eindeutig erkennbar machen sollen.

4.1.1 Die Zuordnung der Alawiten

Die Alawiten waren lange Zeit nicht eindeutig zugeordnet, erst im Verlauf des 20. Jh. wurde ihnen als erster Schritt die Zugehörigkeit zum Islam und in weiterer Folge zu den Schiiten zugesprochen. Dieser Prozess verlief in mehreren Etappen, zunächst über das Ablegen der damals üblichen Bezeichnung als *Nusayrī*, danach mithilfe dreier verschiedener *Fatwas*.

„During the twentieth century the Nusayri creed underwent very important changes that shaped its future, such as the transition of its name from ‚Nusayriyya‘ to ‚Alawiyya‘. During the 1920s, while under the French Mandate, the Nusayris became known as Alawis. Some researchers attribute this change to the French while others, mainly the Alawis, say that this was an inevitable step during which the Alawis finally restored their original name and discarded the old one which had been given to them by their opponents in order to denigrate them.“ (Talhamy 2010: 185)

Nachdem sie zu ihrer ursprünglichen Bezeichnung zurückgekehrt waren, wurde von einigen alawitischen Sheikhs öffentlich verlautbart, dem Islam anzugehören. Es wurde ein Ansuchen an die französische Mandatsregierung gestellt, sie als alawitische Muslime zu führen, doch erst mit der *Fatwa* des Großmuftis von Jerusalem, Hajj Amin

al-Husayni, einem bekennenden Panarabisten, dem die Einheit des arabischen Volkes anstelle ethnischer Zerwürfnisse näher lag, wurde ihnen der Status als Muslime zugesprochen (vgl. ebd.). Diese Fatwa wurde 1936 ausgesprochen, mitten in der Zeit des Kampfes der AraberInnen um Unabhängigkeit von der französischen und britischen Mandatsherrschaft sowie gegen den Einfluss des Zionismus. Husayni war ein sunnitischer Muslim, der die Einheit der Muslime gegenüber dem Westen als Priorität sah. Obwohl er ein angesehener sunnitischer Geistlicher war, wurde dieser Rechtsspruch von den meisten sunnitischen Gläubigen nicht ernst genommen, da eine *Fatwa*, wie vorhin beschrieben, keine Verpflichtung darstellt und dadurch oft nur opportunistische Anwendung findet (vgl. ebd. 191). Es folgten noch zwei weitere *Fatwas*, die für die Alawiten in Syrien von äußerster Bedeutung sein und eine Verbindung zu den schiitischen Bevölkerungsteilen im Libanon und den schiitischen Geistlichen des Irans herstellen sollten.

Nach der Anerkennung des Alawitentums als Teil des Islams durch Husayni bekräftigten alawitische Geistliche öffentlich, dem Islam anzugehören, um damit ihre Anerkennung zu erreichen. Es wurden Studenten nach Najaf, Irak, entsendet, um die schiitische Glaubenslehre zu studieren und in den 1950er-Jahren wurden sie vom syrischen Mufti schließlich als Teil der Schiiten anerkannt (vgl. ebd. 186f.). Weitaus wichtiger waren allerdings die zwei noch folgenden Fatwas, zum einen aufgrund der höheren Position der proklamierenden Person, zum anderen im Hinblick auf die zukünftige Kooperation zwischen Syrien und dem Iran bzw. der Hisbollah.

Die Gemeinschaft der Alawiten wurde in einer weiteren Fatwa von Ayatollah Hasan Mahdi al-Shirazi, einem einflussreichen iranisch-irakischen Geistlichen, im Jahr 1972 als Teil der Schiiten anerkannt. Shirazi war mit Hafiz al-Assad befreundet und hatte großen Einfluss auf die libanesischen Schiiten. Diese Freundschaft brachte beiden Seiten Vorteile: „[...] al-Shirazi enjoyed the protection of al-Asad and gained himself an exclusive position while in exile, and the Alawi Asad obtained confirmation from a prominent Shiite figure for being a Twelver/Shiite.“ (ebd. 188). Dieser Schritt wird als wichtige Annäherung zwischen der syrischen alawitischen Elite und den religiösen Führern der Schiiten angesehen: „This *fatwa* of al-Shirazi [...] is a very important step in the rapprochement between Syria presented by its Alawi leadership and the religious Shiite leadership.“ [Kursivsetzung im Original; Anm. d. A.] (vgl. ebd. 189)

Die letzte Bestätigung ihrer Zugehörigkeit nicht nur zum Islam, sondern wiederholt als eine dem schiitischen Islam angehörige Gruppe, war die *Fatwa* von Musa al-Sadr. Sadr

wird im weiteren Verlauf der Arbeit zum einen als Gründer der Amal-Gruppierung im Libanon und als geistlicher Führer der libanesischen Schiiten, und zum anderen aufgrund seiner Verbindungen zum Iran erneut eine Rolle spielen. Er wurde, wie Shirazi, ein Freund Assads und bekräftigte 1973 erneut mit seiner *Fatwa* die Zugehörigkeit der Alawiten zu den Schiiten. Die Freundschaft zwischen Assad und Sadr hatte großen Einfluss auf die regionalpolitischen Geschehnisse dieser Zeit, doch zunächst konnte Assad damit den sunnitischen Widerstand gegen seine Präsidentschaft, der sich darauf berufen hatte, die Alawiten seien keine Muslime, entkräften (vgl. ebd. 190).

Die Alawiten kämpften lange Zeit um Anerkennung als islamische Gemeinschaft, vorerst um einer gewaltsamen Unterdrückung durch die Sunniten zu entkommen, danach, um ihre Macht im Staat zu legitimieren. Die Verbindung zu den Schiiten hatte nicht nur innerhalb des syrischen Staates folgenreiche Auswirkungen, auch regionalpolitisch wurden mit den letzten beiden *Fatwas* Weichen für eine bis heute andauernde Kooperation gestellt. Die Allianz zwischen Hisbollah, Iran und Syrien beruht oberflächlich betrachtet auf einer ethnisch-religiösen Bande, welche aber von realpolitischen Interessen überschattet wird und mit der Reduktion auf die religiöse Komponente diese Interessen ausblendet. Die Verbindungen der geistigen Führer der Schiiten zum elitären Zirkel des syrischen Regimes beruhten auf gegenseitigen Vorteilen. Für die Alawiten war es die Bestätigung der eigenen Identität gegenüber den sunnitischen Bevölkerungsteilen, als islamische Gruppierung den Präsidenten Syriens stellen zu können. Die geistigen Führer, besonders Musa al-Sadr, konnten auf die Loyalität und Unterstützung Assads zählen, und zwar im Sinne politischer Einflussnahme aber auch in militärischer oder wirtschaftlicher Unterstützung.

4.2 Vom Osmanischen Reich zur französischen Mandatszeit

Unter der Herrschaft der Osmanen stellte Syrien keine vereinte Entität dar. Es war in mehrere Provinzen unterteilt, welche das heutige Jordanien, den Libanon und Palästina bzw. Israel umfasste. Die autonomen Kräfte waren nur lose an die Zentralmacht in Istanbul gebunden, wobei vor allem Drusen und Alawiten in diesem Verband herausstachen. Die geografische Abgeschiedenheit der Drusen in den Gebirgszügen im südlichen Syrien und der Alawiten in den nordwestlichen Gebirgszügen um Latakia

erlaubte diesen beiden heterodoxen islamischen Konfessionen relative Autonomie. Aber nicht nur aufgrund ihrer geografischen Lage, sondern auch wegen ihres starken Zusammenhalts und der Solidarität innerhalb der jeweiligen Gruppe konnten diese Gemeinschaften gegenüber der Zentralmacht relativ autonom bleiben. Zusätzlich war die osmanische Zentralmacht bereits relativ schwach und konnte so im 19. Jh. einer Besetzung Syriens durch Ägypten wenig entgegensetzen (vgl. Ma'oz 1986: 10).

4.2.1 Die ägyptische Besetzung Syriens

Unter dem Herrscher Muhammad Ali zu Beginn des 19. Jhd. wuchs Ägypten zu einer Regionalmacht heran. Napoleons Invasion Ägyptens an der Schwelle zum 19. Jhd. brachte die bis dahin relativ abgeschottet lebende Gesellschaft in Kontakt mit westlichen Ideen und Idealen. Muhammad Ali erkannte die Möglichkeiten dieses Kontaktes mit der westlichen Welt und förderte die Beziehungen, um seine Armee auszubilden. Er machte aber nicht beim Militär halt, sondern ordnete die Gründung von technischen Hochschulen und Ausbildungsstätten für Medizin, Landwirtschaft und Pharmazie an. Zwar blieben seine Errungenschaften Ägypten selbst nicht lange erhalten, da sie von seinen Nachfolgern wieder rückgängig gemacht wurden, aber seine Herrschaft hatte weitreichende Folgen bis nach Syrien (vgl. Hitti 1961: 745).

Muhammad Alis Armee unterstützte den osmanischen Sultan Muhammad II im Kampf gegen griechische Unabhängigkeitsbewegungen und sollte für seinen Einsatz, trotz einer Niederlage, entlohnt werden. „He asked for Syria but was offered Crete; he sent his army, commanded by his son Ibrahim, to take Syria.“ (Traboulsi 2007: 12)

Die Ägypter bauten während ihrer Herrschaft in Syrien auf die Unterstützung der Franzosen, die Osmanen wollten aber das Gebiet wiedererlangen und bereiteten sich mithilfe der Engländer darauf vor (vgl. ebd.). Die Zeit der Besetzung von 1831 bis 1840 durch Ägypten hatte weitreichende Auswirkungen in der Organisation der syrischen Gesellschaft.

„The decade of Egyptian occupation of Syria (1831–40) was epoch making in the cultural history of that land. Ibrāhīm [Sohn von Muhammad Ali; Anm. R. W.] undermined the powers of local lords [...], enforced regular taxation, and compelled recognition of the rights of non-Moslems to hold office in the local government.“ (ebd. 746)

Ibrahim wurde die Herrschaft über Syrien zuerkannt, er setzte die liberale Politik seines Vaters fort. Staatliche Strukturen wurden aufgebaut oder gestärkt, die Verwaltung

zentralisiert und Christen wie Muslime rechtlich gleichgestellt (vgl. Traboulsi 2007: 12). Die mit britischer Unterstützung wiedererlangte Herrschaft der Osmanen hätte die Modernisierung und Zentralisierung des syrischen Gebietes fortführen sollen. Die implementierten Verwaltungsreformen (*Tanzimat*), welche die begonnenen Reformen der Ägypter weiterführen hätten sollen, konnten nicht im gewünschten Ausmaß umgesetzt werden. Drusen, Alawiten und die muslimische urbane Elite konnten sich erfolgreich den Plänen der Osmanen widersetzen, erst Mitte bzw. Ende des 19. Jh. konnten die beiden Minderheiten der Alawiten und Drusen in das Herrschaftssystem eingegliedert werden (vgl. Ma'oz 1986: 10). Die Verbindung Ägyptens mit Syrien wird etwas über hundert Jahre später eine kurze Wiederholung als Vereinigte Arabische Republik erleben, auf die in einem späteren Kapitel eingegangen wird.

4.3 Französische Mandatspolitik

Um zu verstehen, wie es die Alawiten geschafft haben, von einer marginalisierten Minderheit innerhalb von wenigen Jahrzehnten die herrschende Elite in Syrien darzustellen, bedarf es einer kurzen Betrachtung der Hintergründe ihres sozialen Aufstiegs. Die Situation als unterdrückte, benachteiligte Gruppierung, welche sich immer wieder gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die sunnitische Mehrheitsbevölkerung und osmanische Herrschaft zur Wehr setzte, führte zu einer Kooperation mit der französischen Mandatsmacht.

Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs im Jahr 1918 übernahmen Frankreich und England in Form eines Mandats des Völkerbunds die Herrschaft über das Gebiet des „Fruchtbaren Halbmondes“. England wurde das Territorium Palästinas, des heutigen Irak und Jordaniens zugestanden, Frankreich sicherte sich das Gebiet Libanons und Syriens. Frankreichs Interessen lagen neben ökonomischen Überlegungen darin, ein Gegengewicht zu den Engländern darzustellen. Die ökonomische Konkurrenz der beiden Großmächte förderte ein Wettrennen um Macht und Einfluss, wobei Englands Fokus auf Ägypten und dem damaligen Palästina lagen und Frankreich sich die Handelsrouten über Syrien und den Libanon sichern wollte. Die französische Politik sah sich ebenso verpflichtet, die christlichen Minderheiten im großsyrischen Raum vor Übergriffen durch die muslimische Mehrheitsbevölkerung zu schützen – wobei das aus heutiger Sicht eher nebensächlich war im Vergleich zu den ökonomischen Interessen

(vgl. Hitti 1961: 749ff). Frankreich war zu diesem Zweck bereits im 19. Jh. im Gebiet des heutigen Libanons und Syriens aktiv.

4.4 Machtverschiebungen in der syrischen Gesellschaft

Die Alawiten kooperierten bereits vor der endgültigen Machtübernahme der Franzosen 1920 mit den neuen Herrschern. Nach Jahrhunderten der sunnitischen Herrschaft, zunächst unter den mehrheitlich sunnitischen Osmanen und danach unter Prinz Faysal, der Syrien von 1918 bis 1920 regierte, waren sie jeglicher Einflussnahme oder Unterwerfung durch die sunnitische Mehrheitsbevölkerung mit Rebellion und Kampf gegenübergetreten. Sie kämpften mit französischer Unterstützung gegen die Regentschaft Faysals und versuchten mit ihrer Hilfe, einen eigenen Staat auszurufen. Die französische Taktik, Minderheiten in ihrem Widerstand gegen die osmanische Herrschaft zu unterstützen, führte zu einer Kooperation der Alawiten mit der Mandatsmacht, deren Erscheinen der Gemeinschaft der Alawiten einen Aufstieg wie keiner anderen geboten hat (vgl. Pipes 1989: 438).

Die französische Kolonialpolitik folgte in der Levante der Theorie der „*association*“, der Gemeinschaft bzw. der Kooperation beruhend auf der Dominanz der Franzosen gegenüber der Politik der Assimilierung, welche in Algerien und zum Teil auch in Tunesien angewendet wurde. Diese Theorie verfolgte das Ziel, die Bevölkerung zu französischen Staatsbürgern werden zu lassen und vollkommen im französischen Staat, wirtschaftlich wie auch politisch, aufgehen zu lassen (vgl. Ayubi 2009: 90). Die Politik der „*association*“ hingegen baute auf den ursprünglichen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten auf. „[...] the colonial policy was – at least in theory – to be developed mainly along native, rather than European, lines.“ (ebd.)

Hierzu wurden die mit der Kolonisierung beauftragten französischen Offiziere, die über Kenntnisse der Sprache, Religion und der lokalen Gegebenheiten verfügten, dazu angehalten, die Zerwürfnisse und Brüche der ihrer Herrschaft unterstellten Gesellschaft zu erkennen und für die eigene Politik nutzbar zu machen.

„Concerning Syria, not only did the French sever Lebanon from Greater Syria but they also put Syria proper through several legal and territorial permutations in a bid to keep the country from uniting politically: they created the separate states of Damascus and Aleppo and divided other provinces and districts (e. g. the 'Alawite State, Jabal Druze).“ (ebd.).

Die Kooperation mit den Alawiten bzw. Drusen war die Fortsetzung der Politik, die innere Konflikte und Verfeindungen verwendete, um zuerst das osmanische Reich weiter zu schwächen und danach ein gemeinsames Auftreten gegen die französische Fremdherrschaft aller in der Region beheimateten Volksgruppen zu verhindern. Die opportun wirkende Option, sich mithilfe der Franzosen gegen die sunnitische Herrschaft behaupten zu können, diente letztlich nur der Verfestigung der Kolonialpolitik und damit zunächst den europäischen Interessen. Eine geeinte politische Bewegung, eine Vereinigung als unabhängiger, zusammenhängender Staat mit einem Staatsvolk wurde durch die französische Mandatspolitik verhindert.

„The mandatory government also weakened the political centrality of Damascus and the territorial unity of the country by reviving, and even enlarging, regional divisions and strengthening marginal centrifugal forces.“ (Ma’oz 1986: 15)

Syrien wurde 1920 in vier eigenständige Staaten geteilt: Damaskus, Aleppo und den Alawiten- und Drusen-Staat. Die Bildungspolitik konzentrierte sich hauptsächlich auf die christliche Minderheit, die ländlichen, zumeist muslimischen Gebiete kamen nicht in gleichem Maße in den Genuss einer staatlichen Bildungsinstitution (vgl. ebd.).

Aber nicht nur die Maßnahmen der Mandatspolitik, auch die politischen Bewegungen waren nicht daran interessiert, eine geeinte syrische Gesellschaft entstehen zu lassen. Die politisch aktiven Personen waren zumeist GroßgrundbesitzerInnen oder Industrielle, welche Eigeninteressen vor ein gesamtgesellschaftliches Konzept stellten und am Erhalt des während der osmanischen Herrschaft entstandenen Status quo interessiert waren. Es wurden keine längerfristigen Pläne zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der ländlichen Gebiete erstellt, noch gab es Versuche, konfessionelle Spannungen abzubauen – so wurden beschlossene Gesetze, die eine Gleichheit aller Bürger, unabhängig von der Religionszugehörigkeit, garantieren sollten, nie in die Praxis umgesetzt. Die Gleichberechtigung der Gemeinschaften wurde bereits im 19. Jh. unter den Ägyptern, danach im Zuge des *Tanzimat* (Modernisierung) unter den Osmanen und zuletzt in der Mandatszeit zwar formal beschlossen, scheiterte jedoch immer am Widerstand der sunnitischen Eliten, die um ihre eigene Machtposition fürchteten (vgl. ebd.).

Auf gegenseitiger Provokation beruhend, kam es immer wieder zu blutigen Angriffen auf Christen, die der Kollaboration mit den Franzosen verdächtigt wurden. Die syrischen Eliten konnten oder wollten keine Einheit der Gesellschaft herstellen, zum einen aufgrund der französischen Mandatspolitik, welche diese Zerwürfnisse bewusst

ausnutzte, zum anderen war der Einfluss der politisch aktiven Personen regional beschränkt. Ma'oz sieht bei der syrischen Elite einen sehr großen Teil der Verantwortung: „Plainly, the leadership did not use its political status and prestige to educate the masses in the values of patriotic brotherhood and Syrian national identity.“ (ebd. 16).

Eine Kombination aus Einflussnahme durch die Kolonialmacht, politischem Unwillen und einem schwachen Zusammengehörigkeitsgefühl spaltete Syrien und erschwerte eine kohärente Politik gegenüber der Kolonialmacht. Welche Faktoren stärkere Auswirkungen hatten, ob es der Unwille der sunnitischen Eliten war oder die Minderheitenpolitik der Franzosen, lässt sich nicht eindeutig festlegen – es scheint aber die Fragmentierung der Gesellschaft im Zusammenwirken dieser beiden Faktoren weiter vorangetrieben worden zu sein. Die Gräben zwischen den Glaubensgemeinschaften, die jahrhundertlang gemeinsam unter den Osmanen lebten, wurden vertieft und jede Gruppierung versuchte, aus der Periode der Mandatszeit gestärkt hervorzugehen, wobei vor allem die Minderheiten von der Mandatspolitik abhängig waren (vgl. ebd. 16).

Das Herausbilden einer geeinten Elite wurde aber nicht nur durch die Teilung Syriens in verschiedene administrative Gebiete verhindert, auch die militärischen Einheiten wurden nach ethnischen Kriterien besetzt und die wirtschaftlichen Grundlagen der sunnitischen Elite wurden sukzessive geschwächt, wovon vor allem die Alawiten profitieren konnten (vgl. Ayubi 2009: 91).

Aber nicht nur die Organisation von eigenen administrativen Bereichen, sondern auch die vermehrte Rekrutierung von Minderheiten in die Armee förderte den Aufstieg der Alawiten und Drusen gegenüber der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung. Die Präferenz der Rekrutierung von Minderheiten hat bis heute zur Folge, dass die syrische Armee keine Repräsentation der gesellschaftlichen Zusammensetzung darstellt. Zwei ausschlaggebende Gründe für die Überrepräsentanz von Minderheiten gehen auf die französische Mandatszeit zurück.

„First, the French had encouraged minority recruitment as a means to counter the nationalist tendencies of the Arab – Sunni majority and to secure the allegiance of the minority communities. Second, minority groups came mainly from economically less developed rural areas and where therefore attracted by the economic opportunities and social advancement of a career in the army.“ (Faksh 1984: 143).

Als dritter Grund für das auch nach der Unabhängigkeit anhaltende Ungleichgewicht in der Armee wird die sunnitische Einstellung genannt, die eigenen Söhne vom Militärdienst freizukaufen. Sie sahen die Militärakademie in Homs als Refugium: „[...] for the lazy, the rebellious, the academically backward, or the socially undistinguished“. (Be’eri zitiert nach Faksh 184: 143). Nicht nur die bevorzugte Aufnahme in die Armee, welche in weiterer Folge als Sprungbrett für die Machtübernahme diente, auch die forcierte Fragmentierung der Gesellschaft förderte die politischen Rahmenbedingungen in der syrischen Gesellschaft, die zur politischen Instabilität und einer zersplitterten Elite führte.

„Denied the opportunity to acquire and assimilate experience in governance, factionalism and inefficiency intensified, and the nationalist leaders were to carry a certain degree of administrative incompetence with them into the era of independence.“ (Khoury zitiert nach Ayubi 2009: 91)

Der Widerstand der Alawiten gegen die sunnitische Mehrheitsbevölkerung, der auf eine lange Geschichte der Unterdrückung und Benachteiligung zurückblickt und den Rückzug dieser Minderheit aus einem „gesamtsyrischen“ Gesellschaftskonzept zur Folge hatte, wurde in der Mandatszeit für politische Einflussnahme und Machtausübung verwendet.

Die Konkretisierung der panarabischen Vision als Gegenbewegung zur osmanischen Herrschaft fand während der französischen und britischen Mandatszeit ihre Fortsetzung. Durch die *association* Politik der Franzosen wurden die Alawiten und Drusen zunehmend in die Armee miteinbezogen, was bis heute an der Überrepräsentanz von Minderheiten in der Führungsriege der syrischen Armee bemerkbar ist. Das ist aber nicht nur auf die französische Mandatspolitik zurückzuführen. Diese legte viel eher den Grundstein für die Etablierung insbesondere der Alawiten innerhalb des Militärs. Der Widerstand gegen die Fremdherrschaft und die Vision des Großarabischen Reiches, in dem alle AraberInnen vereint sind, wurde von der Baath Partei als grundlegende Ideologie aufgenommen. Doch die Fragmentierungspolitik zeigte ihre Auswirkungen in einer geschwächten politischen Elite, die massive Probleme bei der Umsetzung politischer Ziele hatte und zu einer fragilen politischen Situation in dem jungen Staat führte.

Die ägyptische Besatzung förderte die Zentralisierung des syrischen Gebietes, wodurch die französische Mandatsmacht zwar eine weithin fragmentierte, aber in gewissen

Teilen durch die im 19. Jh. durchgeführten Reformen an ein adaptierbares politisches System herangeführte Gesellschaft vorfand. Die Zuordnung der Alawiten als Muslime oder Ketzer wandelte sich nach politischer Lage im Land, führte aber zu einer verstärkten Isolierung bzw. Abschottung der Gemeinschaft gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Die französische Mandatspolitik förderte einerseits die Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften, hinterließ aber gleichzeitig marginalisierte Gruppen in einer gesellschaftlich stärkeren Position. Die verschiedenen Positionen innerhalb der syrischen Gesellschaft gegenüber der Fremdherrschaft, die zwischen Profiteuren und absoluten Gegnern tangierten, formierten eine gespaltene politische Elite die aus dieser fragilen Situation heraus die Unabhängigkeit erreichte.

5. Panarabismus und die Baath Partei

Die ersten politische Parteien in Syrien entstanden in den 1930er Jahren, unter anderem der Vorläufer der Baath-Partei, die später Hafiz al-Assad's Machtgrundlage bildete. Die Umstände waren jedoch alles andere als einfach: „[...] [when] Syria [...] became an independent republic in 1946, it had neither a crystallised political community nor a unified society.“ (Ma'oz 1986: 17). Die einzelnen Minderheitengemeinschaften konnten sich außerhalb der traditionellen sunnitischen Elite entwickeln und dank der französischen Mandatspolitik an Einfluss gewinnen. Die in den Dreißigerjahren gegründeten Parteien hatten aber einige Ziele gemeinsam: nationale Unabhängigkeit, soziale bzw. sozialistische und wirtschaftliche Reformen sowie eine Säkularisierung des öffentlichen Lebens (ebd. 18). Der größte Unterschied bestand darin, ob eine nationale Einheit innerhalb der syrischen Grenzen angestrebt wurde, wie dies bei der Syrian Nationalist Party und der Communist Party der Fall war, oder ob, wie bei der League for National Action und der späteren Baath Partei, eine panarabische Vision verfolgt wurde (ebd.).

Doch ihr Einfluss blieb gering, die unter der französischen Mandatspolitik verharrende Elite ließ kaum Veränderungen zu. Die Regierung verblieb in den Händen eines nationalistisch konservativen Personenkreises, der jedwede Änderung des Status quo zu verhindern wusste und den Erhalt der Privilegien der höheren Klasse zu bewahren versuchte. Die neuen kleinen Parteien hatten kaum Einfluss auf die Politik, entweder

weil sie zu klein und unkoordiniert waren oder erst gar nicht zu Wahlen zugelassen wurden (ebd.).

5.1 Die Anfänge der Baath

Der Name Baath bedeutet Wiederauferstehung (*Resurrection*) und bezog sich auf die Leitthemen arabischer Nationalismus, Freiheit von Fremdherrschaft und verfolgte das Ziel eines vereinten großarabischen Reichs (Devlin 1991: 1396). Die Bewegung wurde von jungen Damaszener Intellektuellen gegründet, als in den 30er- und 40er-Jahren des 20. Jh. der ehemalige großsyrische Raum von nationalistischen Bewegungen geprägt war, die sich intensiv gegen die Mandatsherrschaft der Briten und Franzosen wendete (vgl. Galvani 1974: 5).

Die Idee des panarabischen Nationalismus entwickelte sich bereits in der Dekade vor dem Ersten Weltkrieg als Gegengewicht zur osmanischen Herrschaft in der Region. Aber erst mit dem Ende des Osmanischen Reiches und der willkürlichen Aufteilung der Levante in mehrere Einzelstaaten machte die Idee eines vereinten arabischen Reiches zu einer legitimen ideologischen Grundlage der meisten politischen Parteien (vgl. Devlin 1991: 1396). Es war ihnen aber zunächst nicht möglich, sich von der französischen Herrschaft zu befreien.

„But in general the struggle was led by the great merchant/landowner families of Damascus and Aleppo. The inability of this nationalist bourgeoisie to gain independence from France in the late 1930s, [...], had as a consequence the creation of a variety of movements and political parties by younger nationalists.“ (Galvani 1974: 5)

Die entstehenden nationalistischen Parteien waren tendenziell in der urbanen Mittelschicht verortet, während sich die Landbevölkerung und die kleine, aber existente, Arbeiterschicht in eigenen Organisationen formierten. Vor allem die Kommunistische Partei konnte sich über die Gewerkschaftsbewegung eine gewisse Basis innerhalb der ländlichen Bevölkerung aufbauen. Die Führung dieser Organisationen, oftmals der Minderheit der Drusen oder Alawiten angehörend, tendierte zu einer sezessionistischen Bewegung, die von den Franzosen weitestgehend gefördert wurde (vgl. ebd.). Während sich in ländlichen Gegenden um Hama die verarmte Bevölkerung der Kommunistischen Partei und der populistischen Bewegung um Akram Hourani zuwendete, konnte die Baath-Partei bei der mittelständischen, landbesitzenden

Bevölkerung und einigen angesehenen Familien, neben den ursprünglichen studentischen Unterstützern aus Damaskus, Fuß fassen (vgl. ebd.).

Die Idee des Panarabismus beruht auf einem Verständnis der Gemeinschaft, die nicht auf der Zugehörigkeit zum Islam beruht, sondern auf eine kulturelle Identität aufgrund der Sprache und Gebräuche verweist. Als nationalistische Bewegung verweist der Panarabismus auf eine gemeinsame, zusammenhängende Geschichte, lange bevor das Gebiet von den Osmanen beherrscht bzw. durch die Kolonialmächte geteilt wurde. Aus diesem Verständnis heraus leiteten die Begründer der Baath, Michel Aflaq und Salah Bitar, die Notwendigkeit einer „Wiederauferstehung“ der arabischen Nation (als Volk, nicht als ein territorial begrenztes Gebiet) ab.

„That regeneration must take place in each Arab individual, and through a process of internal liberation the Arab people will be restored. That individual regeneration is not a religious process, but a moral one. To be Arab, regain a consciousness of being Arab, does not mean being Muslim or religious at all. Islam was one of the greatest creations of the Arab nation, but is not the soul of that nation. Arabism is.“(vgl. ebd.)

Die in der Zeit des Ersten Weltkrieges auf den Mittleren Osten geografisch eingegrenzte Definition von Arabismus wurde im Verlauf der 1920er-Jahre gelöst und auf alle arabischsprachigen Länder erweitert. In der panarabischen Ideologie war Arabismus weder über die Religion definiert, noch an eine bestimmte Region gebunden. „[...] Arabism came to be defined by language rather than by geography; an Arab was a person whose native tongue was Arabic.“ (Devlin 1991: 1397)

Die konstruierte panarabische Nation existierte für arabische Theoretiker bereits lange vor den durch den Ersten Weltkrieg entstandenen Nationalstaaten. Sie erstreckte sich über alle Regionen, in denen AraberInnen lebten und Arabisch gesprochen wurde, ob in der Levante oder in Nordafrika spielte keine Rolle (vgl. ebd.). Diese Definition des Arabismus wurde von den Gründern der Baath-Bewegung, Michel Aflaq, orthodoxer Christ, und Salah Bitar, sunnitischer Muslim, ebenfalls vertreten. Vor allem unter den Minderheiten in der heterogenen Gesellschaft im syrischen Raum konnte sich diese Idee verbreiten, da sie ein Ende der Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit versprach.

Aflaq und Bitar setzten sich ab den frühen 1940er-Jahren das Ziel, mit der Baath-Bewegung zur Freiheit (*hurriyah*) von Fremdherrschaft und zur Einheit (*wihdah*) aller arabischen Völker in einem gemeinsamen Staat zu führen. Sie nahmen den Sozialismus (*ishtirakiyah*) zwar als Schlagwort in die Ideologie auf, wobei sie aber unter

Sozialismus eher soziale Gerechtigkeit für die Armen und Unterprivilegierten verstanden als den sozialistischen Klassenkampf (ebd.). Sozialismus bzw. soziale Gerechtigkeit war als weiterer Schritt *nach* dem Erreichen der arabischen Einheit gedacht. Der arabische Sozialismus, wie von der Baath-Bewegung propagiert, blieb ein undefiniertes Konzept, das alle AraberInnen als Teil der Nation verstand, so sollte es keinen Klassenkampf geben, aus dem der Sozialismus erwachsen könnte, sondern eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zum Ziel hat (vgl. Galvani 1974: 5).

Die Baath-Bewegung hatte dadurch aber ein Problem: Außer der Verfolgung einer nationalistischen Politik, hatten sie der verarmten Bauern- bzw. Arbeiterschaft wenig zu bieten. Die Priorität der arabischen Einheit erschien dieser Bevölkerungsschicht als wenig attraktiv, schlicht als zu abstrakt von ihren Lebenswelten. Die sunnitische Mehrheitsbevölkerung, vor allem GroßgrundbesitzerInnen, Industrielle und Kaufleute, welche sich einer ebenso nationalistischen Politik verschrieben hatten, erachtete die Baath-Ideologie aufgrund der Implementierung des Sozialismus in jedweder Form, als suspekt. Das hauptsächlich sunnitische Kleinbürgertum in den größeren Städten konnte sich aufgrund der säkularen Ausrichtung und dem vorgezeichneten Weg zum Sozialismus, in welcher Ausformung er nun definiert worden wäre, ebenfalls nicht anfreunden (vgl. ebd.). Aber die nicht sunnitischen Gemeinschaften aus der Mittelklasse und aus der bäuerlichen Bevölkerung sowie auch Grundbesitzer konnten sich sehr wohl mit der Ideologie identifizieren.

„It promised them equality on the basis of being Arab, not Sunni, and promised other aspects of social reform – a crying need in the countryside. Nationalist development under the Baath would not exclude the middle class of the countryside, but it would not destroy their positions through class warfare.“ (ebd.).

Da die ländliche Bevölkerung sehr oft aus konfessionellen Minderheiten bestand, die unter der feudalistischen Herrschaft der sunnitischen Mittelschicht stand, wurde der Aspekt der Armee zu einem der kritischen Punkte für die Machtergreifung der Partei. „Finally, the Baath appealed to this rural class because of its role in aiding member of the rural communities to gain status in the military.“ (ebd.). Die beiden Anführer der Baath, Aflaq und Bitar, waren zu Beginn unterschiedlicher Meinung, wie die Bewegung ihre Ziele erreichen sollte. Aflaq wollte die Bevölkerung über Pamphlete, Lesungen und Sitzungen der Idee des Panarabismus näherbringen, jedoch waren unter den frühen Anhängern, daneben auch Bitar, Stimmen laut geworden, dass einzig eine politische Partei wirklichen Einfluss gewinnen könnte. Die Baath-Bewegung reichte 1945 noch

unter der französischen Mandats Herrschaft ein Ansuchen ein, um als politische Partei registriert zu werden. Dies wurde jedoch abgelehnt, aber die Baath verstand sich ab diesem Zeitpunkt als Partei und nannte sich auch so in ihren Veröffentlichungen. Die offizielle Gründungstagung fand vom 4. bis 6. April 1947 in Damaskus statt. Bei der Gründungstagung nahmen verschiedenste Personen teil, die ihre Anhänger mitgenommen haben. Einer davon war der Alawite Wahib al-Ghanim, einem Arzt aus den nordwestlichen Gebieten Syriens. Er brachte nicht nur den jungen Hafiz al-Assad zur Partei, sondern bestand darauf, soziale Maßnahmen als politische Ziele zu definieren. Er war in der verarmten Region im Nordwesten tätig und kannte die schlechten Umstände, unter denen die ländliche Bevölkerung lebte. Aflaq widerstrebte es zunächst, sozialistische Ziele in die Parteiverfassung aufzunehmen, wiewohl ihm bewusst war, dass die ökonomische Stärke der Eliten in Syrien, aber auch in den anderen arabischen Staaten gebrochen werden musste, um sein vorrangiges Ziel der arabischen Einheit zu erreichen. Erst durch den Zusammenschluss mit Akram Houranis Arab Socialist Party zu Beginn der 1950er-Jahre wurden Ghanims Forderungen zumindest teilweise erfüllt (vgl. Devlin 1991: 1398f.).

Der Aufstieg der Baath unter jungen Armeeeoffizieren geht auf das Engagement von Akram Hourani zurück. Die Armee setzte sich aufgrund der bisherigen Mandatspolitik der Franzosen vermehrt aus ländlicher Bevölkerung, oftmals Minderheiten, zusammen. Er setzte nach der Unabhängigkeit Syriens die Öffnung der Militärakademie in Homs für alle Bevölkerungsgruppen durch, wodurch weiterhin vermehrt junge Erwachsene aus ländlichen Regionen in die Armee Einzug hielten. Das Militär war für viele die einzige Chance auf sozialen Aufstieg. Durch Houranis Führungsposition in seiner populistischen Bewegung, die vor allem Rückhalt in der verarmten ländlichen Bevölkerung hatte, war sein Einfluss unter den jungen Kadetten und Offiziere sehr groß. Durch den Zusammenschluss der Baath-Partei mit Houranis Bewegung zur Arab Baath Socialist Party konnte die Baath auf eine sehr breite Basis innerhalb der Armee zugreifen (vgl. Galvani 1974: 5f.).

„Thus the Baath had a double link to the rural communities, especially with the middle peasants and landowners of the Alawi and Druze communities, but also with the same classes of other rural communities. As a consequence, the rural-based officer corps attained access to a political organization, and that organization was gradually transformed into a vehicle for their interests.“
(ebd. 6)

Der Grundstein für den Aufstieg der Baath-Partei war über das Militär gelegt, doch sie schaffte es nicht, eine breitere Basis in der Bevölkerung aufzubauen. Die politische Basis beschränkte sich über Hourani auf die verarmte bäuerliche Schicht und die ländliche Mittelklasse. Während Hourani mit der Baath in einer vereinigten Partei agierte, behielt seine Basis ihren Charakter und wendete sich zu Beginn der 1960er-Jahre von der Baath-Partei wieder ab, womit viele UnterstützerInnen verloren gingen (vgl. ebd.).

5.2 Der Weg der Baath-Partei an die Macht

Die in den 1930er-Jahren gegründeten Parteien waren zu schwach, um ihre Reformpläne nach dem Erlangen der Unabhängigkeit umzusetzen und scheiterten am Widerstand der alten Elite. Einzig die Offizierselite vermochte Einfluss auf Änderungen zu nehmen. Erst als 1949 Adib Shishaqli als Offizier die Macht im Land übernahm, wurden einige weitreichende Reformen durchgesetzt. Mithilfe der Baath-Partei wurden Landreformen durchgesetzt und die Autonomie der einzelnen Religionsgruppen Schritt für Schritt reduziert. Die Baath-Partei konnte, mit dem Rückhalt in den Offiziersrängen der Armee, ihre Macht immer weiter ausbauen und zementierte gleichzeitig die Offiziere als eigentliches Machtzentrum (vgl. Ma'oz 1986: 18f.). Im Zuge der Reformen kamen junge Offiziere in wichtige Positionen, viele davon Drusen und Alawiten, was eine verstärkte Integration von religiösen Minderheiten in die syrische Politik mit sich brachte (ebd. 19). Die vorangegangenen Reformen wurden fortgeführt, die politische Macht auf Kosten der Autonomie der vielen Volksgruppen zentralisiert. Der entstehende Widerstand wurde unterdrückt, wobei sich gleichzeitig eine Konkurrenz der Alawiten und Drusen um politisch einflussreiche Positionen verstärkte, ob in der Realpolitik oder dem Militär (vgl. ebd. 21ff.).

5.2.1 Die Vereinigte Arabische Republik (V. A. R.)

Der weitere Weg der Baath-Partei, vor allem aber der Aufstieg Hafiz al-Assads zum syrischen Präsidenten, verläuft über die Vereinigte Arabische Republik. Die

Vereinigung Ägyptens mit Syrien hatte weitreichende Folgen für die Baath-Partei und den gestiegenen Einfluss des Militärs innerhalb der Baath (vgl. Galvani 1974: 6).

Nachdem Aflaq und Bitar dem Druck Ghanis nachgaben und sich mit der populistischen sozialistischen Partei von Hourani zu einer gemeinsamen Bewegung formierten, verfolgte Aflaq gezielt die Idee der arabischen Vereinigung. Mit der Gründung mehrerer Zweige in den Nachbarländern während der Jahre 1948 bis 1951 verbreitete die Baath die Idee der arabischen Einheit im Libanon, in Jordanien und im Irak. Aber vor allem die Machtergreifung der nationalistischen freien Offiziere in Ägypten im Jahr 1952 mischte die Karten im Mittleren Osten neu (vgl. Devlin 1991: 1399).

„Nasser emerged as the leader among them in 1954, [...], and made an arms deal with the USSR in the same year [1955; Anm. R. W.]. At about the same time, he adopted Arab nationalism as a key element of Egypt's external policy. Once he had done so, the combination of his personality, his appeal to the masses, [...] sent the popularity of Arab nationalism skyrocketing among hitherto-unmobilized opposition groups throughout the Arab world.“ (ebd.)

Gamal Abdel Nasser konnte die Führer der Baath-Partei von seiner panarabischen Motivation überzeugen und ihr Misstrauen ihm gegenüber abschwächen, womit der Grundstein für die Vereinigung der beiden Staaten gelegt war. Das Interesse Ägyptens an Syrien ist seit dem 19. Jh. aufrecht, als Muhammad Ali Syrien für zehn Jahre annektierte. Aber auch der Irak hatte aufgrund der möglichen Handelswege zum Mittelmeer traditionellerweise Interesse an möglichst viel Einfluss in Syrien. Die beiden konkurrierenden Staaten versuchten, sich gegenseitig auszubooten, womit Syrien zu einem Spielball der externen Akteure wurde, oder wie Devlin schreibt: „[...] Syria in those years was what Lebanon became in the 1970s and 1980s, namely, an arena in which other area powers jostled for supremacy.“ (Seal zit. nach Devlin 1991: 1399)

Syrien wurde bald nach seiner Gründung von politischen Unruhen und internen Machtkämpfen heimgesucht, die teilweise auf die regionale Vorherrschaft Ägyptens und des Irak zurückzuführen sind, aber auch auf die inneren Zerwürfnisse. Nach der arabischen Niederlage gegen den 1948 gegründeten Staat Israel und aufgrund des mangelnden Reformwillens verloren die damaligen syrischen Herrscher vollends ihre Legitimation und wurden im darauf folgenden Jahr vom Militär gestürzt. Der Offizierskorps war allerdings nicht in der Lage, sich die Macht im Staat aufzuteilen. Die wiederholten Putsche und Konterputsche führten zu einer Fragmentierung innerhalb des Militärs (vgl. Devlin ebd. u. Stäheli 2001: 31).

Einige der Offiziere wendeten sich mit dem Rückhalt der Baath-Führung schließlich an Nasser, eine Vereinigung mit Syrien einzugehen. Der ägyptische Präsident galt als eine der führenden Figuren in der arabischen Welt und des arabischen Nationalismus. Eine Absage an die syrischen Offiziere würde seine Position und Glaubwürdigkeit jedoch schwächen. Er setzte die Auflösung aller Parteien in Syrien, auch der Baath, als Bedingung und stimmte der Vereinigung schließlich zu. Die syrische Baath-Führung unter Aflaq, Bitar und Hourani dachte, ihren Einfluss trotzdem erhalten zu können, und stimmte einer Auflösung der Baath ohne Konsolidierung ihrer Mitglieder zu. Die Partei wurde unter ägyptischer Dominanz mit der National Union vereinigt. Mit 1. Februar 1958 wurde die Vereinigte Arabische Republik ausgerufen. Nasser konnte seinen Einfluss viel stärker zur Geltung bringen als die alte syrische Parteiführung. Mit einer schwachen Verwurzelung in einigen Städten und Provinzen versanken die restlichen Mitglieder der Partei bei den folgenden Wahlen 1959 in Bedeutungslosigkeit. Die Baath-Führung unter Aflaq, Bitar und Hourani delegitimierte sich vollends durch das selbstständige Auflösen der Partei, ohne andere Teile der Partei zu konsolidieren (vgl. Devlin 1991: 1400).

Durch die Vereinigung der beiden Staaten und den Verlust an Ansehen und Einfluss der ursprünglichen Führer der syrischen Baath war der Weg für den Aufstieg Hazif al-Assads frei geworden. Die Ägypter übernahmen die Kontrolle und entfernten syrische Nationalisten aus der gemeinsamen Regierung. Die Pro-Baath-Offiziere wurden entweder auf diplomatische Posten versetzt oder nach Ägypten beordert. Unter diesen befanden sich Salah Jadid und Hafiz al-Assad. Die ins Exil gerufenen Offiziere gründeten eine geheime Gruppe, deren Ziel es war, die syrische Armee wieder unter syrische Kontrolle zu bringen. Ein schwellender Konflikt zwischen den Funktionären der Baath und Nasser über die Kontrolle Syriens und die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes gingen der Gründung der Organisation, auch bekannt als Military Committee, voraus. Diese Gruppe stand allerdings außerhalb der ursprünglichen Parteistrukturen (vgl. Galvani 1974: 6).

Nassers Dominanz der Vereinigten Arabischen Republik führte zu erheblichem Widerstand in den Reihen der Armeeoffiziere, sein in Syrien eingesetzter Protegé konnte sich nur auf eine kleine Gruppe Nasser-freundlicher Offiziere stützen. Der geringe Einfluss und die eingesetzten Reformen, die der alten regierenden Elite mit Landreformen die ökonomische Basis nahmen, führten 1961 zur Rebellion innerhalb der Armee. Im selben Jahr erklärten die Offiziere die Unabhängigkeit Syriens von

Ägypten. „On the contrary, they operated as one of several politically-active groups of officers involved in the dissolution of the U. A. R. in 1961, and in the fight for political control of Syria during the subsequent year and a half.“ (ebd.)

Die geringe Stärke der ägyptischen Armee vor Ort und der geringe Rückhalt in der syrischen Armee ließen Nasser in die Sezession einwilligen (vgl. Devlin 1991: 1400f.). Somit war der Traum eines vereinten arabischen Staates nach nur drei Jahren an Machtfragen und Einflusszonen zerbrochen. Nationalistische Bemühungen um Kontrolle innerhalb der Armee führten zu einem raschen Scheitern des syrisch-ägyptischen Experiments. Die ungleiche Machtverteilung und das Ausbeuten syrischer Ressourcen mit der Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der alten Eliten hinderten die Entwicklung eines funktionierenden Staatenverbandes.

5.2.2 Die Neo-Baath an der Macht

In den folgenden eineinhalb Jahren kam es immer wieder zu internen Machtkämpfen in der neuen Führungsriege. Am 8. März 1963 wurde schließlich erneut ein Coup durch eine Gruppe von verschiedenen Offizieren durchgeführt, an dem sich auch das Military Committee um Jadid und Assad beteiligte. Aufgrund mangelnder Strukturen außerhalb des Militärs stützten sie sich auf die alte Baath-Führung und Organisation, welche sich nach ihrer Auflösung 1958 noch im Wiederaufbau befand. Obwohl die Mitglieder des Military Committees zum Zeitpunkt der Auflösung der Vereinigten Arabischen Republik nicht im Land waren, war die Gruppe besser aufgestellt als der verbliebene Rest der Baath. Die nicht zur Baath-Partei zugehörenden Gruppierungen wurden innerhalb kurzer Zeit aus der Regierung entfernt und durch zivile Funktionäre ersetzt (vgl. Devlin 1991: 1402 u. Galvani 1974: 6).

„Even though they had no part in it [the Dissolution of U. A. R.; Anm. d. A.], they were well placed to participate in the military-political maneuvering that followed, far better placed than the civilian Baath leaders who only began active reorganization in mid-1962.“ (Devlin 1991: 1402)

Nach außen wirkte es, als hätte die alte Garde der Baath die Macht wieder an sich gezogen. Bitar wurde wegen seiner politischen Erfahrung als Premierminister eingesetzt, Aflaq war weiterhin der Parteisekretär. Im Hintergrund jedoch formierte sich das Military Committee und baute durch die innerhalb der Partei erlangte Autonomie die Armee mit Pro-Baath-Günstlingen weiter um. Die Schlüsselpositionen im Militär

wurden mit Mitgliedern des Committee besetzt, wodurch Hafiz al-Assad zunächst Kommandant der Luftwaffe wurde (vgl. Galvani ebd.).

Die Baath-Führung erwies sich jedoch als äußerst unbeliebt. Ihr wurde vonseiten der Zurückgekehrten bzw. Neumitglieder der Partei zu wenig Engagement in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Agenden vorgeworfen, sowie die Schuld am Scheitern der V. A. R.:

„[...] these members wanted social and economic change in Syria rather than more talk of Pan-Arab unity. The Syrian Regional Command quickly came under the command of a mixed military civilian group of these ‚regionalists,‘ so called because they considered the Syrian region and not the Arab nation the appropriate focus for the Baath’s efforts.“ (Devlin 1991: 1.402f)

Aflaq verblieb jedoch bei seinen panarabischen Visionen und wurde im Endeffekt am 23. Februar 1966 von der Military Committee Fraktion der Baath, die den „Regionalisten“ näher stand, in einem blutigen Putsch ins Exil vertrieben. Dieser Putsch teilte die Baath-Partei in einen Regionalflügel, der die Entwicklung Syriens forcierte, und in die Anhänger Aflaqs, die weiterhin einer panarabischen Vision folgten. Die meisten irakischen Baathisten sahen immer noch Aflaq als wahren Führer der Baath an und verfolgten die gemeinsame arabische Nation als höchstes Ziel. Sie nahmen Aflaq im Irak auf. Die Gruppe um Jadid und Assad sah in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Syriens die Schwerpunkte ihrer zukünftigen Politik (vgl. ebd. 1403).

Die neue Strömung innerhalb der Baath verfolgte in ihrem Programm eine deutliche Hinwendung zu sozialistischen Reformen. „Unity of the Arab states (regions in Baath parlance) was to *follow upon* the socialist development of each region, according to the neo-Baath ideology.“ [Kursivsetzung i. O.; Anm. d. A.] (Galvani 1974: 7)

Die Führungsriege um Bitar und Aflaq hingegen verfolgte weiterhin Vereinigungspläne mit Ägypten und dem Irak, was den Grundstein für die Verfeindung dieser beiden Regime legte. Die neue Strömung stützte sich aus der vagen Definition des Sozialismus aus der Gründungszeit der Baath. Als starker Antrieb diente die Feststellung, dass der Kampf gegen den westlichen Einfluss und für eine arabische Einheit nur mit einer entwickelten Ökonomie, deren Gewinne im Land blieben, ermöglicht werden konnte. Dieses Ziel sollte durch Verstaatlichung erreicht werden, um die westliche Hegemonie, die mit Hilfe der syrischen Bourgeoisie für die Baathisten das Land ausbeutete, zu beenden. Diese Politik jedoch eher dazu, die ökonomische Grundlage der traditionellen

syrischen Elite zu brechen, als die Beziehungen zum Westen vollständig zu beenden (vgl. ebd.).

Zu dem Putsch kam es durch geschicktes Abwarten und Taktieren seitens Jadids. Die Reformen wurden noch unter der alten Baath-Führung begonnen und beinhalteten Verstaatlichungen des Ölsektors, des Bankenwesens, und der Baumwollproduktion. Die Verstaatlichungen wurden zunächst intensiviert und auf kleine sowie mittlere Unternehmen ausgeweitet. Die Maßnahmen führten schließlich zu Protesten und Streiks der Händler, der Bourgeoisie und auch des Kleinbürgertums. Die traditionelle Baath-Führung um Aflaq wollte die Verstaatlichungen daraufhin unterbinden, doch die Neo-Baath und die Kommunisten organisierten Streikbrecher und wollten die Reformen weiterhin durchsetzen. Als sich die Proteste und Gegenproteste zuspitzten, kam es mithilfe des Military Committee zum nächsten blutigen Putsch 1966, der Salah Jadid an die Macht brachte und Hafiz al-Assad vom Kommandanten der Luftwaffe zum Verteidigungsminister aufstieg (vgl. ebd. 8).

Die nun an die Macht gelangten Offiziere gehörten nicht der traditionellen Schicht der Machthaber an, die zumeist aus großen Händlerfamilien aus Damaskus und Aleppo, aus mittelständischen Unternehmen oder einflussreichen ehemaligen Beduinenfamilien stammten, sondern aus den meist unterdrückten und ausgebeuteten Schichten der syrischen Gesellschaft.

„Rather they came from the most oppressed areas of Syrian society, the peasant communities of the Latakia plain and the Nusayrieh mountains, of the Hauran, the Jabal Druze, the plains around Hama, and the Euphrates area around Deir Ezzor. Their origins were almost entirely rural.“ (ebd. 7)

Vor allem aber gehörten sie zum größten Teil den Minderheiten Syriens an. Jadid und Assad waren beispielsweise Alawiten. Die Zugehörigkeit zur ländlichen Bevölkerung und zu einer religiösen Minderheit waren die ursprünglichen Antriebe, die Baath-Partei zu unterstützen (vgl. ebd.). Houranis Engagement für die ländliche Bevölkerung, die oft aus Minderheiten bestand, und die überproportionale Repräsentanz dieser Schicht im syrischen Militär führten zu einer Überrepräsentanz der Alawiten, Drusen und Ismailiten, nicht nur in der Armee, sondern vor auch im Military Committee. Der Einfluss wuchs beständig und erklärt auch die Sympathie für Reformen, die der traditionellen Elite schlussendlich die ökonomischen Grundlagen ihrer Herrschaft nahmen.

5.2.3 Arabischer Sozialismus

Der Sozialismus in Ländern des Südens stellte einen dritten Weg zwischen dem westlich geprägten Kapitalismus und dem Kommunismus dar, der in verschiedenen Auslegungen in politische Ideologien übernommen wurde. Gemeinsamkeiten waren unter anderem die Ablehnung eines westlich geprägten gesellschaftlichen Leitbilds und die antiimperialistische bzw. antikoloniale Akzentuierung der sozialistisch geprägten Systeme. Konfliktlinien durch strukturelle Abhängigkeiten mit kapitalistischen Industrieländern und ideologische Konfrontationen mit der Sowjetunion und der VR China bildeten eigene Ausprägungen der sozialistischen Ideologie. Die unterschiedlichen Herausforderungen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung einzelner Staaten förderten den Variantenreichtum in der Auslegung des Sozialismus, wie dem arabischen Sozialismus, als eine von mehreren Theorien (vgl. Nohlen 2002: 730f.).

Sozialismus wird zumeist als Ideologie verstanden, aus der Institutionen und Strukturen entstehen, deren zentrales Element der Staat darstellt. Ohne freien Markt als Regulativ agiert dieser als wirtschaftlich steuernder Akteur, doch die Grundidee des Sozialismus in ihrem ideologischen Kern sieht diese Struktur des Staates als Produzent nicht vor. „Moralist socialism emphasised equity; Marxist socialism emphasised the ‘withering away of the state’, as harmony between forces and relations of production was to be restored.“ (Ayubi 1992: 89). Der arabische Sozialismus stellt eine Variante dar, dessen Auslegung sozialistischer Ideen unter speziellen politischen und gesellschaftlichen Hintergründen entstanden sind. Sozialismus als Ideologie legt die Produktionsmitteln und die Partizipation am politischen und wirtschaftlichen Geschehen in die Hände des Volkes nach einem egalitären Prinzip, dessen Umsetzung allerdings eine breite politische und soziale Bewegung verlangt. Diese Bewegung muss alle Schichten der Bevölkerung inkludieren, die als gemeinsames Ziel die sozialistische Gesellschaft anstrebt. Als staatliche Struktur war der Sozialismus im Grunde nicht vorgesehen (ebd. 92). Der arabische Sozialismus stellt also keinen Sozialismus im ideologischen Sinne, sondern eine Mimikry des sowjetischen oder osteuropäischen Systems dar, indem institutionelle Strukturen und politische Ideologien an die sozialistischen Parolen angepasst wurden.

„Socialism has crept, gradually and piecemeal, into the ideologies of such regimes, juxtaposed on to other more important ‘nationalistic’ or ‘modernising’ concepts. ‘Socialism’ has developed

partly as an extension of the nationalist concerns into economic spheres [...], and partly as a mechanism for mass mobilisation and political control, for the benefit of ruling elites that *did not* initially take power [...] with the intention of 'applying socialism'.“ [Kursivsetzung i. O. Anm. d. A.](ebd. 94).

Die Regime in Syrien und Ägypten nahmen erst nach ihrer Machtergreifung sozialistische Züge an, um eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung, aber auch von anderen politischen Parteien kommunistischer oder sozialistischer Prägung zu erhalten. Der Weg zur Macht war in beiden Staaten ein Militärputsch, nicht eine politische Bewegung der breiten Masse. Die wirtschaftlichen Strukturen wurden unter staatliche Führung gebracht um ein steuerbares System für Wachstum und politische Kontrolle zu ermöglichen (vgl. ebd.).

Dem Aufstieg der Baath ging die Union mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik voraus, in der erste sozialistisch gefärbte Maßnahmen der Verstaatlichung und Landreform durchgeführt wurden. Nach dem Zerfall der V. A. R. wurden die Reformen weitergeführt, womit die Baath beweisen wollte nicht minder revolutionär als Nasser zu sein, aber auch um die Position der Partei innerhalb Syriens zu stärken. In dieser Situation ist zu beachten, dass der Sturz der V. A. R. von Teilen des Militärs mit Hilfe der syrischen wirtschaftlichen Elite durchgeführt wurde, womit der nächste Schritt die Entfernung der potentiellen politischen Gegner war. „[...] it was natural for the Baathists, returning to power, to want to eradicate the socioeconomic bases of their potential opponents among the old oligarchy and the commercial bourgeoisie.“ (ebd. 95). Zusätzlich konnte das neue Regime seinen politischen Rivalen in den Reihen der sozialistisch bzw. kommunistisch geprägten Parteien durch ihre Maßnahmen Unterstützer abwerben und seine Position festigen (ebd. 96).

In Folge wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurden viele Maßnahmen sozialistischer Prägung, wie staatliche Unterstützung und große Industrialisierungs- und Infrastrukturprojekte, von externer Finanzierung abhängig. Durch diese Abhängigkeit verloren die Staaten zunehmend an Ansehen in der Bevölkerung und damit die Eliten die breite Unterstützung für weitere Entwicklungspläne. Der zuvor schlagfertig erscheinende Staat verlor an Strahlkraft. „This in turn undermines mass identification with the authoritarian state as the 'carrier of national culture'.“ (ebd. 101).

5.2.4 Der Sechstagekrieg 1967

Der Arabische Krieg 1967 stellte einen Schlüsselmoment für den Weg Assads an die Macht dar. Der Krieg dauerte zwar nur sechs Tage, schuf aber neue Fakten im Nahen Osten und stellt bis heute im Sinne der Grenzziehungen und Gebietsgewinne der Israelis eine Herausforderung für jegliche Friedensbemühungen dar. „The shock woke him [Assad; Anm. d. A.] up as nothing else could and transformed the parochial putschist into a student of strategy and international politics.“ (Seal 1995: 117)

Assad war erst seit 15 Monaten im Amt als Verteidigungsminister und stand einer zerstrittenen und schlecht organisierten Armee gegenüber, deren Offiziere nach der letzten politischen Säuberung nicht geschlossen hinter Assad standen. Zusätzlich war die syrische Armee klein an der Zahl und mit veralteten sowjetischen Waffensystemen ausgestattet, demgegenüber stand ein hoch aufgerüsteter israelischer Staat (vgl. ebd.).

Dem Krieg gingen einige kleinere Grenzkonflikte am See Genezareth voraus, dessen Grenze zu Syrien seit 1949 umstritten war. Dieses Gebiet war von besonderer Bedeutung für Israel, da es von dort Wasser für ein groß angelegtes Bewässerungsprogramm beziehen sollte. Der Grenzdisput wurde durch die Wasserfrage emotional noch stärker aufgeladen, Wasser ist in der gesamten Region ein knappes und lebensnotwendiges Gut (vgl. ebd. 119). Syrien unterstützte immer wieder palästinensische Guerillaattacken gegen Israels Bewässerungsanlagen, woraufhin diese mit massiven Luftangriffen antworteten. Die Versuche Syriens, vor dem UN-Sicherheitsrat die gegnerischen Angriffe verurteilen zu lassen, scheiterten. Damit entschied sich die Regierung in Damaskus, auf israelische Vorstöße sofort zu reagieren und die internationale Gemeinschaft außen vorzulassen (vgl. ebd. 120). Diese kleineren Auseinandersetzungen prägten die erste Zeit Assads als Verteidigungsminister, und führten zu einer langsamen Eskalation der Situation. „What he did not foresee was that Israel, leaping a few rungs up the escalation ladder, would seize the chance to administer a knockout blow.“ (ebd. 121).

Der ägyptische Präsident Nasser war hingegen zunächst an keiner Eskalation interessiert. In seiner äußerst populären Position als arabischer Führer im Laufe der Jahre durch realpolitische Umstände geschwächt, versuchte er zunächst die syrischen Ambitionen, einen gemeinsamen arabischen Schlag gegen Israels Bewässerungspläne durchzuführen, mit Diplomatie zu verhindern. Zahlreiche Treffen in Kairo, gemeinsam mit arabischen Königen und Präsidenten, sollten deeskalierend auf die Lage wirken

(vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang wurde 1964 die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. „As a sop to the Palestinians, the Cairo summit created the Palestine Liberation Organization.“(ebd.). Doch Nasser kam immer mehr unter Zugzwang:

„And, as it became clear that he had no plans to challenge Israel, Arab opinion was plunged, amid much floundering and questioning of old certainties, into a crisis of confidence. Who was going to liberate Palestine, young Arabs asked, if Nasser could not do the job?“ (ebd. 122).

Politische Begleiter und Unterstützer entfernten sich zunehmend von Nasser. Verwickelt in dem Versuch, einen aussichtslosen Krieg gegen Israel zu verhindern, aber trotzdem seine Position als arabischer Führer zu behalten, manövrierte sich Nasser immer weiter in eine schier ausweglose Situation. Ägypten war zu diesem Zeitpunkt militärisch im Jemen aktiv, um die junge Republik gegen durch Saudi-Arabien gestützte Rebellen zu unterstützen. In dem erfolglosen Guerillakrieg gefangen, drohte Nasser 1966 in Saudi-Arabien einzumarschieren und den saudischen König Faysal zu stürzen. Das alarmierte die USA, Faysals engste Verbündete. Nasser sah sich in einem gemeinsamen Kampf der arabischen, afrikanischen und asiatischen Staaten um Unabhängigkeit und Befreiung gegenüber dem westlichen Imperialismus an vorderster Front und vermutete eine Verschwörung gegen ihn. Schließlich wendete er sich der Sowjetunion zu und lud den Vietcong ein, in Kairo ein Büro zu eröffnen (ebd. 122).

„What he failed to realize in these defiant yet defensive moves was that by alienating the United States [...] he removed whatever restraint America might have exercised on Israel in the Middle East arena. Indeed, Washington came to regard Nasser as a pro-Soviet troublemaker whose disciplining would be to everyone's advantage. Israel was happy to concur.“ (ebd. 122f.)

Die Grundvoraussetzungen für einen desaströsen Krieg waren gelegt. Die Führungsriege in Damaskus misstraute Nasser und konzentrierte sich wieder vermehrt auf die Unterstützung palästinensischer Guerillakämpfer. Damaskus wusste um die eigene militärische Schwäche, sah sich aber ebenso gezwungen gegen das israelische „Faktenschaffen“ in der eigentlich demilitarisierten Zone am See Genezareth vorgehen zu müssen, da es ansonsten einer politisch nicht tragbaren Kapitulation gegenüber dem Feind gleichkäme (vgl. ebd. 125). Die Situation zwischen Israel und Syrien wurde immer angespannter und drohte zu eskalieren. Nasser ging mit Syrien einen Verteidigungspakt ein, in der Hoffnung, die Kontrolle über Damaskus wieder zu erlangen – doch beide Seiten misstrauten sich nach dem Debakel der Vereinigten Arabischen Republik. Nach weiteren Zwischenfällen in der demilitarisierten Zone beim

See Genezareth versuchte Syrien, erneut erfolglos, die internationale Gemeinschaft einzuschalten. Israel hat seine Position in dem Gebiet bereits festigen können und provozierte mit einem wiederholten Vorrücken gegen die syrische Grenze eine Reaktion der Syrer. Assad schickte seine Flugzeuge, doch waren diese nicht in der Lage, gegen die Attacke Israels etwas auszurichten. „Israeli war planes roared cock-a-hoop over Damascus[.]“ (ebd. 127).

Israels Ziele, nicht nur den Wasserlauf des Jordans zu kontrollieren, sondern vor allem die Grenzen gesichert zu haben, erscheint Seal sekundär. Strategisch war eine Verschiebung der Grenzen bezüglich einer besseren Absicherung sicherlich ein Ziel, jedoch wollte man primär Nasser demonstrieren. „In baiting Syria, their real aim seems to have been to destroy Nasser.“ (ebd. 128).

Seine Vorbildwirkung als politischer und einigender Führer der AraberInnen schien den Israelis ein Dorn im Auge zu sein. Nasser geriet durch sein defensives Verhalten immer mehr in Bedrängnis und sah sich Spott und Argwohn vonseiten der arabischen Welt ausgesetzt. Seit den Angriffen gegen Syrien war seine Glaubwürdigkeit zerstört, weitere Kriegsdrohungen Israels machten ein Handeln seinerseits unumgänglich. Um wieder die Kontrolle über den schwellenden Konflikt zu erlangen, wollte Nasser die Geschehnisse von der syrisch-israelischen Grenze auf den Sinai verlagern. Er bat die VN die seit dem Krieg 1956 stationierten Friedenstruppen vom Sinai abzuziehen und verlagerte seine Armee auf die Halbinsel. Er vermied es aber zunächst, die strategisch wichtige Position über Sharm el-Sheikh zu besetzen. Diese Stelle ist aufgrund ihrer Lage an der Straße von Tiran, einer Engstelle im Roten Meer, äußerst sensibel. Israel hatte im Falle einer Sperre offen mit Krieg gedroht. Kairo versuchte zunächst alles, um einen Krieg zu verhindern, aber diplomatisch die Oberhand zu behalten. Doch es sollte nicht dabei bleiben. Auf Druck seiner Offiziere und der arabischen Nachbarländer pokerte Nasser weiter. Am 21. Mai 1967 besetzte Ägyptens Armee Sharm el-Sheikh und schloss am Tag darauf die Straße von Tiran (vgl. ebd. 129). Die Folgen waren enorm.

„The nature of the conflict immediately changed. What had begun as an attempt to manage Syria's crisis became an Egyptian-Israeli crisis of far greater dimensions. Asad, along with the rest of the Syrian regime, had been shunted to the sidelines. For the next several days they were to be no more than anxious spectators.“ (ebd. 130)

Die Situation schien Nasser zu entgleiten, worauf die israelischen Streitkräfte offenbar gewartet hatten. Nasser nahm König Hussein von Jordanien mit auf in den bereits mit Syrien geschlossenen Verteidigungspakt, basierend auf der Hoffnung, Israel würde von

den vereinten arabischen Streitkräften abgeschreckt werden. Zudem war die Stimmung in den drei Staaten bereits soweit auf Konfrontation mit Israel, dass jeglicher Rückzug politisch nicht zu überleben gewesen wäre (vgl. ebd. 130f.). Ein zwei Wochen andauernder Nervenkrieg begann, mit diplomatischen Absicherungen gegenüber den USA bzw. gegenüber der Sowjetunion, doch keine der Supermächte wollte ihren Protégés absoluten Rückhalt garantieren. Im Gegenteil, waren die USA doch davon überzeugt, dass Ägypten keine Angriffspläne hatte (vgl. ebd. 134f.). Die israelische Politik war von Kräften durchwachsen, die den Krieg von 1948 als unvollendet sahen und eine Gebietserweiterung erhofften. Die arabische Seite wollte noch immer nicht an die tatsächliche Möglichkeit einer kriegesischen Konfrontation glauben. „In contrast to Israeli eagerness, Arab governments neither wanted war nor were ready for it.“ (ebd. 137). Die Spannungen stiegen weiterhin und Israel tat sein Bestes, um sich der Weltöffentlichkeit als von einem Ring von Feinden umgeben zu zeigen, die nur darauf warteten, den jüdischen Staat auszulöschen (ebd.).

Am 5. Juni 1967 griff Israel ägyptische Stellungen an. Die ägyptische Luftwaffe wurde noch am Boden nahezu komplett zerstört, überrascht vom israelischen Angriff waren sie nicht auf einen Angriff vorbereitet. Jordanien versuchte, israelische Luftwaffenstützpunkte anzugreifen, bei einem Tankmanöver wurden jedoch die jordanische Luftwaffe ebenso wie die zu Hilfe eilende syrische und irakische zerstört. Nachdem Israel den arabischen Armeen sprichwörtlich das Genick gebrochen hat, ging es mit einer Bodenoffensive um Gebietsgewinne. Die Ägypter, unvorbereitet und überrascht, wurden auf dem Sinai überrannt, eine fehlerhafte und undurchsichtige Kommandostruktur verhinderte ein gezieltes Vorgehen gegen den israelischen Vorstoß. Eine Fehlinformation von ägyptischer Seite, Soldaten seien bereits in die israelische Negev Wüste vorgedrungen, ließ die Massen in Kairo feiern. Die Jordanier sollten ihnen zu Hilfe kommen, doch damit öffneten sie den Israelis die Möglichkeit, ohne viel Widerstand das Westjordanland und Jerusalem komplett einzunehmen (vgl. ebd. 137f). Syrien hielt sich die ersten vier Tage des Krieges zurück. Assad ließ zwar immer wieder kleinere Angriffe an der demilitarisierten Zone durchführen, wirkte aber zunächst paralysiert vom israelischen Vorstoß. Nasser und Hussein wollten ebenso nicht glauben, dass die internationale Gemeinschaft Israel erlauben würde, die geografischen Verhältnisse in der Region nach dessen Willen derartig umzugestalten. Durch die zerstörte Luftwaffe, Assads „Steckenpferd“, konnte er seine Truppen kaum noch in Kampfhandlungen schicken. Jede Bewegung ohne Deckung aus der Luft wäre einem

Selbstmordkommando gleichgekommen (vgl. ebd. 138). Bedenkt man die Ausgangssituation der ganzen Krise, den Grenzstreit mit Syrien, erstaunt die israelische Zurückhaltung auf den ersten Blick, doch im Nachhinein scheint eigentlich Nasser das strategische Ziel gewesen zu sein.

„Syria’s sponsorship of Palestinian guerrillas, which Israel had vowed to punish, appeared suddenly to have been forgotten, lending support to the argument advanced here that the crisis-mongering on Syria’s frontier was no more than a pretext to entrap Nasser, annex Arab Jerusalem and the West Bank, and otherwise radically reshape Israel’s regional environment.“
(Seal 1991: 140)

Doch die israelischen Streitkräfte an der syrischen Grenze wollten ebenfalls ihren Teil am Sieg einfahren. „In any event, victory had its own impetus, and the temptation to add Syria’s scalp to those of Egypt and Jordan must have been great.“ (ebd.). In den letzten Tagen des Krieges stießen Einheiten der israelischen Armee Richtung Golanhöhen vor. Assads Truppen, ohne Unterstützung aus der Luft, kämpften mit allen Kräften gegen die israelische Übermacht. Doch der Vormarsch war nicht mehr aufzuhalten. Israels Truppen nahmen nach einer syrischen Fehlinformation, aufgrund derer sich viele syrische Soldaten zurückzogen, die Grenzstadt Quneitra ein. Erst der Druck seitens der USA hielt die Israelis vor einem weiteren Vormarsch Richtung Damaskus ab. Die Sowjetunion hatte sich mittlerweile ebenfalls eingeschaltet und warnte vor einem Versuch, ein befreundetes Regime zu stürzen und erzwang so einen Waffenstillstand zwischen den beiden Kriegsparteien. Doch dieser hinderte die Israelis nicht daran, zwei Tage später Mount Hermon einzunehmen und damit die gesamte Damaszener Ebene vor sich zu haben (vgl. ebd. 140f).

5.3 Hafiz al-Assad putscht an die Macht

In Anbetracht des desaströsen Krieges gegen Israel 1967 ergaben sich tiefe Gräben zwischen dem zivilen Arm der Baath-Partei um Salah Jadid und dem militärischen Komplex um Assad. Assad war in der Armee besser positioniert als in der Partei und sah sich mit starker Kritik durch die Verluste im Sechstagekrieg konfrontiert, denen er teilweise auch zustimmte. Er war mit der Prioritätensetzung der Regierung um Jadid nicht einverstanden und ging auf Konfrontation. Salah Jadids Programm sah die ökonomische Entwicklung Syriens als Vorstufe zu einer arabischen Vereinigung. Ein „Klassenkampf“ als Weg zum Sozialismus sei die Lösung der arabischen Probleme, die

Arabische Einheit sollte erreicht werden, nachdem in allen arabischen Staaten der „Klassenkampf“ vollzogen war. Für Assad und seinen Luftwaffenchef Mustafa Tlas, dem späteren Verteidigungsminister unter Assad, lagen hier die Ursachen für Syriens Niederlage gegen Israel. „[...] [T]he government's program left Syria weak in the face of imperialist aggression.“ (Galvani 1974: 9). Die Politik Jadids sprach zwar von einem „Klassenkampf“, führte diesen in der Praxis jedoch nicht durch (vgl. ebd.).

„The Jadid group, however, was not putting a program of popular mobilization into effect, nor did class struggle mean the seizure of power by workers and poor peasants, but rather the control of the national economy and the government by a small group emerging from the middle classes, especially from the rural middle classes.“ (ebd.)

Die Linie Assads bevorzugte eine Entwicklung der Armee, um die „imperialistische Aggression“ im Zaum halten zu können, obwohl er ebenso der ökonomischen Entwicklung einen großen Stellenwert zurechnete. Seine Positionen waren allerdings nicht ganz so radikal und ließen eine gewisse liberale Einstellung erkennen, was ihm die Unterstützung der kleinen und mittleren Händler und Investoren einbrachte (vgl. ebd.). Assad schaffte es in seiner Zeit als Verteidigungsminister, wichtige Posten in der Armee mit seinen Gefolgsleuten zu besetzen und Anhänger um sich zu scharen. „Der Verteidigungsminister und sein Luftwaffenchef handelten im Wissen darum, dass in Syrien die Armee stets das entscheidende Wort im Kampf um die Macht haben würde.“ (Stäheli 2001: 44). Er scharte seine Anhänger in den Schlüsselpositionen der Armee um sich, hielt sie mit verschiedenen Vergünstigungen bei Laune und verdrängte gleichzeitig, mithilfe Mustafa Tlas, Anhänger Jadids aus der Armee (vgl. ebd. 48). Die Konfrontationen zwischen Jadid und Assad spitzten sich in den nächsten drei Jahren immer mehr zu, wodurch die Fraktion um Jadid in die Defensive gedrängt wurde (vgl. ebd. 43).

Als auslösender Anlass für Assads Putsch wird von mehreren Autoren (vgl. Devlin 1991, Stäheli 2001, Galvani 1974) der Jordanische Bürgerkrieg im Jahr 1970 genannt. Die jordanische Armee kämpfte gegen die palästinensischen Kämpfer, als Jadid der palästinensischen Befreiungsarmee (die Hittin), einer in Syrien gegründeten Bewegung als Konterpart zur unter Nasser gegründeten PLO, unter syrischer Führung ein Eingreifen im Bürgerkrieg garantierte. Assad hatte zwar als Verteidigungsminister das eigentliche Kommando, wollte aber keine Alleingänge der palästinensischen Kämpfer in Jordanien zulassen. Als sich die Palästinenser auf der Flucht aus Jordanien befanden, verweigerte er ihnen die Unterstützung durch die syrische Luftwaffe. Diese

Entscheidung brachte die Anhänger des Jadid-Flügels endgültig gegen Assad auf. Es wurde sofort mit einem Ausschlussverfahren aus der Partei und der Entfernung Assads aus allen Machtpositionen begonnen. Doch Assad stürzte den Parteikongress, bei dem sein Ausschluss beschlossen werden sollte, und übernahm die Kontrolle über die Partei und ihre Strukturen sowie die Regierungsfunktionen. Der Versuch, die Armee wieder unter die Kontrolle der Jadisten zu bringen, scheiterte aufgrund der Vorarbeit Assads und Mustafa Tlas, alle Schlüsselpositionen mit ihren Anhängern zu besetzen (Galvani 1974: 9f).

5.4 Assads Verhältnis gegenüber der PLO

Die syrische Politik war bereits während der französischen Mandatszeit in dem Dilemma gefangen, einen Weg zwischen der postulierten panarabischen Vision und syrischen Partikularinteressen zu finden. Die Aufstände und Streiks der 1930er Jahre in Palästina stießen bei der syrischen Bevölkerung, als Anliegen ihrer arabischen Brüder und Schwestern, auf viel Unterstützung. Gleichzeitig aber wollte sich die damalige Regierung gegenüber den europäischen Machthabern in ihrer Unabhängigkeitsbewegung nicht durch zu offensichtliches panarabisches Engagement in Misskredit bringen. Die Politik Assads führte die Palästinafrage in ihrer Propaganda fort und stilisierte die Lösung des Konflikts als zentrale Aufgabe der syrischen Politik, die einer panarabischen Idee folgend, keine andere Wahl hatte, als hinter den PalästinenserInnen zu stehen. Zusätzlich zur ideologischen Verpflichtung für eine gemeinsame Sache aller AraberInnen zu kämpfen, wurde die territoriale Zuordnung Palästinas als Teil Syriens propagiert. Dadurch war die Lösung des Palästinakonflikts *en gros* eine arabische Verpflichtung und *en detail* eine speziell Syrien zukommende. Damaskus musste somit die Anliegen der PalästinenserInnen radikaler als alle anderen arabischen Staaten, sogar als die PLO selber, vertreten. Diese Taktik engte den diplomatischen Spielraum Assads ein, lieferte aber zugleich eine Legitimationsbasis für syrisches Eingreifen in palästinensische Belange. Eine unabhängige Politik der PalästinenserInnen wurde in diesem Zusammenhang als unangebracht angesehen. Die populistisch gestaltete Politik barg einige Risiken in sich, deren Assad sich immer mehr bewusst wurde. Nach dem Jom Kippur Krieg 1973 änderte er seine Politik gegenüber der PLO. Assad verblieb zwar nach außen der palästinensischen Sache verhaftet, setzte

allerdings alles daran die PLO unter seine Kontrolle zu bringen, was zu einigen Widersprüchen zwischen Propagiertem und tatsächlich umgesetzter Realpolitik führte. Assad versuchte durch diese Taktik, die Position Syriens im panarabischen wie auch internationalen Kontext als wichtige regionale Macht auszubauen und seine Legitimität gegenüber der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung in Syrien stärken (vgl. Stäheli 2001: 123f.).

Das Taktieren der syrischen Politik gegenüber der PLO lag vor dem Hintergrund der Uneinigkeit der PalästinenserInnen innerhalb ihrer eigenen Organisation und der Person Yassir Arafat selbst. Yassir Arafat war 1967 zum Führer der Fatah, der stärksten Untergruppierung in der PLO, aufgestiegen und konnte sich international und im arabischen Raum profilieren. Die Fatah war die stärkste Fraktion in der PLO und konnte mit Arafat, als charismatischen Führer, die meisten Gruppierungen unter ihren Einfluss bringen. Die PLO wurde nach der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1974 als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes unter der Führung Arafats anerkannt. Diese Aufwertung brachte die PalästinenserInnen offiziell als Akteur in den arabischen Raum ein, der fortan mit einbezogen werden musste (vgl. ebd. 115). Die PLO stellte aber keine homogene Organisation dar. Ihr gehörten zahlreiche Untergruppen mit radikaleren Positionen als die Fatah, insbesondere nach dem Jom Kippur Krieg, an. Die arabischen Staaten rückten vermehrt von ihren zuvor vertretenen Positionen gegenüber Israel ab, womit sich auch Arafat arrangieren musste. Das Befreien des palästinensischen „Kerngebietes“ rückte in weite Ferne, so konzentrierte sich die Fraktion um Arafat auf die Befreiung der seit 1967 besetzten Gebiete. Arafat behielt allerdings offiziell seine radikale Position bei, um die extremistischen Strömungen innerhalb der PLO im Zaum zu halten (ebd. 116).

Die anderen palästinensischen Unterorganisationen kämpften weiterhin für eine Befreiung des gesamten Gebietes. Es gab verschiedene Strömungen, die teils eine antisyrische, teils eine syrienfreundlich gestimmte Politik verfolgten. In den politisch unruhigen 1970er Jahren wendeten sich auch zahlreiche Organisationen, die zunächst eine prosyrische Position vertraten, gegen Damaskus und begannen Kooperationen mit anderen arabischen Staaten, oder waren Teil der Machtkämpfe innerhalb Syriens. Hierzu ist die in Syrien als palästinensischer Arm der Baath gegründete Saiqa Fraktion zu nennen. Sie stand unter der politischen Kontrolle von Damaskus und genoss dadurch allerdings logistische und organisatorische Vorteile gegenüber anderen Fraktionen. Als eine der aktivsten Gruppierungen gegen Ende der 1960er Jahre wurde sie als politisches

Instrument für inoffiziell radikal vertretene Positionen der Damaszener Führung gegenüber den Nachbarstaaten Jordanien und Libanon instrumentalisiert. Allerdings war sie ebenso in die innenpolitischen Machtkämpfe verwickelt und wurde von Jadisten als Machtinstrument gegen Assads Fraktion eingesetzt.

Nach der Machtübernahme durch Assad kam die Saiqa unter die rigide Kontrolle der neuen Führung, womit sich die Abhängigkeit der Fraktion gegenüber Damaskus drastisch verstärkte. Das Verhältnis zwischen der Saiqa und der PLO spiegelte die wechselvolle Beziehung zwischen der PLO Führung und Syrien wider. Die Hittin Brigade, als Reaktion Syriens gegenüber der unter Nassers Ägide gegründeten PLO, stand nur formell unter Arafats Kommando. Eine weitere Gruppe, der die Nähe zum syrischen Machthaber zumindest in ihrer Anfangszeit nachgesagt wird, ist Abu Nidal. Sie stellten Arafats Todfeinde dar und sind für einige Terroranschläge und Morde auch innerhalb der PLO verantwortlich (vgl. ebd. 117f.). Arafats Bemühungen, die PLO zu einen, wurden von den Akteuren im arabischen Raum geschickt konterkariert, indem verfeindete Gruppen gestützt und die Friktionen innerhalb der PalästinenserInnen angefeuert wurden. „Umgekehrt war auch Arafat bestrebt, die jeweiligen arabischen Machtkonstellationen zu seinen Gunsten auszunutzen.“ (ebd. 117). Das stellte die PLO vor einige Probleme, da sie nicht als geeinte Vertretung der palästinensischen Sache auftreten konnte und stattdessen mit inneren Konflikten zu kämpfen hatte.

Die PLO wurde von vielen Seiten unterstützt, aber vor allem Syrien als direkter Nachbar Israels und der propagandistischen Sicht auf Palästina als ursprünglichen Teil Syriens, hatte immer großes Interesse daran, die PalästinenserInnen unter Kontrolle zu halten. Arafat war für Assad ein schwieriger politischer Partner. Der PLO Führer wechselte geschickt, je nach politischer Lage, zwischen den konkurrierenden arabischen Staaten hin und her. Er pochte demonstrativ auf die politische Unabhängigkeit, besonders gegenüber Syrien. Gegenseitiges Misstrauen prägte das Verhältnis der beiden Machthaber über die Jahrzehnte. Im libanesischen Bürgerkrieg standen sich beide Parteien bewaffnet gegenüber.

„Der PLO-Vorsitzende blieb den Syrern gegenüber selbst in „guten Zeiten“ misstrauisch. Er verstand es, virtuos auf der Tastatur der arabischen Politszene zu spielen, indem er traditionell enge Beziehungen zu konservativen und prowestlichen Staaten [...] unterhielt, die ihm immer dann zustatten kamen, wenn seine Organisation in einem der „Frontstaaten“ mit Schwierigkeiten konfrontiert war.“ (ebd. 122).

Assad versuchte den Balanceakt zwischen der populären Unterstützung der palästinensischen Sache und der Kontrolle über die Guerillakämpfer, die durch ihre Angriffe auf israelischen Boden Unruhe in die Nachbarstaaten Libanon und Jordanien brachten. Der syrische Machthaber wollte auf jeden Fall einen ungewollten Waffengang gegen Israel vermeiden und die Kontrolle über die Geschehnisse in Syrien, aber auch im Libanon als direktes Nachbarland, behalten (vgl. ebd. 125).

Wie in diesem Abschnitt dargestellt, bezieht sich der panarabische Nationalismus nicht auf einen bestimmten Territorialstaat, wie es im europäischen Verständnis gängig ist. Die Bindung der Ideologie an einen bestimmten kulturellen „Marker“ von Arabismus deckt sich mit dem Verständnis von Nationalismus als Spielart der Ethnizität, konkreter der jeweiligen konstruierten nationalen oder ethnischen Identität. Die Betonung kultureller Leistungen, einer gemeinsamen Geschichte, der gemeinsamen Sprache und der erfahrenen Fremdherrschaft durch die Osmanen und später in der französischen und britischen Kolonialzeit, konstruieren eine gemeinsame arabische Vergangenheit und damit auch Identität. Verschiedene Schattierungen und Betonungen von bestimmten Merkmalen, Rückbezügen auf religiöse Zusammengehörigkeit bestimmter Gruppen, oder gemeinsamen äußeren Feinden, rekonstruieren ein gemeinsames Ziel mit dem die jeweilige Politik legitimiert wird. Wobei hier nicht von einem Verständnis von Legitimität ausgegangen wird, das auf dem breiten öffentlichen Willen beruht, sondern es eher im Sinne von Hegemonie verstanden werden sollte. Das Konzept von Hegemonie kann als dem von Legitimität überlegen angesehen werden, da es weiter gefasst ist und Legitimität in einem europäischen Sinne sowohl beinhalten als auch umgehen kann (Ayubi 2009: 32).

Die Panarabische Vision fand ihren Höhepunkt in der Vereinigten Arabischen Republik, die aber aufgrund der ungleichen Machtverteilung nicht lange bestehen blieb. Das Abgeben aller Macht nach Ägypten schien den syrischen Machthabern, ob in wirtschaftlichen Belangen oder dem Militär, ein Dorn im Auge zu sein. Die Kooperation scheiterte, da sie keine wirkliche Kooperation war sondern die ägyptischen Belange vor die syrischen stellte und die Eliten keinen Einfluss mehr geltend machen konnten.

Durch die subversive Organisation eines eigenen Komitees, mit dem Wissen um den Einfluss innerhalb der syrischen Armee, gelang es Assad und Jadid einen Coup gegen die Union in die Wege zu leiten. Sie konnten ihre Position innerhalb des syrischen

Sytems in Folge weiter ausbauen und übernahmen die sozialistisch konotierten Parolen in ihre partikular syrischen Zielsetzungen. Die Instrumentalisierung sozialistischer Ideen und die Implementierung weitreichender Reformen sicherte den neuen Machthabern nicht nur Unterstützung einer breiten Bevölkerungsschicht, sondern untergrub auch den Zulauf zu potentiellen sozialistischen bzw. kommunistischen Parteien. Die populistisch ausgelegte Propaganda des arabischen Sozialismus förderte nicht nur den Rückhalt in der Bevölkerung, die real durchgesetzten Reformen der Verstaatlichung entzogen potentiellen politischen Gegnern aus der Bourgeoisie ihre ökonomische Basis.

Der folgenreiche Sechstagekrieg der arabischen Staaten gegen Israel ebnete Assads Weg zur Machtübernahme. Durch den Verlust an Prestige und Territorium geschwächt, schaffte es Assad die Situation durch einen Putsch zu seinem Gunsten umzudrehen. Er wusste durch seinen liberalere Politik bestimmte Teile der Bevölkerung hinter sich und konnte die Niederlage gegen Israel auf Jadids Politik schieben. Die Politik gegenüber der PLO gestaltete sich sehr wechselhaft und wurde von Assad geschickt als Mittel zur Propaganda und Legitimation verwendet. Assad ließ den PalästinenserInnen immer nur so viel Freiheit, wie für ihn kontrollierbar war um sich als Unterstützer der palästinensischen Befreiung vom Zionismus feiern zu lassen, sich aber nicht in einen ungewollten direkten Konflikt mit Israel hineinziehen lassen. Durch die Anwesenheit der palästinensischen Kämpfer in den Nachbarstaaten Jordanien und Libanon sah Assad die Gefahr eines unkontrollierten Konflikts und des aushöhlens seiner Machtposition im Inneren. Der syrische Machthaber scheute aber nicht davor zurück, die PLO einerseits zu unterstützen und sich damit als Vorkämpfer gegen Israel zu profilieren, im nächsten Zug aber mit militärischer Gewalt gegen zu viel Autonomie, auch im benachbarten Libanon, vorzugehen.

6. Allianzen formieren sich

6.1 Beziehungen zum Iran

Eine Kooperation des Irans mit Syrien besteht seit der islamischen Revolution im Iran im Jahr 1979. Die frühen 1980er-Jahre führten zu einer ersten Vertiefung der beiden ideologisch unterschiedlichen Staaten, besonders nach dem Ausbruch des Iran-Irak-Krieges im September 1980 (Hirschfeld 1986: 106). Der Iran und Syrien haben vollkommen unterschiedliche Systeme. Syriens Baath-Regime baute auf einen säkularisierten Staat, Irans Revolutionsregime hingegen stand hingegen unter der Führung Ayatollah Ruhollah Khomeini. Als oberster Rechtsgelehrter des Islams steuerte er die Geschicke des Irans nach der Machtübernahme auch als oberste staatliche Instanz. Der untergeordnete Wächterrath prüfte alle Vorschläge und Gesetze des Parlaments auf die Vereinbarkeit mit dem islamisch schiitischen Glauben (Ferdowsi 2002: 420).

Alle nicht islamischen Organisationen und Parteien wurden nach der Machtübernahme 1979 verboten. Die obersten Ziele der Revolutionsführer war die Abschaffung des Säkularismus und der Moderne westlicher Prägung, welche unter dem letzten, von den USA gestütztem Schah, Einzug gehalten hatte (ebd. 419). Die Verfassung des Irans orientiert sich am schiitischen Glauben und konzentriert die Macht in den Händen des obersten Rechtsgelehrten. Der religiöse Führer ist mit allen Machtmitteln ausgestattet und einzig Gott, und nicht dem Volk, verantwortlich. Das gewählte Parlament und der gewählte Präsident sind in ihren Entscheidungen immer vom obersten Führer und dem Wächterrath abhängig. Wichtige Vorhaben scheiterten oftmals am Veto des Wächterraths und es wurde zunehmend schwieriger, das Land zu regieren. 1989 wurde eine Reform der Verfassung verabschiedet, welche allerdings nur sehr wenig an den realen Machtverhältnissen änderte (vgl. ebd. 420).

6.1.1 Der Iran vor der Revolution

Im Iran gab es im Verlauf des 20. Jh. drei Revolutionen, die zu einem Regimewechsel geführt haben. Alle drei Umstürze richteten sich gegen Machthaber, die ihre

Legitimation gegenüber dem iranischen Volk aufgrund Grund zu starken Einflusses externer Akteure verloren haben.

„Most important, each crisis reflects a revolution of rising alienation from the monarchical regime and perceived foreign domination. This alienation developed essentially from the adverse effects of the previous domestic and foreign policy decisions of the ruling elite.“ (Ramazani 1980: 444).

Die „Constitutional Revolution“ von 1905 bis 1911 beruhte auf einer nationalistisch liberalen Intellektuellenbewegung, welche die Misswirtschaft und Korruption der Machthaber beenden sollte. Die bisherige Politik führte zu einem massiven Einfluss Großbritanniens und vor allem Russlands in die iranischen Belange, wogegen sich nationalistische Bewegungen zu wehren begannen. Es wurde zum ersten Mal in der iranischen Geschichte ein Nationalstaat mit einer konstitutionellen Monarchie geschaffen. Die Verfassung war säkular orientiert, obwohl sich an der Revolution, ebenso wie bei den beiden folgenden, der Klerus ebenfalls beteiligte (vgl. Alamdari 2005: 1285 u. Ramazani 1980: 445).

Die dominierende Gruppe bei der ersten Revolution des 20. Jh. waren liberale, säkulare Intellektuelle, die von europäischen Ideen zum Nationalstaat als Mittel zum Fortschritt beeinflusst waren. Der reformistische Klerus war im Glauben an eine Integration des Islams in die neu entstandene Verfassung des Nationalstaates als leitendes Motiv gemeinsam mit der säkularen Bewegung gegen die alten Machthaber aufgetreten. Doch es handelte sich um einen Trugschluss, die säkularen Politiker und Intellektuellen sahen einenein nach europäischem Vorbild gestalteten Nationalstaat als Lösung für die iranischen Probleme. Der Klerus hielt sich im Folgendem aus der Politik heraus. Unter der nachfolgenden Herrschaft von Reza Shah wurden ihre Möglichkeiten des politischen Einflusses weiter minimiert. Reza Shah baute den iranischen Staat zu einem autoritären System um, das alle politischen Bereiche unter seiner Kontrolle hatte und den geistlichen Führern keinen Raum für Einflussnahme lies (vgl. Mirsepassi-Ashtiani 1994: 66).

Das Jahrzehnt nach Reza Shah, 1941 von den Briten im Zuge des Zweiten Weltkrieges ins Exil getrieben, war geprägt von einer aufkeimenden demokratischen Organisation der Gesellschaft. ArbeiterInnen begannen sich in Gewerkschaften zu organisieren, politische Parteien wurden gegründet und das Parlament nach der autokratischen Herrschaft Reza Shah wieder in seine Funktion gehoben (vgl. ebd. 52). In dieser Zeit konnte sich die Gesellschaft relativ frei in das politische Geschehen einbringen,

verschiedene Strömungen vom linken zum rechten Spektrum, religiöser oder ethnischer Natur, florierten nach dem Ende der autokratischen Herrschaft von Reza Shah. Doch externe Mächte, vor allem die Sowjetunion und die USA konkurrierten um Einfluss über das iranische Erdöl, das noch unter britischer Kontrolle stand (ebd. 53).

Zwei Parteien stachen in dieser Zeit besonders hervor: die Tudeh-Partei und die National Front. Unter der Tudeh versammelten sich zunächst progressiv sozialistische IranerInnen, deren Parteiführung sich aber zunehmend an Moskau orientierte. Die Partei mutierte zu einer Vertretung sowjetischer Interessen im Iran und versuchte Konfessionen für die Erdölförderung von britischer Kontrolle zu befreien – und an die Sowjetunion zu vergeben. Die National Front unter Mohammed Mossadeq, dem letzten Premierminister vor der erneuten absoluten Machtübernahme durch Mohammed Reza Shah, setzte die Verstaatlichung des iranischen Erdölsektors als oberste Priorität (vgl. ebd. 54).

Mossadeq orientierte sich an den Zielen der ersten Revolution 1905–1911, die an einer säkularen Verfassung angelehnt waren und ein ausgewogenes politisches System mit demokratischer Basis vorsahen: „[...] Mossadeq sought an independent and sovereign political system in which the autocratic rule of the state and the individual are replaced by the rule of law.“ (ebd. 55). Die Schwierigkeiten der Transition wurden von Mossadeq allerdings unterschätzt. Er legte keinen besonders großen Wert auf säkulare demokratische Institutionen, wie Gewerkschaften oder politische Parteien, und unterschätzte vor allem die internen und externen Kräfte, die sich gegen sein erklärtes Ziel der Nationalisierung des anglo-iranischen Erdölsektors richteten. Dieser symbolisierte durch die Verflechtungen mit der iranischen Elite die Fremdbestimmtheit der Innen- und Außenpolitik durch die Briten, was schließlich in einer massiven Krise gipfelte (vgl. Ramazani 1980: 444). Reformen der Exekutive und die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als Korrektiv gegenüber dem Staat dienen, verabsäumte Mossadeq ebenfalls. Sein Reformwille und die grundsätzlich positive Stimmung bezüglich einer demokratischen Entwicklung des Landes waren aber von innenpolitischen Uneinigkeiten begleitet. Die Tudeh-Partei stand Mossadeqs nationalistischer Regierung skeptisch gegenüber und beschuldigte ihn des Paktierens mit den USA. Die politische Spaltung des Landes, die durch die große Nähe der Tudeh-Partei zur Sowjetunion und nationalistische Bewegungen, aber auch britische sowie US-amerikanische Einflussnahme, führten schließlich 1953 zum Sturz Mossadeqs (Mirsepassi-Ashtiani 1994: 54f).

6.1.2 Die Politik des Mohammed Reza Shah Pahlavi

Der Shah übernahm fortan wieder die Kontrolle über die Staatsgewalt. Der Führungsstil änderte sich aber zu einer autokratisch geführten System, in dem die entstandenen demokratischen Institutionen sukzessive zurückgedrängt und unterdrückt wurden. Der Raum für säkulare politische Opposition wurde immer kleiner und die Nähe Reza Shah Pahlavis zum schiitischen Klerus ließ diesen schließlich an Einfluss gewinnen.

„If in the precoup period oppositional groups and voices were located in such secular and democratic institutions as unions, parties, and the media, under the new autocratic state of the 1960s and 1970s, the space for political dissent moved to mosques, seminary schools, bazaars, universities, underground organizations, and exile communities. This locational transformation contributed to a process of desecularization of politics and public life in Iran.“ (ebd. 56).

Der Shah hatte von Beginn seiner Regentschaft an den schiitischen Geistlichen mehr Freiheiten zugesprochen als dies sein Vorgänger und Vater tat, doch wurde seine radikale Modernisierungspolitik im Verlauf als „unislamisch“ und zu westlich orientiert gesehen. Seine Politik der Unterstützung der Geistlichen und das Einführen schiitischer Symbole und Elemente in den politischen Diskurs bei gleichzeitiger Unterdrückung von politischem Dissens außerhalb der von den Geistlichen kontrollierten Bereiche führte schließlich zu einer verstärkten Politisierung des schiitischen Islams. Säkulare Opposition wurde mit Repression verhindert, wodurch der Klerus und die ihm unterliegenden Bereiche die einzige Möglichkeit der Organisation politischen Widerstands boten (ebd.).

Die Modernisierungspolitik Reza Shahs hatte einen autokratischen Stil, der die Bevölkerung von Entscheidungen und Prozessen ausschloss. Die sozioökonomischen Realitäten blieben für einen Großteil der Menschen in einem vorkapitalistischen System verhaftet, während die staatliche Modernisierungspolitik durch autoritäre Maßnahmen die ursprünglichen ökonomischen Beziehungen, soziale Institutionen und Lebensgewohnheiten radikal veränderte. „The Shah viewed the reform program as ‚his‘ plan and ‚his‘ policy. In many cases, even the state elite did not have a voice in policy making.“ (ebd. 58). Diese Top-down-Politik der Reformen führte zu einer Entfremdung der Bevölkerung von den Programmen des Shahs. Der Ausschluss von politischem Diskurs und die Unterdrückung jeglicher Opposition gingen Hand in Hand mit den Modernisierungsmaßnahmen. Landreformen führten zu einer massiven Urbanisierung der Bevölkerung, deren soziale Wurzeln und Zusammenleben in der neu geschaffenen

Realität des Modernisierungsprozesses zu einer starken sozialen Differenzierung führten. Die Verteilung von generiertem Wohlstand infolge der Erdölförderung war extrem ungleich und vergrößerte die Schere zwischen Arm und Reich. „It is not surprising, then, that resistance and even hostility to modernization developed.“ (ebd.). Die iranische Gesellschaft wurde unter Reza Shahs Herrschaft zwar in vielen Bereichen wie beispielsweise in Bezug auf den Zugang zu Bildung, zur Alphabetisierung usw. verändert, jedoch waren die Wohlstandsgewinne sehr ungleich verteilt. Partizipationsmöglichkeiten wurden abgeschafft, wodurch der Widerstand gegen Reza Shahs Politik immer größer wurde. Die Reformen änderten nichts an der misslichen Lage der neuen Stadtbevölkerung und förderten eine Entfremdung der städtischen Unterschicht, aber auch anderer sozialen Gruppen vom Staat und seiner „[...] Western-oriented official culture [...]“ (ebd. 60). Der wachsende Widerstand richtete sich aber nicht gegen die Modernisierung an sich, sondern gegen die partiell und diskursfrei eingeführten Maßnahmen, an denen die Gesellschaft keine Partizipation und Mitgestaltungsmöglichkeiten hatte. So blieb die Modernisierung auf einem partiellen Niveau, ohne vollständig auf die gesamte Gesellschaft durchzugreifen. „In other words, the Shah’s modernization program was criticized not for being modern, but precisely because it failed to achieve modernity in the fullest sense.“ (ebd.)

Der Aufbau einer säkularen Opposition war unter den gegebenen Rahmenbedingungen des autoritären Staates nicht mehr möglich. Einzig der schiitische Klerus genoss eine relativ große Freiheit und sammelte GegnerInnen des Shahs innerhalb seiner Institutionen. Die schiitischen Geistlichen verblieben nicht immer auf Linie mit den Maßnahmen des Shahs. So wurde Ayatollah Khomeini nach der blutigen Unterdrückung von Protesten gegen weitere Zugeständnisse des Herrschers gegenüber durch die USA injizierten Reformen aus dem Land gewiesen. Vor allem die besondere Stellung von US-Militärpersonal im Iran, das infolge der Reformen nicht mehr der iranischen Judikatur unterstehen sollte, kam für Khomeini einem Verkauf der iranischen Souveränität gleich (vgl. Ramazani 1980: 445).

Die sich organisierende Opposition bestand aus verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft, die wie bei den vorherigen aus säkularen wie auch geistlichen Bewegungen zusammengesetzt war. Auf der Ebene der Ideologie war der oppositionelle Block bei Weitem nicht vereint. „There has at no stage been a monolithic ideological movement.“ (ebd.). Die repressive Politik des Shahs verursachte eine Transformation des politischen Diskurses zum schiitischen Islam:

„Nevertheless, the movement against the Shah and his modernization policies was translated into an Islamic discourse precisely because the only culture that had survived the political terror of the Pahlavi state was that of Shi’i Islam.“ (Mirsepassi-Ashtiani 1994: 60)

Eine schiitische Ideologie wurde als Alternative zur säkularen Ideologie Reza Pahlavis gesehen, als „dritter Weg“ dem westlichen wie auch dem östlichen entgegengesetzt und als der iranischen als auch islamischen Kultur entsprechend. Zusätzlich zu der ländlichen Bevölkerung und der armen Unterschicht der Städte, die den Islam schon zuvor als den „richtigen Weg“ ansahen, schlossen sich nun Intellektuelle, von Pahlavis autoritärem Staat von jeglichem Diskurs exkludiert, der neu aufkeimenden Bewegung an (vgl. Ramazani 1980: 446). Eine Bewegung der Romantisierung der islamischen und iranischen Kultur verbreitete sich unter den iranischen Intellektuellen, die sich der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem verwestlichten Modernisierungsprogramm Pahlavis anschlossen und die schiitisch religiös geprägte Opposition als Lösung für die Identitätskrise ihrer selbst und der iranischen Gesellschaft sahen (vgl. Mirsepassi-Ashtiani 1994: 63). Die oppositionelle Bewegung war nicht geeint, es demonstriert aber deutlich, wie die repressive Politik Raum für eine säkulare Opposition zerstörte und die letzten Zufluchtsräume für Dissens in religiösen Institutionen verschob. Die entstandene islamisch geprägte Gegenbewegung fand quer durch alle Gesellschaftsschichten ihre Anhängerschaft und konnte die wachsende Unzufriedenheit hinter sich konzentrieren.

Ayatollah Khomeini etablierte sich seit seiner Ausweisung aus dem Iran 1964 verstärkt als führender Regimekritiker. Nach einer kurzen Zeit in der Türkei ließ er sich im irakischen Nadjaf nieder und begann, Vorlesungen über islamisches Recht zu halten. Durch seine politischen Positionen irritierte Khomeini geistliche Führer, da er ihre unpolitische Position verdammt. Seine Vorlesungen über die Herrschaft der Rechtsgelehrten als Modell einer islamischen Regierung wurden alsbald unter seinen AnhängerInnen im Iran verbreitet. Seine Angriffe gegenüber Shah Pahlavi nahmen zu, bis er die Monarchie als Institution als unislamisch verurteilte und offen kritisierte. Die Angriffe gegenüber dem Shah nahmen in den 1970er-Jahren zu, bis er 1978 von der irakischen Regierung aufgefordert wurde, das Land zu verlassen. Khomeini ging im Oktober 1978 nach Paris und baute den Widerstand gegen den Shah aus (vgl. Posch 2008: 103).

Die von den USA gestützte Modernisierungspolitik Reza Shah Pahlavis führte paradoxerweise zum Aufstieg des schiitischen Klerus als politische Opposition. Der repressive Staatsapparat zerstörte die Strukturen der säkularen und pluralistischen Bewegungen im Iran, förderte dadurch aber die Politisierung der Religion als einzige verbleibende Alternative. Nachdem der Klerus und die schiitischen Institutionen als einzige Organisationsform eine relative Freiheit behielten, dienten sie als Rückzugsort für politischen Dissens. Die rasche Transformierung der Gesellschaft, ohne einen gemeinsamen Prozess der Aushandlung und jeglicher Partizipation, führte zu einer Entfremdung der Gesellschaft vom autoritär geführten Staat. Der rasche Wandel in der iranischen Gesellschaft, die massive Urbanisierung und die extrem ungleiche Verteilung des Wohlstands ließen nur wenige an der gewonnenen Modernität teilhaben und förderten eine Romantisierung und Idealisierung traditioneller Bezugspunkte der iranischen Kultur und des schiitischen Glaubens als Teil der Kultur. Die Rekonstruktion von identitätsstiftenden Elementen als Reaktion auf Repressionen, die von einem Staatsapparat durchgeführt wurden, dessen Reformen sich an westlichen Modellen orientierten, ließen diese als Produkt der imperialistischen Hegemonie und der Unterdrückung des freien Willens der iranischen Bevölkerung konstruieren.

6.2 Wandel der Beziehungen gegenüber Syrien

Die Kooperation mit Syrien war für Ayatollah Khomeini von Beginn an wichtig. Im Gegensatz zum Shah-Regime, welches in den 1960er- und 1970er-Jahren eher einen Kalten Frieden als eine Partnerschaft mit Syrien unterhielt, gingen Assad und Khomeini sehr schnell eine strategische Partnerschaft ein (vgl. Goodarzi 2009: 13). Die Bedingungen, unter denen die Revolution in Iran stattfand, forcierten die diplomatischen Überlegungen beider Mächte zur Kooperation.

„When the revolt against the monarchy erupted in Iran, the Arab political order was weak and in a state of disarray. The failure to derive any tangible benefits from the limited success of the 1973 Arab-Israeli war, the impasse over Palestine, the lingering domestic conflict in Lebanon, incessant inter-Arab feuding and Egypt's 'defection' with the signing of the Camp David accords in March 1979, had thrown the Arabs into total confusion.“ (ebd. 12)

Durch die Isolierung Ägyptens nach dem Friedensschluss mit Israel sahen syrische Diplomaten die Notwendigkeit, mit dem neuen iranischen Regime einen Machtblock aufzubauen um gegen die westliche bzw. israelische Hegemonie in der Region

aufzutreten (vgl. ebd. 21). Somit wurde ein Weg der Allianz eingeschlagen. In der Anfangsphase der Beziehungen steht vor allem der Iran-Irak-Krieg, welcher 1980 ausbrach. Syrien kooperierte mit dem Iran auf militärischer wie auch ökonomischer Seite, um Saddam Husseins Irak soweit wie möglich zu schwächen. An der syrisch-irakischen Grenze wurden syrische Truppen aufgestellt, was Bagdad zwang, an zwei Fronten seine Armee zu stationieren. Irakische Oppositionskräfte wurden vom Iran wie auch von Syrien unterstützt, um Unruhe innerhalb des Iraks zu schaffen. Syrien unterstützte des Weiteren den Iran mit sowjetischen Waffen, um ein Gegengewicht zu den ebenfalls mit sowjetischen Waffen ausgestatteten Irakern zu gewährleisten (Hirschfeld 1986: 107). Die Sperre der irakischen Mittelmeerpipeline durch Syrien war ein weiterer Schritt zur Schwächung des Iraks. Als Saddam Hussein 1980 entschied, den Iran anzugreifen, war man von der irakischen Überlegenheit ausgegangen, welche ihm zu einem schnellen Sieg verhelfen würde. Die Allianz mit Syrien und die daraus folgenden Schwierigkeiten zogen den Irak allerdings in einen der längsten und blutigsten Konflikte der jüngeren Geschichte des Mittleren Ostens (vgl. Goodarzi 2009: 12).

Für Syrien hatte die Unterstützung des Irans zweierlei Vorteile: Zum einen bekam es sehr billige Öllieferungen aus dem Iran, obwohl es gleichzeitig Gefahr lief, seine Pipelineinfrastruktur durch die Sperre für irakisches Öl obsolet zu machen, da der Irak fieberhaft nach Alternativen suchte – und mit dem Ausbau vorhandener Routen auch fand. Zum anderen konnte Hafiz al-Assad nach der blutigen Niederschlagung der Muslimbrüder in Hama durch die Allianz mit dem Iran seine Position als muslimischer Präsident stärken (vgl. Hirschfeld 1986: 115f).

„There seems to be little doubt that President Assad was anxious to present himself, and the Ba’ath regime, to his people as a supporter and benefactor of religion. A link with Iran could conceivably legitimise such a posture, enabling Assad to split the religious opposition to his regime.“ (ebd. 116)

In der Anfangsphase war es vor allem die Unterstützung des Irans im Krieg mit dem Irak, erst mit den folgenden Jahren kam das gemeinsame Interesse in der Levante auf. Syrien war bereits seit 1976 im libanesischen Bürgerkrieg vor allem auf der Seite der Amal aktiv, der Iran unterstützte nach der Revolution ebenfalls die schiitische Bevölkerung im Libanon. Vor allem der iranische Geistliche Musa al-Sadr bildete ein Bindeglied zwischen den drei Akteuren, wie weiter unten ersichtlich wird.

6.3 Hisbollah

6.3.1 Exkurs: Bürgerkrieg im Libanon

Der libanesische Bürgerkrieg wurde zur Geburtsstunde der Hisbollah. Die Gründe für seinen Ausbruch werden hier kurz abgehandelt, um die Komplexität zu veranschaulichen und eine Vereinfachung der Ursachen zu vermeiden.

Der Libanon hat eine sehr heterogene Gesellschaft, die sich aus 18 verschiedenen Konfessionen zusammensetzt. Das politische System basiert auf einem von der ehemaligen Mandatsmacht Frankreich implementierten Proporz, in dem sich die drei größten Gruppen, Maroniten, Sunniten und Schiiten, die wichtigsten Positionen im Staat teilen. Die Aufteilung geschah nach der jeweiligen Größe der religiösen Gruppe, wobei der zuletzt durchgeführte Zensus 1932 die maronitischen Christen als solche auswies und erst auf diese folgend Sunniten und Schiiten. Diese Zusammensetzung hat sich allerdings im Lauf der Zeit massiv verschoben. Mittlerweile macht die schiitische Bevölkerung den größten Teil aus, noch vor den Sunniten. Dieses Wachstum schreibt sich in der Adaption der Verfassung im Zuge des Ta'if-Friedensabkommens von 1989, welches zur Beendigung des Bürgerkrieges beigetragen hat, nieder. Die Aufteilung der obersten politischen Ämter im Staat sieht eine Person maronitischen Glaubens als Präsident, einen Sunniten als Premierminister und einen Schiiten als Parlamentspräsident¹ vor. Diese Proporzregelung zieht sich durch alle politischen Positionen durch, wobei die Parlamentssitze in einem Verhältnis von 50:50 unter den Muslimen und Christen aufgeteilt werden (vgl. Sakmani 2008: 25ff).

Zusätzlich zu der bereits zuvor komplexen Lage kamen mit der Gründung Israels palästinensische Flüchtlinge ins Land, deren Gesamtzahl laut dem für palästinensische Flüchtlinge gegründeten VN Organ UNRWA (United Nations Relief and Works Agency) mittlerweile ca. 450.000 *registrierte* Personen beträgt (UNRWA 2013). Der zum Zeitpunkt des Verfassens andauernde Konflikt in Syrien hat weitere 854.000 (Stand 26.12.2013) Kriegsflüchtlinge in den Libanon getrieben – bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr vier Millionen Einwohnern (UNHCR 2013).

¹ Auf Grund der besseren Lesbarkeit wurde an dieser Stelle auf die entsprechende weibliche Form verzichtet, was aber Frauen von diesen Positionen nicht ausschließt und sie genauso mitgedacht sind.

Der Libanon scheint immer wieder durch externe Geschehnisse aus der Bahn geworfen zu werden, auch wenn die Auswirkungen nicht sofort in Erscheinung treten. Die Flucht von ursprünglich 120.000 PalästinenserInnen in den Libanon und ihr Verbleib im Land stellte den libanesischen Staat und seine BewohnerInnen vor enorme Herausforderungen in Fragen der Sicherheit und des Schutzes der eigenen Bevölkerung, aber auch vor wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten (vgl. Traboulsi 2007: 113f.). Die Vertreibung der palästinensischen Kämpfer aus Jordanien während des „Schwarzen Septembers“ 1970 war ein weiterer Schlag für das libanesisches System. Seit dem israelisch-arabischen Krieg 1967 wurde das Land immer tiefer in einen Konflikt hineingezogen, aus dem sich der offizielle Staat heraushalten wollte, aber durch seine Nachbarstaaten bedrängt wurde Position zu beziehen (vgl. ebd. 152). Die Niederlage spornte die palästinensischen Kämpfer zu verstärkter militärischer Aktivität an, wodurch Angriffe auf israelischen Boden zunahmen (vgl. Stäheli 2001: 266). Die Palästinenser sahen im Libanon eine neue Bastion im Kampf gegen den Zionismus, nachdem sie aus Jordanien im Zuge des Bürgerkrieges 1970 fliehen mussten. Ihre Ankunft wurde zunächst positiv von der Bevölkerung aufgenommen. Der Krieg der PalästinenserInnen gegen Israel hatte auch im Libanon seine AnhängerInnen. Israel sah sich nach seinem Sieg im Sechstagekrieg in einer erstarkten Position und führte auch militärische Schläge im eigentlich neutralen Libanon durch. Vor allem die im Süden lebende Bevölkerung sah sich dadurch mit einer immer prekärer werdenden Sicherheitslage konfrontiert (vgl. Traboulsi 2007: 152 und Stäheli 2001: 266).

Die Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen, die zwar an ethnischen Linien verliefen, aber zutiefst ökonomische, politische und soziale Merkmale hatten, entluden sich immer wieder in gewaltsamen Zusammenstößen, bis sie schließlich im Bürgerkrieg endeten. Die bewaffnete Auseinandersetzung im Libanon dauerte von 1975 bis zur Entwaffnung der verschiedenen Milizen 1991 durch syrische Truppen (vgl. Traboulsi 2007: 254). Syrien spielt im Verlauf des Krieges mehrmals eine entscheidende Rolle, die langjährige Unterstützung der Hisbollah nimmt hier ihren Anfang und gipfelt heute im Einsatz libanesischer Hisbollahkämpfer auf Seiten des Regimes.

6.3.2 Interne und externe Ursachen

Die Verlegung der palästinensischen Kämpfer in den Libanon verschärfte die angespannte Lage im Land, jedoch handelte es sich dabei um das Züngeln an der

Waage. Die sozioökonomische Lage des Libanons verschärfte sich mit Beginn der 1970er-Jahre massiv, der erwirtschaftete Reichtum und die Früchte des vorangegangenen wirtschaftlichen Booms konzentrierten sich in den Händen einiger weniger Familien und ausländischen Investoren (vgl. Traboulsi 2007: 157). Die Landwirtschaft wurde zunehmend monopolisiert und auf den externen Markt ausgerichtet, wobei die ländliche Bevölkerung vermehrt als LohnarbeiterInnen für große Agrarkonzerne herangezogen wurde. Familien, die kleine Landwirtschaften betrieben, waren auf Grund der unrentablen Bedingungen gezwungen in die Städte abzuwandern (vgl. ebd. 159).

Gleichzeitig nahm die Abhängigkeit von Rücküberweisungen emigrierter LibanesInnen dramatische Auswüchse an, wobei Migration ein Mittel für die libanesische Gesellschaft war, Druck vom Arbeitsmarkt zu nehmen. Die nach außen gerichtete Wirtschaft, die den Libanon von Importen abhängig machte, und die fehlende Kontrolle von Marktpreisen und Monopolen führten gemeinsam mit Spekulationsgeschäften im Immobilienbereich zu einem enormen Anstieg der Lebenserhaltungskosten und einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen für den Großteil der libanesischen Bevölkerung (vgl. ebd. 159f.). Die Hauptinvestitionsform der wirtschaftlichen Elite aus dem In- und Ausland, aber auch von wohlhabenden emigrierten LibanesInnen, war die Spekulation mit Bauland und Immobilien. „On the eve of the war, there were between 40,000 and 50,000 empty luxury apartments in Beirut alone, while successive waves of migrants from the rural areas crammed into shantytowns and squats and ravaged entire suburbs.“ (ebd. 160).

Die Politik der extrem ungleichen Verteilung setzte sich im gesamten Staatsgebiet fort. Während Kapital und Infrastruktur sowie medizinische Versorgung und höhere Bildung in Beirut konzentriert waren, wurden andere Regionen, wie das Bekaa-Tal und vor allem der Südlibanon, vernachlässigt (vgl. ebd. 162). Zusätzlich zu dieser strukturellen Schwäche kamen die Vergeltungsschläge Israels gegen die palästinensischen Kämpfer im hauptsächlich von Schiiten bewohnten Süden des Landes hinzu. Große Teile der Bevölkerung waren gezwungen, sich in Beirut in Sicherheit zu bringen, wodurch sich die angespannte Situation in der Stadt zunehmend verschärfte (vgl. Stäheli 2001: 266). Beirut wuchs zunehmend, aber hauptsächlich durch den Zuzug verarmter Bevölkerungsteile aus den ländlichen Gebieten, die auf der Suche nach Sicherheit und Arbeit in den Randbezirken der Hauptstadt strandeten. Somit entstand um die Stadt ein „poverty belt“, in dem die Schiiten zu Beginn der 1970er-Jahre die größte Gruppe

bildeten. Die ursprünglich außerhalb der Stadt liegenden Lager der Palästinenser wurden von dieser Expansion eingeschlossen und fanden sich innerhalb des Stadtgebietes wieder (vgl. Traboulsi 2007: 161). Hohe Arbeitslosigkeit und schlechte Lebensbedingungen führten zu einer armen Unterschicht, die empfänglich für populistische Politik war.

„[...] their high density per square mile, squatting, very poor sanitary and health conditions, [...], made this suburbs breeding grounds for the populist parties of the Left and the Right; the proximity of the Palestinian camps provided one with hope for change, the other with the needed scapegoat.“ (vgl. ebd. 162)

Die nach Konfessionen differenzierte Politik spiegelte sich in der ökonomischen Situation der jeweiligen Gruppe wieder. Die wirtschaftliche Elite bestand zu einem überwältigenden Teil aus ChristInnen, MuslimInnen fanden sich hauptsächlich im Lohnarbeitssektor wieder. Der Zugang zu Bildung war formal für alle Religionsgemeinschaften egalitär geregelt, in der Praxis äußerten sich aber strukturelle Hindernisse. Beispielsweise waren die Anforderungen für Examen in Französisch so hoch angelegt, dass Kinder aus wohlhabenden, zumeist christlichen Familien, einen Vorteil hatten. Es war nicht unüblich, daheim Französisch zu sprechen bzw. Privatschulen zu besuchen, was den ärmeren Schichten verwehrt blieb. Ebenso waren gute Bildungsstätten hauptsächlich in mehrheitlich christlich bewohnten Gebieten angesiedelt. Einen sehr großen qualitativen Unterschied machte zudem der Zugang zu privaten Schulen und Universitäten, der aufgrund der hohen Gebühren den meisten Teilen der Bevölkerung verwehrt blieb. Die Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Universitäten schlug sich ebenso in der Bezahlung nieder. Die Reproduktion sozialer Unterschiede anhand der konfessionellen Zugehörigkeit setzte sich ebenso in der Besetzung höherer Posten fort und bekam alsbald ein extrem hohes Konfliktpotenzial (vgl. Traboulsi 2007: 163f.).

Der Libanon war aber immer externen Einflüssen und Interessen ausgesetzt. Die geografische Lage, gemeinsam mit den schwachen staatlichen Strukturen und der heterogenen Gesellschaft gestattete es Regionalkräften, aber auch Weltmächten, ihren Einfluss in der Region über den Libanon zu projektieren.

„So fragmented a society laid itself open to penetration and manipulation by agents from the surrounding countries and beyond. In this ‚centre‘ of the Arab world, where money, ideologies and politics were traded, tussles for influence raged between Israel and its neighbours; between Syria and its Arab opponents, Egypt and Iraq; between Britain and France; between France and

the United States; and between the Soviet Union and the West, to the great disturbance of the local scene.“ (Seal 1995: 272)

Die externen Hauptakteure in diesem Konflikt waren Israel, Syrien und die Palästinenser, wobei der Libanon sich bis heute nicht von den Ereignissen in der Region abschotten kann und immer wieder destabilisiert wird. Im Zuge des inneren Konfliktes wurde der Libanon wiederholt von israelischer Seite angegriffen, Kämpfer der PLO provozierten mit Guerillaangriffen israelische Interventionen auf libanesischem Boden. Nachdem es im Libanon aufgrund der sich verschlechternden sozialen Lage und den vergrößerten Gräben zwischen den einzelnen Gruppen immer wieder zu Protesten und Demonstrationen kam, reagierte die Regierung zunehmend mit blutiger Niederschlagung durch die Armee. „The army was there to defend the system, not the homeland.“ (Traboulsi 2007: 174)

6.3.3 Operation Litani 1978 und die Invasion 1982

Die inneren Spannungen im Libanon, teils von außen beeinflusst, teils hausgemacht, entluden sich 1975. Durch die Vereinbarung von Kairo im Jahr 1969 zwischen den Palästinensern und der Regierung in Beirut konnten sich die palästinensischen Kämpfer ungestörter denn je auf libanesischem Boden bewegen und Angriffe vom Südlibanon aus gegen Nordisrael durchführen.

„The PLO hegemony over South Lebanon, however, made the Shi'ite fear that the organization would take control of their area and transform it into a Palestinian homeland. On the Israeli side, the Palestinian military presence in South Lebanon was a direct threat to Israel's northern settlements.“ (Hamzeh 2004: 15)

Als Reaktion auf die stetigen Angriffe gegen den Norden des Landes marschierte Israel 1978 in den Südlibanon bis auf die Höhe des Flusses Litani ein, um eine Sicherheitszone gegen die Palästinenser zu errichten. Während die Operation von manchen Schiiten begrüßt wurde, da man sich eine Vertreibung der Palästinenser erhoffte, erwies sie sich als nicht erfolgreich. Stattdessen hatte wieder die schiitische Bevölkerung in der Region die meisten Todesopfer zu beklagen. Eine Viertelmillion Menschen flüchtete vor den Kampfhandlungen in den Süden Beiruts und verlor dabei ihr Heim und ihre Lebensgrundlage. „The Shi'ites felt that Israel was targeting them as a community.“ (ebd. 16). Mit der UN Resolution 425 wurde Israel gezwungen, den Südlibanon wieder zu verlassen und überließ das Feld seinem libanesischen

Verbündeten, der christlichen South Lebanese Army und der bis heute mit einem Mandat bestellten UNIFIL (United Nations Interim Forces in Lebanon).

Der weitaus stärkere Katalysator für die Radikalisierung von Teilen der schiitischen Gemeinschaft war jedoch die erneute Invasion Libanons 1982. Israel wollte die PLO nun endgültig aus dem Land vertreiben und den seit 1976 stetig wachsenden syrischen Einfluss eindämmen. Bei dieser militärischen Operation, die Beirut mit einschloss, starben 18.000 Zivilisten und Zehntausende wurden verletzt. Die syrische Luftwaffe erlitt schwere Verluste und zog sich zur syrischen Grenze zurück. 1983 war die PLO schließlich gezwungen, den Libanon zu verlassen (vgl. Hamzeh 2004: 16). „In fact, Israel had hoped that a Lebanon freed from Syria and the PLO, with a Christian-dominated regime, would bring peace and closer connections between the two countries.“ (ebd.)

Israel verhalf Bashir Gemayel, einem maronitischen Christen, die Position des Präsidenten zu übernehmen. Doch Gemayel wurde ein Jahr später bei einem Autobombenanschlag getötet. Aus Rache verübten die Lebanese Forces, eine maronitische Miliz, die Gemayel nahestand, unter dem Beisein der Israelis in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatilla ein Massaker mit Hunderten Toten (vgl. ebd. 16f).

Die Ereignisse von 1978 und vor allem seit der Invasion 1982 wirkten als Triebfeder für die Gründung der Hisbollah.

„The Israeli invasion, ironically, promoted the fortunes of Hizbullah by providing a politico-military environment that legitimated the group and gave a rationale for its guerrilla warfare. Similarly, the presence of the Western foreign troops in Lebanon, particularly of the U. S. Marines, also boosted the fortunes of Hizbullah, which considered fighting such forces to be as legitimate as fighting the Israeli occupation.“ (ebd. 17)

Israel konnte zwar die PLO aus dem Land vertreiben, schuf sich jedoch gleichzeitig einen neuen Feind, der sich aus den israelischen Angriffen legitimieren konnte.

6.4 Beziehungen zum Iran über Musa al-Sadr

Die Beziehungen der Schiiten im Libanon zum Iran nahmen über den Geistlichen Musa al-Sadr ihre heutige Form an. Der Schiite Musa al-Sadr gilt als Wegbereiter zur Entwicklung der libanesischen Schiiten zu einer der einflussreichsten Gruppen im Libanon. Sadr war der Sohn eines einflussreichen iranischen Gelehrten und wurde theologisch, aber auch säkular, im Iran ausgebildet. An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass unter den Schiiten ein reger Austausch über Grenzen hinweg üblich war, Musa al-Sadrs Leben gilt dafür als exemplarisch: „[...] the Shi'i cosmopolitanism that blurred the lines between Arab, Persian, and Turk, and that had Nadjaf in Iraq as its centre.“ (Chehabi/Tafreshi 2006: 139). Sadr galt als Ausnahme unter den Geistlichen, da er sich früh für weltliche Bildung und Themen interessierte. Die Grundeinstellung unter den schiitischen Geistlichen im Iran war tendenziell konservativ und apolitisch, die zunehmende Säkularisierung unter Shah Pahlavi wurde als Verwestlichung der iranischen Kultur wahrgenommen. Musa al-Sadr hingegen interessierte sich auch für eine weltliche Bildung, um den fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel auf einer anderen Ebene fassen zu können. Dieses Interesse wurde allerdings vom traditionellen Teil des Klerus mit Argwohn betrachtet. Er war bereits im Iran politisch aktiv, gab eine Zeitschrift zu islamischen Themen in Bezug zur Gesellschaft heraus und beschäftigte sich mit dem Zusammenhang von Ökonomie und Islam (vgl. ebd. 142f.). Im Zuge eines Aufenthaltes im Libanon während der 1950er-Jahre wurde Sadr durch seinen damaligen Repräsentanten und Führer, Sharafeddin, bekannt und geschätzt. Nach seinem Tod 1957 baten die libanesischen Schiiten Ayatollah Borujerdi, Musa al-Sadr als ihren Vertreter und Führer zu nominieren. Die Anfrage an sich war nichts Außergewöhnliches, viel eher, dass Sadr namentlich genannt als ihr Führer auftreten sollte (ebd. 144). Er blieb vorerst im Iran, jedoch stieß er mit seinen relativ liberalen und reformistischen Vorhaben auf erheblichen Widerstand seitens des traditionellen Klerus, der ihn zusätzlich zum repressiven System Pahlavis von seinen Vorhaben im Iran absehen lies.

„By this time, however, Musa Sadr had given up on Iran and concentrated his efforts on Lebanon. Indeed, the inertia Musa Sadr encountered in Iran was an important factor in his decision to move to Lebanon, where he hoped to be less hamstrung by clerical traditionalists on the one hand and an unsympathetic government on the other.“ (ebd. 150)

Er sah seine Aufgabe darin, die Situation der Schiiten im Libanon zu verbessern. Sie gehörten zur ärmsten und unterprivilegiertesten Gruppe des Landes. Musa al-Sadr

förderte vor allem die Bevölkerung im Süden des Libanons, die vermehrt unter den israelischen Vergeltungsschlägen aufgrund der palästinensischen Guerilla-Angriffe zu leiden hatte. Seine anfängliche Unterstützung der PalästinenserInnen nahm mit dem zunehmenden Leidensdruck der Schiiten immer mehr ab. Sadr warnte die PLO vor Konsequenzen, die ihre fortwährenden Angriffe auf Israel bezüglich des Verhältnisses zwischen den PalästinenserInnen und den Schiiten haben werden, jedoch blieben seine Warnungen ungehört (vgl. Norton 2007: 19).

Musa al-Sadr befand sich dadurch in einem politischen Dilemma. Die miserable Lage der Schiiten zu verbessern, war seine Hauptaufgabe, doch verschiedene Kräfte im schiitischen Klerus, die Opposition zum Shah und seine arabischen Verbündeten standen sich untereinander feindlich gesinnt gegenüber. Sadr musste seine Handlungen zwischen den verschiedenen Positionen der Akteure und Helfer abwägen und diplomatisch agieren. Die Abneigung gegenüber dem repressiven System im Iran und der aufkeimende Kampf gegen den Shah standen der erforderlichen finanziellen Unterstützung der Schiiten diametral gegenüber. Er war großer Kritik ausgesetzt, als er sich mit Reza Shah bezüglich der Finanzierung eines Spitals und einer Universität traf. Seine Rechtfertigung war, dass der Shah zwar intern als Tyrann wahrgenommen wird, international aber das Staatsoberhaupt einer wichtigen Nation ist und es deswegen trotzdem seine Pflicht sei, ihn zu treffen (Chehabi/Tafreshi 2006: 156). Die iranische Außenpolitik verstand es ebenso, trotz einer säkularen Ausrichtung, die Verbindung zu den schiitischen Gemeinschaften außerhalb des Irans zu unterhalten. Sadr hätte dafür instrumentalisiert werden sollen, doch er verfolgte eigene Ziele, die in der gegenwärtigen politischen Situation nicht komplexer hätten sein können.

„Sadr, however, had his own agenda: to improve the lot of the Shiis and to shield them from Israeli attacks while supporting both the Palestinian cause and the anti-Shah opposition, objectives that were difficult to reconcile in practice and that required close contact with Arab governments.“ (ebd. 157)

Sadrs Bemühen um finanzielle Unterstützung brachte ihn auch den arabischen Staaten näher, was dem Regime im Iran zunehmend ein Dorn im Auge war. Schließlich zogen sie Sadrs Staatsbürgerschaft zurück und stellten jegliche Hilfe für die libanesischen Schiiten ein. Musa al-Sadrs Engagement für die Schiiten erforderte aber enge Kontakte zu den arabischen Staaten. Diese verlangten allerdings aufgrund des vom Iran nicht eingehaltenen Ölembargos der 1970er-Jahre und dessen Nähe zu westlichen Staaten eine Distanzierung vom herrschenden Shah Regime. Es war auch zu dieser Zeit, als sich

Sadr dem syrischen Regime unter Hafiz al-Assad näherte und den syrischen Präsidenten bzw. die Alawiten mit einer *Fatwa* als Teil der schiitischen Strömung des Islam anerkannte (vgl. ebd. 157f.).

Musa al-Sadr baute Verbindungen zwischen den libanesischen Schiiten und den arabischen Ländern, vor allem Syrien, auf, musste dafür aber die Kooperation mit dem Iran unter Reza Shah abbrechen. Mit der Gründung des *Lebanese Supreme Islamic Shi'i Council* 1969 durch Sadr bekamen die Schiiten im Libanon zum ersten Mal eine repräsentative Institution, die sich für die Rechte der Schiiten, unabhängig von den sunnitischen Institutionen, einsetzte (Norton 2007: 20). Die Beziehungen zu Syrien legten den Grundstein für eine weitere Kooperation der beiden Staaten im Libanon, wenn auch mit unterschiedlichen Interessenschwerpunkten. Das iranische Regime unter Pahlavi distanzierte sich von Sadr, da seine Nähe zur Opposition und anderen arabischen Herrschern für den Shah zu einer Bedrohung wurde. Die Querverbindung des Imams zu Khomeini, dessen konservative Positionen der reformistische Sadr zwar nicht teilte, aber generell für einen politischen Klerus auftrat, wurde mit dem Aufkeimen der islamischen Revolution wieder verstärkt (Chehabi/Tafreshi 2006: 160). Er stellte sich im Zuge der Revolution auf Khomeinis Seite und verurteilte die Politik des Shahs öffentlich. Doch noch bevor Pahlavi gestürzt wurde, verschwand Musa al-Sadr 1978 unter mysteriösen Umständen bei einem Besuch Gaddafis in Libyen (vgl. ebd.). Seine Tätigkeiten verschafften den libanesischen Schiiten nicht nur ein politisches Gewicht im Libanon, sondern auch durch strukturelle Verbindungen externe Hilfe durch den schiitischen Klerus im revolutionären Iran und in den arabischen Staaten, allen voran durch die Verbindungen zu Syrien.

Musa al-Sadr bemühte sich die libanesischen Schiiten zu einen, indem er gemeinsam mit Mostafa Chamran die Amal gründete. Die Schiiten waren in verschiedenen bewaffneten Organisationen und politischen Bewegungen aktiv, die Amal war eine von vielen Gruppen, die sich gegen die wachsende Bedrohung durch Israel, aber auch andere Milizen, wie der PLO, innerhalb des Libanons zur Wehr setzen wollte. Als sein größter Erfolg wird die Reduzierung der Autorität traditioneller schiitischer Eliten genannt, weniger die Organisation der Schiiten unter der Amal (vgl. Norton 2007: 19f.). Doch aus ihren Reihen formierte sich mit Hilfe des Iran die Hisbollah, deren Entwicklung im nächsten Kapitel näher beleuchtet wird.

6.5 Gründung der Hisbollah und iranische Interessen

Die offizielle Gründung der Hisbollah lässt sich nicht auf ein genaues Datum festlegen. Es wird von verschiedenen Autoren auf die Zeit zwischen 1980 und 1983 eingeschränkt, wobei die israelische Invasion 1982 die Radikalisierung innerhalb der Amal und damit die Abspaltung zu einer islamisch geprägten Gruppierung forcierte. Ab diesem Zeitraum lassen sich beispielsweise für Sakmani alle Attribute der Organisation feststellen, auch wenn diese noch im Untergrund aktiv war (vgl. Sakmani 2008: 39). Norton würde die Formierung der Hisbollah in einer kohärenten Form eher in der Mitte der 1980er-Jahre verorten (Norton 2007: 34).

Die PLO führte ab ihrer Ankunft 1970 vom südlibanesischen Gebiet Guerilla-Angriffe auf Israel durch. Das hatte schwerwiegende Vergeltungsschläge zur Folge und führte zu einer Massenflucht der Schiiten in den Süden Beiruts. Syrien wollte einem israelischen Einmarsch 1976 zuvorkommen und intervenierte aufseiten der christlichen Milizen (und mit Unterstützung von Sadrs Amal) gegen die PLO und konnte sie weit zurückdrängen. Noch im selben Jahr bekam Syrien ein offizielles Mandat der Arabischen Liga, um im Libanon als Ordnungsmacht zu fungieren (vgl. Sakmani 2008: 35).

Die Amal lebte noch einmal nach Musa al-Sadrs Verschwinden in Libyen 1978 auf. Mittlerweile bekam die Amal auch von der schiitischen Mittelklasse Unterstützung im Kampf gegen die christliche Vormachtstellung im Libanon (vgl. Norton 2007: 22).

Die Spannungen zwischen den Schiiten und den Palästinensern wurden aber immer größer, vor allem, nachdem Israel 1978 in den Südlibanon einmarschierte. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern und der Amal wurden häufiger, wobei die Amal zu Beginn auf der Seite der Palästinenser stand, doch die verschlechternde Sicherheitslage der Bevölkerung wendete das Blatt (vgl. ebd.).

Die Amal wurde über Nadjaf, dem schiitischen Zentrum im Irak, durch iranische Gelehrte und radikalere Strömungen beeinflusst. Junge Libanesen, die eine religiöse Ausbildung anstrebten, taten dies oft entweder bei Sadrs Cousin Ayatollah Muhammad Baqr al-Sadr oder im irakischen Kerbala. Mit dem Voranschreiten der Revolution im Iran wurde der Irak für den schiitischen Klerus immer ungemütlicher. Ayatollah Khomeni selbst wurde 1978 aus dem Irak ausgewiesen, so wie die späteren Gründungsväter der Hisbollah, Subhi Tufayli und Abbas Musawi. Khomeni ging ins französische Exil nach Paris, während die beiden anderen zurück in den Libanon gingen. Musawi baute ein religiöses Zentrum in Baalbek, im libanesischen Bekaa-Tal,

auf, in dem Seyyid Hasan Nasrallah, der aktuelle geistige Führer der Hisbollah, sein Schüler und Protegé wurde (vgl. ebd. 31). „The returnees from Iraq brought with them revolutionary fervor and the commitment to change their societies. They shared antipathy toward Israel and loyalty to Iran.“ (ebd.). Die meisten der Rückkehrer waren Mitglieder der Hizb al-Da’wa-Partei, einer islamisch geprägten Partei, die 1958 im Irak als Alternative zur säkularen kommunistischen Partei gegründet wurde. Ihre Aufgabe bestand nun darin, die Amal in eine islamische Richtung zu verändern (ebd.).

In der Bekaa-Ebene wurden militärische Trainingslager eröffnet, wo iranische Pasdaran-Kämpfer und ehemalige Amalmilizen gemeinsam für den Kampf trainierten. Die Ebene stand seit der Intervention 1976 unter syrischer Kontrolle und bot damit ideale Bedingungen um die Miliz zu trainieren, trotz der massiven Präsenz Israels im Land. Die taktische Übereinkunft Syriens und Irans, gemeinsam gegen Israel vorzugehen, diente als gemeinsames Ziel, obwohl beide eine unterschiedliche Politik verfolgten – während Syrien die säkulare Amal präferierte, unterstützte Teheran die Radikalisierung und schlussendlich die Abspaltung (vgl. ebd. 38f). Unter den Rückkehrern aus dem Iran war Sayyid Muhammad Hussein Fadlallah, der nach Musa al-Sadrs Verschwinden als einflussreichster schiitischer Führer aufstieg. Er forcierte die „Islamisierung“ der Amal (vgl. Norton 2007: 32). Die ersten Kader der Organisation, aus der die Hisbollah hervorging, waren zu dieser Zeit Anfang bis Mitte zwanzig. Hassan Nassralah, der aktuelle geistliche Führer der Hisbollah, war 1982 gerade 22 Jahre alt (vgl. ebd. 34).

Syrien und der Iran unterstützten die jungen Revolutionäre, wobei der Iran die Hauptrolle übernahm, um die Idee der islamischen Revolution zu verbreiten. Syrien organisierte während des Aufbaustadiums die logistische Versorgung und sorgte für Sicherheit. Der Iran war vor allem für Waffenlieferungen und den ideologischen Unterbau zuständig. Gleichzeitig konnten die Pläne Israels, eine christliche, proisraelische Regierung im Libanon zu installieren, durchkreuzt werden (vgl. Sakmani 2008: 39 u. Norton 2007: 35).

Die schiitische Bevölkerung im Libanon hat einen Anteil von gut 40 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die schlechte ökonomische Lage und die politische Marginalisierung der Bevölkerungsgruppe wurde zu einer Antriebsfeder für schiitische Geistliche, im Libanon aktiv zu werden, bot aber auch die Möglichkeit der Politisierung

und Vereinnahmung für die Ziele externer Akteure. Yair Hirschfeld sieht drei Hauptargumente für das iranische Engagement im Libanon: der große Anteil der Schiiten an der Gesamtbevölkerung; die persönliche Beziehung Khomeinis zu Imam Musa al-Sadr, dem geistigen Führer der libanesischen Schiiten; sowie die schlechte sozioökonomische Lage gegenüber den anderen Gruppen im Libanon. Der libanesischer Staatsapparat war zusammengebrochen, was die iranische Einflussnahme einfacher gestaltete. Des weiteren lebt der größte Teil der schiitischen Bevölkerung im Südlibanon und somit in direkter Nachbarschaft zu Israel (vgl. ebd. 110). Dadurch war es für den Iran eine einfache Möglichkeit, „[...] the ‚popular struggle against Zionism‘, and thus demonstrate Iran’s specific contribution to the Arab (and Islamic) struggle against Israel[.]“ aufrechtzuerhalten (ebd. 111).

Nach der islamischen Revolution verstärkte sich der Einfluss des Irans auf die libanesischen Schiiten. Die Amal diente als Instrument der iranischen Politik, wobei, wie weiter oben beschrieben, nicht von einer homogenen Gruppe gesprochen werden kann. So wie sich die libanesischen Schiiten in verschiedenen Organisationen wiederfanden, war auch die Amal keine ideologisch streng ausgerichtete Gruppe, sondern von verschiedensten Meinungen und Richtungen ihrer Mitglieder geprägt. Sie vereinte unter sich Menschen aus allen Regionen des Libanons, deren Einstellung gegenüber Israel, den PalästinenserInnen, einem säkularen oder islamischen System gegenüber unterschiedlich war (vgl. Chehabi 2006: 210). Die Mitglieder der radikaleren Da’wa-Partei waren angehalten, der Amal beizutreten um ihre religiösen Ideale in der Partei zu vertreten und damit die ausgewogenere Linie, die noch von Musa al-Sadr vorgegeben wurde, zu verlassen. Die Radikalisierung einiger Mitglieder innerhalb der Amal geschah gleichzeitig mit der Neuausrichtung unter Nabih Berri, der eigentlich eine Säkularisierung und Öffnung für alle Konfessionen anstrebte: „[...] which accepted the Lebanese state and wished to strengthen it *vis-à-vis* the Palestinian fighters operating on its soil while enhancing the Shi’is’ share of power.“ [Kursivsetzung i. O. Anm. d. A.] (ebd.). Der Einfluss der Amal-Befürworter sank mit dem Zugewinn von propalästinensischen Positionen in der iranischen Regierung. Die Kritik innerhalb der Amal an Berris Führung wurde immer lauter, vor allem von Husayn al-Musawi. Es wurde vor allem kritisiert, dass die Amal zu unislamisch war und sich zu wenig an Khomeinis Idealen orientierte. Musawi war mittlerweile in der Position des offiziellen Sprechers und stellvertretenden Leiters der Amal. Er zollte Khomeini 1982 Tribut und versprach den Kampf um Jerusalem unter des Ayatollahs Führung, während Berri die

Amal eigentlich für andere Konfessionen öffnen wollte. Die Amal war zu diesem Zeitpunkt als militärische Kraft wieder aktiv und lieferte sich 1981 und vor allem 1982 schwere Kämpfe mit der PLO, in Beirut, aber auch im Südlibanon, die schließlich mit der israelischen Invasion endeten (vgl. ebd. 211).

Die folgenden Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon stellten die Weichen für einen Bruch der radikalen Kräfte mit der Amal. Die eingesetzte Kommission, die auf Drängen der USA eingesetzt wurde, sollte die fünf größten Minderheiten des Libanons mit an den Verhandlungstisch bringen. Berri nahm als Vertreter der Schiiten an der Konferenz teil. Er wurde vom iranischen Botschafter dazu gedrängt, nicht teilzunehmen, da es sich offenbar um ein „American Committee“ handelte (ebd. 216). Diese Sicht wurde auch in Teheran publik, worauf Musawi die Haltung Berris als Verrat an Musa al-Sadr verurteilte. Die Verhandlungen endeten mit dem Abzug der PLO aus dem Libanon. Da Berri aber von seiner Position nicht abweichen wollte, zog sich Musawi in die Beeka-Ebene zurück und gründete die „Islamic Amal“, wobei sie sich dem iranischen Regime unterordneten (ebd. 217). Die neue Organisation stellte eine ernsthafte Konkurrenz zu Berris Amal dar, da seine Entscheidung, den ausgehandelten Kompromiss mit dem Abzug der PLO mitzutragen, auf sehr großen Widerstand innerhalb der schiitischen Bevölkerung stieß. Zum einen waren nicht alle Schiiten gleich stark von den Kämpfen der PLO betroffen wie jene im Süden Libanons, zum anderen wollten sie vor allem keine Kooperation mit Bashir Gemayel, dem Führer der „Lebanese Forces“, die für unzählige Vertreibungen verantwortlich waren (vgl. ebd.).

6.5.1 Verhältnis gegenüber Syrien

Syriens Interesse lag vor allem darin, über die Amal die PLO in Schach halten zu können. Während der Palästinenserführer Yassir Arafat im Iran mit offenen Armen empfangen wurde, war Assad ihm gegenüber eher misstrauisch eingestellt – wie der gesamten PLO, bei der er keine eigenständigen Aktionen dulden wollte. Anfang der 1980er-Jahre wurden Kämpfer der Amal in Syrien ausgebildet, woraufhin sich die Spannungen zwischen Amal und PLO weiter steigerten. Sie gingen vor allem gegen die palästinensische Guerilla vor und unterstützten damit indirekt israelische Ziele (vgl. ebd. 32).

Assad sah im Aufbau einer Miliz im Südlibanon aber auch die Chance, die 1967 im arabisch-israelischen Krieg an Israel verlorenen Golanhöhen wiederzugewinnen, ohne selbst in eine direkte Konfrontation mit Israel zu gehen (Sakmani 2008: 38).

Während der Iran religiös motivierte politische Ziele verfolgte, handelte Assad im Sinne einer pragmatischen Realpolitik, mit strategischen Zielen, nicht nur um seinen Einfluss in der Levante auszubauen, sondern auch um verlorenes Gebiet wiederzuerlangen. Es war ein Drahtseilakt zwischen den Parteien durch die Allianz mit dem Iran und dem Versuch, die PLO einzuschränken, was sich ironischerweise mit den Zielen Israels deckte.

Assads Kooperation mit dem Iran hatte ihre Anfänge im libanesischen Bürgerkrieg und intensivierte sich nach der islamischen Revolution im Iran. Khomeinis Machtergreifung folgte auf die US-gestützte autoritäre Politik Reza Pahlavi, unter der die säkulare Opposition unterdrückt wurde und keinerlei Mitbestimmung möglich war. Durch die Verdrängung der säkularen Opposition konnte sich der schiitische Klerus als Lösung für die Probleme der iranischen Bevölkerung profilieren. Die Entfremdung der Menschen von der durchgeführten Modernisierungspolitik, die ohne jeglicher Mitbestimmung implementiert wurde, wurde vom iranischen Klerus geschickt genutzt um eine neue Denkrichtung vorzugeben. Die Politisierung des schiitischen Islams ging mit der Romantisierung der islamischen bzw. iranischen Kultur einher, womit ein neuer Identifizierungspunkt für die entwurzelte Gesellschaft versprochen wurde.

Die regionalpolitischen Machtverschiebung im arabischen Raum durch die Boykottierung Ägyptens nach dem Friedensschluss mit Israel eröffnete Syrien die Chance, seine Macht auszubauen. Die Verbindung zum iranischen Klerus wurde über die Kooperation mit Musa al-Sadr hergestellt, der im Libanon mit Hilfe Syriens die Vorgängerorganisation der Hisbollah gründete. Der Libanon wurde zum politischen Spielfeld beider Akteure, nachdem es sich um ein direktes Nachbarland zu Israel handelt konnten ermöglichte der Bürgerkrieg beiden Akteuren indirekt Einfluss auf den Nahostkonflikt zu nehmen, ohne auf eigenem Territorium vom Kampfhandlungen betroffen zu sein. Über Sadrs Amal konnte Syrien weiterhin die PLO in Schach halten, um keinen unkontrollierten Konflikt entstehen zu lassen. Der iranische Einfluss auf die Amal nach der Revolution erwies sich als um einiges radikaler, aber die Interessen beider Staaten an einer weiteren Kooperation scheinen den Disput über die Politik im

Libanon zu überdecken. Die Friktionen zwischen der Amal und ihrem durch den Iran gestützten Ableger, aus der die Hisbollah hervorging, sollten sich im Lauf der 1980er Jahre auf ein pragmatisches Niveau zwischen den Akteuren relativieren.

7. Völkerrechtliche Betrachtung

Der zum Zeitpunkt der Recherche andauernde Konflikt in Syrien macht eine völkerrechtliche Betrachtung notwendig. Die bewaffneten Auseinandersetzungen, die seit Ende 2011 andauern, stellen die Weltgemeinschaft vor ein schier unlösbares Problem. Die Allianz Syriens mit dem Iran und der Hisbollah, die im aktuellen Konflikt auf eine Härteprobe gestellt wird baut auf den betrachteten formativen Umständen der letzten Jahrzehnte auf. Der Iran unterstützt den syrischen Machthaber Bashar al-Assad im militärischen ebenso wie im politischen Bereich, der Einsatz der Hisbollah an direkten Kampfhandlungen in Syrien gegen die Rebellengruppen destabilisiert die fragile Situation im Libanon zusätzlich. Der Weltgemeinschaft stehen im Rahmen des Völkerrechts Mittel zur Verfügung, um den Konflikt einzudämmen und die daran beteiligten Parteien zur Verantwortung zu ziehen. Auf Grund der Konzeption und des derzeitigen Entwicklungsstandes des Völkerrechts stellen sich allerdings einige systematische Lücken im Bezug auf die komplexe Lage in der Region.

Das Völkerrecht (VR) in seiner „klassischen“ Auffassung diene in erster Linie der Vermeidung von Konflikten zwischen Staaten, den primären Völkerrechtssubjekten (VRS). Das traditionelle Völkerrecht regelte die Zuständigkeiten der einzelnen Staaten im Bezug auf Raum, Personen und Sachgebiete gegenüber anderen VRS und sollte die Konkurrenz unter den Staaten in einigermaßen geregelten Bahnen ordnen. Das Normensystem des VR beruhte – und beruht – auf dem zentralen Element der Souveränität der Staaten und räumte ihnen zunächst das Recht ein, Kriegsführung als legitimes Element der Außenpolitik anzusehen. Erst mit der Entwicklung moderner Kriegsführung und der damit einhergehenden Zerstörungsgewalt bewaffneter Konflikte wurde das Augenmerk auf die Verhinderung von für alle Seiten negativem Verhalten gelenkt, indem das Kriegsrecht bzw. Humanitäre Recht entwickelt wurde. Im Verlauf des 20. Jhd. wurde Krieg als außenpolitisches Mittel verpönt und ein immer umfassenderes Kriegs- und Gewaltverbot zwischen den VRS verankert.

Als grundsätzliche Zielsetzung des VR heute auf Grundlage der UNO-Charta ist die Friedenserhaltung in der Weltgemeinschaft in den Vordergrund gerückt worden. Die Völkerrechtssubjekte stellen primär Staaten dar. Allerdings werden internationale Organisationen sowie der Heilige Stuhl und Malteser Orden, aber auch als kriegsführend anerkannte Aufständische und das Komitee des Roten Kreuzes bzw. Halbmondes als partiell Völkerrechtssubjektivität beigemessen (Neuhold 1997: 4f).

Der Staat als VRS hat als Hauptmerkmal die Souveränität, durch die die autonome Befehlsgewalt nach Innen und Außen gewährleistet wird und die Unabhängigkeit und souveräne Gleichheit der Staaten voneinander definiert. Dieses Prinzip entstand im Europa des Mittelalters im Zuge des Umgangs von Stadtstaaten miteinander, und wurde in der Neuzeit als Grundlage für die Beziehungen der entstandenen Nationalstaaten und im Dekolonisierungsprozess herangezogen. Mittlerweile geht das VR von der Tatsache aus, dass Staaten nicht völlig unabhängig voneinander existieren können und insbesondere die (Inter-) Dependenz von und zwischen Großmächten die Realität der internationalen Beziehungen prägen. Der Abstimmungsgrundsatz der Vereinten Nationen, der auf diesem politischen Gleichheits- und Souveränitätsprinzip basiert, hat bei Mehrheitsvoten einen verzerrenden Effekt, da jeder Staat eine Stimme unabhängig von seiner Größe, Bevölkerung oder Wirtschaftsmacht besitzt. Das Vordringen der Menschenrechte und deren Achtung durch den Staat und das Hinzutreten individueller Strafrechtsverantwortlichkeit bei Verstößen gegen das Humanitätsrecht bzw. Kriegsverbrechen erschütterten die Vorstellung des Staates als dominantes VRS nachhaltig und lösten damit eine neue Diskussion aus. Politische und ideologische Gründe lassen Staaten, hier sei aktuell Russland oder China zu erwähnen, am Prinzip der Staatssouveränität festhalten, aber auch Staaten des sogenannten Südens mit sehr heterogenen Bevölkerungen und schwacher Staatlichkeit beharren auf diesem Prinzip (Friendly Relations Declaration (FRD), VN-GV Resolution 2625/1970; vgl. ebd. 8f.).

Zu den Grundregeln der zwischenstaatlichen Beziehungen gehören das Verbot der Gewaltanwendung bzw. –androhung und das Interventionsverbot. Das aus dem Verbot des Krieges als politischem Mittel entstandene Gewaltverbot umging die Schwachstelle, dass politische oder wirtschaftliche Druckausübung vom Gewaltverbot nicht erfasst wird. Bewaffnete Gewalt wird demnach als rechtswidrig angesehen, außer zum Zweck der Selbstverteidigung oder der Anwendung des Kapitels VII der UNO-Charta (Feststellung der Weltfriedensbedrohung oder –bruchs durch den UNO-Sicherheitsrat und Beschlus von Sanktionen). Das Gewaltverbot gilt heute als universelles ius cogens

und ist mittlerweile in das Völkergewohnheitsrecht eingegangen (vgl. ebd. 321f.). Das Interventionsverbot umfasst das Verbot des Einmischens fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Vor allem ehemalige Kolonialstaaten aber auch die Bewegung der Blockfreien sprachen sich für das Interventionsverbot in innere Angelegenheiten aus, da es dem Selbstbestimmungsrecht widersprechen würde. Die Großmächte akzeptierten die Eingrenzung des Handlungsspielraums nur langsam, vor allem vor dem Hintergrund, dass sie nicht die Opfer der Interventionen waren, sondern nur kleinere Staaten. Interventionen wie politische oder wirtschaftliche Einflussnahmen finden daher oft auf einem niedrigerem Niveau als Waffengewalt statt (vgl. ebd. 335).

7.1 Humanitäres Völkerrecht

Das moderne humanitäre Recht bzw. Kriege recht, entstand als Folgewirkung der Schlacht von Solferino 1859. Deren Gräu el und das resultierende Leid der am Schlachtfeld zurückgelassenen Soldaten haben den Genfer Kaufmann Henry Dunant zur Gründung des Roten Kreuzes bewegt. Dunant stellte die ersten drei Forderungen auf, dass jede Gesellschaft eine medizinische Organisation gründen solle die sich im Kriegsfall dem Leid der Verletzten am Schlachtfeld widme und der Aufforderung an die Staatengemeinschaft, diese Personen und Einrichtungen von Kampfhandlungen herauszuhalten. Diese Personen und Einrichtungen sollten eindeutig mit einem Symbol erkennbar sein, woraus sich das Rote Kreuz bzw. der Rote Halbmond in muslimischen Ländern entwickelte. Die erste Konvention zum Schutz der Verwundeten wurde 1864 in Genf von 16 Staaten verabschiedet. Aus diesen simplen drei Forderungen entwickelte sich durch das Hinzufügen weiterer Kategorien schließlich das internationale humanitäre Recht (vgl. Bouvier 2008: 5f.). Internationales humanitäres Recht oder auch Kriege recht bedeutet:

„[...] international rules, established by treaties or custom, which are specifically intended to solve humanitarian problems directly arising from international or non-international armed conflicts and which, for humanitarian reasons, limit the rights of Parties to a conflict to use the methods and means of warfare of their choice or protect persons and property, that are, or may be, affected by conflict.“ (Sandoz; Swinarski; Zimmermann 1987: xxvii).

Humanitäres Recht kommt in bewaffneten Konflikten zur Anwendung, wobei es die Balance zwischen militärischer Notwendigkeit und humanitären Interessen halten soll. Es beschäftigt sich nicht mit der Rechtmäßigkeit des Konfliktes, sondern regelt, mit

welchen Mitteln und in welchem Ausmaß die Auseinandersetzung zwischen den zumindest zwei Parteien geführt werden darf. Im humanitären Recht vereinbaren Staaten, wie diese Balance aussehen kommen soll, wobei dieser Meinungs- und Rechtsfindungsprozess heute nicht isoliert auf staatlicher Ebene stattfindet, sondern auch NGOs, verschiedene zivilgesellschaftliche und humanitäre Organisationen und auch das Internationale Rot Kreuz Komitee (IRKK) mit eingebunden werden. Das IRKK hat von aus den Genfer Verträgen die Aufgabe, das humanitäre Recht zu verbreiten und als Wächter aufzutreten (Kleffner 2013: 43f.). Das humanitäre Recht unterscheidet nicht, ob ein Krieg ausgerufen wurde oder nicht, sondern kommt bei jedem bewaffneten Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten zum Tragen. Das humanitäre Recht hat aber die weitere Unterscheidung zwischen internationalem Konflikt und einem nicht-internationalem Konflikt, in dem die Staatsgewalt gegen bewaffnete Gruppen vorgeht oder zwei bewaffnete Gruppen gegeneinander innerhalb eines Staatsgebietes kämpfen (ebd.).

Eines der Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts stellt die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung dar. „Die Angehörigen der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei (mit Ausnahme des [...] Sanitäts- und Seelsorgepersonals) sind Kombattanten, das heisst [sic!], sie sind berechtigt, unmittelbar an Feindseligkeiten teilzunehmen.“ (1. Zusatzprotokoll Art. 43; 23). Diese Unterscheidung hat den Zweck, der Zivilbevölkerung Leid zu ersparen und sie aus den Kampfhandlungen heraus zu halten. Nicht-internationale Konflikte, wie der zum Zeitpunkt des Verfassens stattfindende Krieg in Syrien, haben jeodch im Verlauf des letzten Jahrhunderts und vor allem nach dem Ende des Ost – West Konfliktes massiv zugenommen (RULAC 2012 u. Fleck 2013: 581). Die Gewaltanwendung bei derartigen Auseinandersetzungen hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte ebenfalls eine neue Dimension erreicht. Im internationalen wie auch nationalem Kontext steht das humanitäre Völkerrecht vor neuen Herausforderungen:

„If it was ever realistic to expect during armed conflict that warring parties generally treat each other equally, voluntarily accept rules of fair fighting and make effective efforts to minimize suffering, the opposite is often shown in internal wars.“ (Fleck 2013: 581).

Die Anwendung des humanitären Völkerrechts in einem nicht-internationalen Konflikt unterliegt mehreren Besonderheiten. Zum einen kann es durchaus sein, dass die bewaffneten Gruppen sich nicht an Verträge halten wollen, die primär vom Staat, gegen den sie ankämpfen, abgeschlossen wurden, während Staaten tendenziell nicht von

einem nicht-internationalen Konflikt sprechen möchten, wenn sich bewaffnete Gruppen gegen ihn richten, da ansonsten internationales Recht im Zuge der Kampfhandlungen im Inneren eingehalten werden müssen („local unrest“, „frontier incidents“, „low-key aggression“, vgl. Fleck 2013: 585f.). Der Begriff des nicht internationalen Konfliktes umfasst ein sehr weites Feld, dass vom klassischen Bürgerkrieg, in dem eine militärisch organisierte Gruppe versucht, die Macht im Staat zu übernehmen, hin zu unkoordinierten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen mehreren Parteien in einem Failed State Szenario, bei denen ökonomische Überlegungen den politischen überwiegen, reicht (Geiß 2011:49). Eine genaue Definition, wie man einen bewaffneten nicht-internationalen Konflikt von bspw. terroristischen Aktivitäten oder organisierter Kriminalität unterscheiden kann, fehlt bisher. Art 2 Abs 4 der UNO-Charta und die FRD, die Aggressionsdefinition in Art. 3 lit. g der VN-GV Resolution 3314/1974 sowie das wegweisende Nicaragua Urteil des Internationalen Gerichtshofs 1986 und anhängige Fälle und Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofs (etwa ICC Review Conference 2010 in Kampala/Uganda) sowie die SR Resolutionen 1368 und 1374 können diese sensible Lücke nicht zur Gänze ersetzen. Diese Definitionsschwäche birgt die Gefahr der Über- bzw. Unterqualifikation eines Konfliktes. Eine Unterqualifikation eines im inneren stattfindenden Konfliktes scheint auch die Strategie des syrischen Machthabers gewesen zu sein, da die Anerkennung eines bewaffneten Konfliktes einen Kontrollverlust des Staates darstellt und die gegnerische Gruppe eine völkerrechtlichen Aufwertung als Kombattanten erfährt (vgl. ebd. 51). Eine Überqualifizierung hingegen birgt die Gefahr, dass Situationen verfrüht als Konflikt eingestuft werden und sich „[m]it der Anwendung des humanitären Völkerrechts [...] sich zum Teil höhere Schutzstandards, wie sie sich vor allem bezüglich des Einsatzes militärischer Gewalt oder der Ingewahrsamnahme von Personen aus den Menschenrechten ergeben, verdrängen [lassen].“ (ebd. 52). Ein völkerrechtlicher Status der bewaffneten Gruppen stellt diese allerdings im Falle der Gefangennahme nicht mit regulären Kombattanten gleich, die den Status von Kriegsgefangenen hätten, und aufgrund dieser Unterscheidung für ihre Beteiligung an den Kampfhandlungen dem nationalen Recht unterliegen (vgl. Fleck 2013: 589). Viel eher geht es um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts während der Kampfhandlungen, bei dem Verstöße in der Verantwortung der Akteure internationaler Strafverfolgung unterliegen (vgl. ebd. 586). Auch wenn nicht-staatliche bewaffnete Akteure nicht im selben Ausmaß wie reguläre Streitkräfte dem humanitären Völkerrecht unterliegen, so

unterstehen sie doch zumindest dem humanitären Völkergewohnheitsrecht, wodurch sie bei Verstößen haftbar sind (vgl. RULAC 2012).

Der Konflikt in Syrien wurde im Sommer 2012 von verschiedenen Institutionen (IRKK, VN) als Non International Armed Conflict definiert (RULAC 2012). Die internationale Gemeinschaft konnte sich seit Beginn des Krieges nicht zu einer geschlossenen Haltung durchringen, um dem Konflikt ein Ende zu setzen. Ein in diesem Zusammenhang diskutierter Ansatz im VR stellt das Konzept der Schutzverantwortung (oder auch Responsibility to Protect, im folgendem mit der üblichen Abkürzung R2P) dar, das in einer abschließenden Betrachtung herangezogen wird.

7.2 Responsibility to Protect R2P

Die internationale Gemeinschaft stand nach den Massakern von Ruanda und Srebrenica Ende der 1990er Jahre vor dem Vorwurf, keine geeigneten Instrumente zum Schutz der Bevölkerung vor derartigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzen zu können. Als Reaktion auf die massive Kritik an der Handlungsunfähigkeit der VN wurde über eine Veränderung des staatlichen Souveränitätskonzeptes nachgedacht. Unter Kofi Annan wurde die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Souveränität des Staates und der Souveränität des Individuums gestellt, was in letzter Konsequenz „[...] nichts anderes [bedeutete], als dass schwerste Menschenrechtsverletzungen im Extremfall auch zu einer Preisgabe der staatlichen Souveränität führen sollten.“ (Hilpold 2011: 233). Die Grundfrage war, wie die internationale Gemeinschaft auf derartige Verbrechen reagieren kann, ohne die Grundpfeiler des Gewalt- und Interventionsverbotes im Völkerrecht zu schwächen. Das Konzept der Schutzverantwortung wurde vor dem Hintergrund der humanitären Intervention diskutiert, deren Problematik vor allem in der Fixierung auf Gewalt und dem Zuspruch des „Recht auf Intervention“ den intervenierenden Staaten, notfalls ohne Legitimierung durch den Sicherheitsrat, beruht (Brock 2013: 163).

Auf die Irritation in der Staatenwelt folgte der Einsatz der *International Commission on Intervention and State Sovereignty*, um die drängenden Fragen zu klären. Aus diesem Bericht gehen die Grundprinzipien der „Responsibility to Protect“ hervor. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass das Prinzip der Souveränität nicht nur Rechte des Staates betrifft, sondern auch die Pflichten im Sinne von Verantwortung gegenüber

der eigenen Bevölkerung und der Staatengemeinschaft. Der Ansatz des R2P sucht aber nicht nach einer neuen Legitimation der humanitären Intervention, sondern greift umfassender. Vorbeugende Maßnahmen sollen einen Eingriff von Außen erst gar nicht notwendig machen, die Verpflichtung zum Wiederaufbau und humanitärer Abhilfe sollen ein Wiederaufkommen des Konfliktes verhindern. Die zivilen Aspekte stehen bei R2P im Vordergrund. Militärisches Eingreifen soll nur in absoluten Ausnahmefällen, wie Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnischen Säuberungen zum Tragen kommen (Hilpold 2011: 234f.). Die letztendliche Einigung beim VN Weltgipfel 2005 übernahm eine abgeschwächte Version des kommissionellen Berichtes, in dem keine Kriterien für die Wahrnehmung der Schutzverantwortung (*right authority, just cause, right intention, last resort, proportional means und reasonable prospects*) enthalten waren. Der intendierte Verhaltenskodex zur Vermeidung des Vetos durch ein Mitglied des Sicherheitsrates wurde, ebenso wie die explizite Anerkennung des *Uniting for Peace* Ansatzes zur Umgehung eines blockierten Sicherheitsrates, abgelehnt. Als positiv wird gewertet, dass die Gründe für einen Eingriff nun nicht mehr mit der Grenzüberschreitung und der Einzigartigkeit argumentiert werden müssen, sondern die zentralen Schutzanliegen für sich alleine genügen, und damit dem Prinzip der Schutzverantwortung zugestimmt wurde. Präventivmaßnahmen wurden allerdings nicht aufgenommen, wodurch wieder eine gewisse Nähe zur humanitären Intervention geschaffen wurde. Diese hätte durch den ganzheitlichen Ansatz der Kommission vermieden werden sollen (ebd. 237ff.).

„Durch den Beschluss des UN-Reformgipfels von 2005 wurde die Denkfigur der Schutzverantwortung zu einem normativen Bezugsrahmen der internationalen Völkerrechtspolitik, der an die Stelle der „humanitären Intervention“ getreten ist. Insofern kann die Verabschiedung der Schutzverantwortung als Schritt zur Weiterentwicklung des Völkerrechts verstanden werden.“ (Brock 2013: 164).

Die Annahme des Schlussprotokolls ist allerdings nicht friktionsfrei und der Ansatz des R2P bleibt weiterhin umstritten. Die Einbeziehung im Falle der Resolution 1973 im Libyenkonflikt spiegelt das Dilemma des R2P wieder, wie sich im aktuellen Bezug auf Syrien zeigt. Den intervenierenden Staaten wird das Übertreten der Resolution vorgeworfen, die den Schutz der Zivilbevölkerung vorsah aber im Zuge der Intervention zu einem Regimewechsel geführt hat. Vor allem aus der Sicht nicht-westlicher VN Mitglieder wurde hier ein vom Westen unerwünschter Machthaber entfernt (vgl. ebd. 165f.). Für die VN entstehen durch die Aufhebung des Gewaltverbotes für die

Durchsetzung der Schutzverantwortung zwei Zielkonflikte. Einerseits geht der Einsatz von Gewalt mit der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen seitens der Interventionsierenden einher (intrinsischer Zielkonflikt), andererseits kann das Einhalten der Friedenspflicht zum Versagen der Internationalen Gemeinschaft im Schutz der Menschenrechte führen. Dieser extrinsischer Zielkonflikt kann auch im umgekehrten Fall, des nicht einhalten der Friedenspflicht, eintreten. Die Problematik der Autonomie der Staaten geht aber weiter. Die gegenseitige Anerkennung der politischen Autonomie einzelner Mitglieder der VN setzt die Fiktion einer eindeutigen Trennung zwischen Innen und Außen voraus, die für das Funktionieren der Staatengemeinschaft in Form der Grenzziehung durch die VN mit dem Interventionsverbotes vollzogen wird. Die Inneren und Äußeren politischen Handlungsfähigkeiten sind allerdings miteinander verwoben und stehen in einem umkämpften Feld, was sich in dem Diskurs welche Handlungsmöglichkeiten den Staaten und der internationalen Gemeinschaft zusteht, wiederfindet (ebd. 167).

Die Verknüpfung von Souveränität mit Verantwortung wird von Staaten des Südens als normative Machtausübung der westlichen Staaten ausgelegt, deren Objekt der „Weltordnungspolitik“ ob seiner defizitären Menschenrechtslage die Staaten des Südens darstellen würden. Als weiteres Problem steht die Vermengung der beschließenden Instanz, die Mitgliedern des Sicherheitsrats, und der ausführenden Kraft, die eingreifende Partei dar. Die Initiative ergreifenden Staaten stellen nicht solidarisierende Völker dar, sondern Staaten die bestimmte Partikularinteressen verfolgen und ein Eingriff von Außen zum Schutz der Menschenrechte von diesen geleitet wird (vgl. ebd. 168f.). An diesem Punkt trifft sich die Kritik westlicher und vieler arabischer Staaten an der Position Russlands im Syrienkonflikt, partikulare Interessen der humanitären Katastrophe voran zu stellen. In dieser Kritik äußern sich aber die Eigeninteressen der Akteure, deren Motivation sich ebenfalls in regionalen und geopolitischen Interessen wiederfindet (vgl. ebd. 170). Aber:

„Es wäre naiv, materielle (einschließlich geopolitische) Interessen zu ignorieren; es liefe aber auf ein Verschwörungsdenken hinaus, sie als Determinanten des politischen Verhaltens zu verabsolutieren. Vielmehr ist von einer wechselseitigen Durchdringung von partikularen Interessen, identitätsstiftenden Ideen (sowie daraus abgeleiteten Rollenverständnissen) und universalistisch ausgerichteten Wertvorstellungen auszugehen.“ (ebd. 171).

Eine weitere Schwierigkeit in der Debatte um R2P stellt die Fixierung auf militärische Interventionen dar. Die Komplexität solcher Einsätze, mit sehr schwer abschätzbaren

Folgen für die Region und durch die Erfahrungen der tendenziell wenig erfolgreichen Einsätze in der Vergangenheit, lassen die Aufgabe der Schutzverantwortung wieder in die Nähe der humanitären Intervention rücken. Es würde weitere Gewalt in den Konflikt bringen, ohne ein garantiertes Ende des Krieges und einen dauerhaften Frieden zu bringen. Die Konzentration auf militärische Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Schutzverantwortung zeugt von den gelegten militärischen Schwerpunkten der Sicherheitspolitik, in der präventive Maßnahmen zu kurz kommen (vgl. ebd. 172f.).

Die Instrumente der internationalen Gemeinschaft stehen in einem ständigen Spannungsfeld mit den politischen Gegebenheiten und Interessen der Akteure. Durch den zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Syrien stattfindenden Krieg steht die Weltgemeinschaft vor eine humanitäre Katastrophe, die eine Weiterentwicklung der völkerrechtlichen Instrumente zur präventiven Verhinderung einer derartigen Eskalation verlangt. Es soll an dieser Stelle keine Beurteilung abgegeben werden, ob eine Intervention im Sinne der Schutzverantwortung gerechtfertigt ist oder nicht, sondern die der Weltgemeinschaft zur Verfügung stehenden völkerrechtlichen Instrumente beleuchtet und kritisiert werden. Der Zugang des traditionellen VR über den Staat als primäres VRS ist mit der Zunahme bewaffneter Konflikte im nicht internationalen Bereich nicht mehr den Realitäten der Weltpolitik, ihren Vernetzungen und Interdependenzen gewachsen und bedurfte einer Erneuerung des Souveränitätskonzepts. Der Ansatz über die Aufteilung in Rechte aber auch Pflichten eines Staates als Subjekt des VR versucht die Diskrepanz aus territorialem Nationalstaatsdenken europäischer Prägung und der vielfältigen Realität der nach anderen Mustern aufgebauten Gesellschaften zu überwinden, ohne den Staat an sich als Rechtssubjekt zu hintergehen. Im völkerrechtlichen Diskurs geht es nicht nur um Rechtsauslegungen sondern sehr viel um politisches Kalkül, das den jeweiligen MachthaberInnen einen Rahmen an Möglichkeiten absteckt. Jegliche Änderung wird mit Argwohn begutachtet, Einschränkungen oder die eigene Position gefährdende Entwicklungen abgelehnt. Der Einsatz der North Atlantic Treaty Organization (NATO) im Zuge der Rebellion in Libyen unter der Legitimität des Sicherheitsrates brachte die definitorische Schwierigkeit mit sich, wie weit die Schutzverantwortung gehen kann um der Bevölkerung zu helfen. Wobei dieser Aspekt nur den militärischen Teil des R2P Ansatzes beleuchtet. Der Regimewechsel durch den Einsatz der NATO hat bei vielen

Akteuren eine ablehnende Haltung gegenüber dem Konzept der Schutzverantwortung hervorgerufen, wobei an dieser Stelle bestimmte Interessen der MachthaberInnen gewiss eine Rolle spielen. Es ist generell gesetzt der Komplexität des gegenwärtigen Syrienkonfliktes nicht abschätzbar, wie sich eine Intervention auswirken würde und ob die Instrumente der VN und der Willen der potentiell Intervenierenden ausreichen würde, um einen dauerhaften Frieden herzustellen.

8. Conclusio

In der vorliegenden Diplomarbeit wurden die internen und externen Faktoren für die Genese der Allianz Syriens mit dem Iran und der Hisbollah aufgearbeitet. Den analytischen Bezugsrahmen bilden die innen- und außenpolitischen sowie sozialökonomischen Gegebenheiten durch die sich die beiden Staaten in ihrer heutigen Form herausgebildet haben. Mit der Machtergreifung der syrischen Baath Partei in den 1960er Jahren und dem Ausrufen der islamischen Republik 1979 im Iran ist die darauf folgende Entstehung der libanesischen Hisbollah untrennbar verbunden. Die Allianz der drei untersuchten Akteure entstanden in einem komplexen zeitlichen Ablauf, in dem manche Ereignisse parallel und andere versetzt zur Herausbildung der zum Zeitpunkt des Verfassens bestehenden Allianz geführt haben.

Zunächst wurde eine theoretische Annäherung an den arabischen Staat und die Abgrenzung zu einem eurozentrischen Verständnis von Staat und Nation vollzogen, um eine differenzierte Einordnung der Begriffe zu ermöglichen. Der Frage nach Identität und Nationalismus wird in einer kritischen Analyse nachgegangen, indem die Problematik der Einordnung von Identität und Nationalismus aufgezeigt wird.

Um die Vorgänge der politischen sowie sozialen Umwälzungen mit ihren Hintergründen zu fassen, war besonders bei Syrien ein größerer Blick in die Geschichte notwendig. Dieser ermöglicht erst die gesellschaftlichen Verschiebungen und politischen Entwicklungen, die maßgeblich für den Aufstieg der Baath Partei und damit Hafiz al-Assad verantwortlich waren, in einem geopolitischen und historischen Kontext zu verorten.

Die iranische Revolution 1979 stellt gemeinsam mit der Machtergreifung durch Hafiz al-Assad eine Zäsur in der politischen Landschaft des Nahen Ostens dar. Das zuvor dem Westen freundlich gesinnte Regime unter Reza Shah Pahlavi wurde durch eine Theokratie abgelöst, die eine radikale Abkehr von einem westlich geprägten System

vollzog. Die autokratische Modernisierungspolitik des Shah führte letztendlich zu einer Abkehr der Bevölkerung von den vordergründig modernen Prinzipien, da sie mit Unterdrückung und Gewalt einhergingen.

Als dritter Akteur wurde die Hisbollah in einen regionalpolitischen Kontext gesetzt. Der Bürgerkrieg im Libanon eröffnete für Syrien und den revolutionären Iran ein ideales Feld für ihre politischen Agitationen. Die politischen Ziele Syriens und Irans im Libanon müssen im Kontext des Nahostkonflikts gesehen werden, dessen Auswirkungen direkten Einfluss auf die Geschehnisse im Libanon und die Politik der beiden Staaten hatte.

Der zum Zeitpunkt des Verfassens seit 2011 andauernde syrische Bürgerkrieg stellt die internationale Gemeinschaft vor eine schier unlösbare Aufgabe. Unterschiedliche Interessen der Großmächte und der regionalen Akteure, ihre direkte bzw. indirekte Unterstützung der Kriegsparteien und die damit verbundene Einflussnahme auf die Geschehnisse, machen eine Betrachtung der völkerrechtlichen Instrumente zur Lösung bzw. Verhinderung innerstaatlicher Konflikte notwendig. Über eine Annäherung an das humanitäre Kriebsrecht wird die aktuelle Entwicklung des Responsibility to Protect (R2P) Ansatzes untersucht und die Kritikpunkte bzw. Unzulänglichkeiten aufgezeigt. Es wird aber keine Stellung bzgl. der Anwendbarkeit auf den aktuellen Konflikt bezogen, da dies auf Grund der Komplexität der Materie an dieser Stelle nicht sinnvoll behandelbar wäre.

Die eingangs formulierten Hypothesen und Fragestellungen können anhand der vorliegenden Analyse zum größten Teil beantwortet werden.

Die Konstruktion von Identität anhand der panarabischen Ideologie basiert auf der Erfahrung von Fremdherrschaft und Fragmentierung. Die Definition des arabischen Nationalismus orientiert sich im Gegensatz zum europäischen Verständnis nicht an einem territorial begrenzten Gebiet, sondern an einer gemeinsamen Vergangenheit und an kulturellen Leistungen, allen voran der arabischen Sprache. Die Herausbildung dieser Ideologie ermöglichte die Überwindung der konfessionellen Konfliktlinien um einen gemeinsamen Bezugspunkt zur Identifikation herzustellen. Durch das Berufen auf eine gemeinsame Identität wurde versucht, ethnische und religiöse Trennlinien zu überwinden. Ebendiese wurden jedoch zunächst durch die französische Mandats Herrschaft verstärkt und förderten die weitere Fragmentierung der Gesellschaft. Die Übernahme der panarabischen Ideologie in das politische Programm der Baath

Partei eröffnete zuvor unterdrückten Minderheiten Wege des sozialen Aufstiegs, die in der Präsidentschaft Hafiz al-Assads mündete. Die Konstruktion von Identität anhand einer gemeinsamen Vergangenheit und erlittenen Leids vermittelt ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das durch die autoritäre Politik ausgenutzt werden kann um Machtstrukturen aufrecht zu erhalten.

Die Allianz der drei untersuchten Akteure basiert auf regionalpolitischen Machtinteressen. Der Bezug auf eine gemeinsame religiöse Verbindung und Israel bzw. dem westlichen Imperialismus als gemeinsames Feindbild greift zu kurz. Nach der Schwächung der ägyptischen Vormacht in den 1970er Jahren füllte Assad durch die Allianz mit dem Iran das entstandene Vakuum. Einige Teilaspekte der Identitätskonstruktion finden sich in der Legitimation der Akteure wieder, wie die Betonung der gemeinsamen arabischen Identität oder des gemeinsamen islamisch schiitischen Glaubens. Die Verbindung der Hisbollah mit dem Iran baute auf einem ideologisch aufgeladenen Feindbild der israelischen Bedrohung auf, deren Querverbindung zu den PalästinenserInnen einen Bezug auf die panarabische Ideologie herstellt. Diese formuliert den Palästinakonflikt als arabische, in genauerer Betrachtung als syrische Angelegenheit. Die Konfrontationen Assads mit der PLO und die verschiedenen Zugänge Syriens und des Irans im Libanon lassen jedoch die machtpolitischen Interessen Hafiz al-Assads in den Vordergrund treten. Irans Verbindungen in den Libanon wurden über schiitische Geistliche aufgebaut, um auf die dortige Bevölkerung einwirken zu können und die iranische Revolution verbreiten zu können. Syriens Interessen lagen im Ausbau des Einflussbereiches an der Levante, bei gleichzeitiger Kontrolle der PLO. Die Machtausübung der drei Akteure basiert auf verschiedenen äußeren und inneren Legitimationsgründen, von der israelischen Bedrohung im Libanon bis hin zur inneren Fragilität in Syrien und der Abwehr westlicher Interessen im Iran. Die Stabilität der Allianz lässt sich in Anbetracht des derzeitigen Konfliktes auf längere Sicht nicht seriös beurteilen, da innenpolitische Entwicklungen im Libanon (im Zuge eines Übergreifens des zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit stattfindenden syrischen Bürgerkriegs), die aktuelle vorsichtige außenpolitische Öffnung des Irans und die laufenden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Beilegung eine weitere Entwicklung nicht voraussehbar machen. Die Entstehung der Hisbollah während des libanesischen Bürgerkriegs stellt eine andere Kategorie dar als der blutige Konflikt um den Machterhalt Bashir al-Assads, da er hier als einer der wesentlichen Akteure in einem

grausamen Krieg seine Position zu verteidigen versucht. Die Allianz der drei Akteure konnte trotz einiger kleiner Konflikte über drei Jahrzehnte bestehen. Über diesen Zeitraum vertiefte sich die Kooperation durch zwischenstaatliche Konflikte wie den iranisch-irakischen Krieg in den 1980er Jahren oder den Libanon Krieg zwischen der Hisbollah und Israel 2006. Wie sich die Situation nach einer Beilegung des aktuell stattfindenden zerstörerischen innerstaatlichen Konflikts, der sich direkt gegen die Herrschaft Bashir al-Assads richtet, entwickeln wird, kann nur in weiterer Forschung seriös beantwortet werden.

Die Instrumente der internationalen Gemeinschaft zur Konflikteindämmung bzw. Einschränkung scheitern in der aktuellen Krise am Diskurs um ihre Legitimität. Das VR scheint erst im Nachhinein auf massive Verbrechen gegen die Menschlichkeit reagieren zu können. Auch die Entwicklung des Prinzips der Schutzverantwortung war eine Reaktion auf die humanitären Katastrophen von Ruanda und Srebrenica. Der Versuch Souveränität mit Verantwortung zu verknüpfen kann positiv gewertet werden, jedoch birgt dieses Instrument berechtigte Gefahren in der definitorischen Übermacht bestimmter Staaten. Der Einsatz in Libyen bekräftigte die Bedenken vieler nicht-westlicher Staaten, mit dem R2P Konzept eine neue Art der Interventionspolitik zu legitimieren. Die bestehenden Instrumente des humanitären Völkerrechts können erst nach der Beilegung eines Konfliktes schlagend werden, wenn auf die Verantwortlichen durchgegriffen werden kann.

Abschließend soll noch auf offene Forschungsfragen verwiesen werden, die in Anbetracht der Aktualität und Komplexität des syrischen Bürgerkriegs zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös beantwortet werden können. Wenn man davon ausgeht, dass die Interessen der Realpolitik im geo- sowie regionalstrategischem Sinne über ideologische Partikularinteressen hinausgeht, stellen sich die Fragen nach den Grenzen von ideologischen Paradigmen und den Auswirkungen auf den Identitätskonstruierenden Kern ihrer Überschreitung. Die Grenzen der Realpolitik für einen ideologisch konstruierten Identitätserhalt äußern sich in der offenkundigen „Überdehnung“ propagandistisch instrumentalisierter Identitätskonzepte, wenn diese mit den regional- sowie geopolitischen Entwicklungen nicht mehr Schritt halten können. Die Entwicklungen in Syrien zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit lassen eine solche Annahme realistisch erscheinen, wenn man die Revolutionen im arabischen Raum als

Einflussfaktoren in eine ex post Analyse miteinbezieht und nach den Grenzen einer solchen Politik fragt.

9. Literatur

Alamdari, Kazem (2005): The Power Structure of the Islamic Republic of Iran: Transition from Populism to Clientelism, and Militarization of the Government. In: Third World Quarterly. Vol. 26, Nr. 8, 1285 – 1301.

Alkan, Necati (2012): Fighting for the Nusayrī Soul: State, Protestant Missionaries and the 'Alawīs in the late Ottoman Empire. In: Die Welt des Islam. Vol. 52, 23 – 50.

Ayubi, Nazih (2009): Over-stating the Arab State. Politics and Society in the Middle East. London, New York: I. B. Tauris..

Ayubi, Nazih (1992): Withered socialism or whether socialism? the radical Arab states as populist-corporatist regimes. In: Third World Quarterly. Vol. 13, Nr. 1, 89-105.

Bouvier, Antoine (2008): International Humanitarian Law and the Law of Armed Conflict. Williamsburg: Peace Operations Training Institute.

Brock, Lothar (2013): Dilemmata des internationalen Schutzes von Menschen vor innerstaatlicher Gewalt. Ein Ausblick. In: Die Friedens – Warte. Journal of International Peace and Organization. Vol. 88, Nr. 1-2, 163-185.

Chehabi, H. E. (2006): Iran and Lebanon in the Revolutionary Decade. In: Chehabi, H. E. [Hg.]: Distant Relations: Iran and Lebanon in the last 500 years. Oxford: I. B. Tauris. 201–230.

Chehabi, H. E.; Tafreshi, Majid (2006): Musa Sadr and Iran. In: Chehabi, H. E. [Hg.]: Distant Relations: Iran and Lebanon in the last 500 years. Oxford: I. B. Tauris. 137–161.

Devlin, John (1991): The Baath Party: Rise and Metamorphosis. In: The American Historical Review. Vol. 96, No. 5, 1396 – 1407.

Eriksen, Thomas Hylland (1993): *Ethnicity and Nationalism. Anthropological Perspectives*. London: Pluto Press.

Eriksen, Thomas Hylland (2001): *Small Places, Large Issues. An Introduction to Social and Cultural Anthropology*. London: Pluto Press.

Faksh, Mahmud (1984): The Alawi Community of Syria: A New Dominant Political Force. In: *Middle Eastern Studies*. Vol. 20, No. 2, 133–153.

Ferdowsi, Mir. A. (2002): Iran. In: Nohlen, Dieter (Hg.). *Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. 416–421.

Fleck, Dieter (2013): The Law of Non-International Armed Conflict. In: Fleck, Dieter (Hg.): *The Handbook of International Humanitarian Law*. Oxford: Oxford University Press. 581-610.

Galvani, John (1974): Syria and the Baath Party. In: *MERIP Reports*. No. 25, 3–16.

Geiß, Robin (2011): Das humanitäre Völkerrecht im Lichte aktueller Herausforderungen. In: Heintze, Hans-Joachim; Ipsen, Knut (Hg.): *Heutige bewaffnete Konflikte als Herausforderungen an das humanitäre Völkerrecht. 20 Jahre Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht – 60 Jahre Genfer Abkommen*. Heidelberg: Springer Verlag. 45-68.

Goodarzi, Jubin M. (2009): *Syria and Iran. Diplomatic Alliance and Power Politics in the Middle East*. London: I. B. Tauris & Co Ltd.

Hamzeh, Ahmad (2004): *In the Path of Hizbullah*. New York: Syracuse University Press.

Hajjar, Youssuf; Schoen, Ulrich (1996): Religionen und Konfessionen im heutigen Syrien. In: Haider, Peter; Hutter, Manfred; Kreuzer, Siegfried (Hg.): *Religionsgeschichte Syriens. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag. 351–358.

Hilpold, Peter (2011): Die Schutzverantwortung im Recht der Vereinten Nationen (Responsibility to Protect) – Auf dem Weg zur Etablierung eines umstrittenen Konzepts? In: SZIER Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht. Nr. 2, 231-242.

Hitti, Philip (1961): History of the Arabs. From the earliest Times to the Present. New York: St. Martins Press.

Hirschfeld, Yair (1986): The Odd Couple: Ba'athist Syria and Khomeini's Iran. In: Ma'oz, Mosheh; Yaniv, Avner (Hg.): Syria under Assad. Domestic Constraints and Regional Risks. London, Sydney: Croom Helm. 105–124.

Khoury, Rami (2008): Apples and Oranges: Identity, Ideology, and State in the Arab World. In: Pandya, Amit; Laipson, Ellen (Hg.). Transnational Trends. Middle Eastern and Asian Views, July 2008. The Henry L. Stimson Center.

Kleffner, Jann (2013): Scope of Application of International Humanitarian Law. In: Fleck, Dieter [Hg.]: The Handbook of International Humanitarian Law. Oxford: Oxford University Press. 43-78.

Malešević, Siniša (2006): Identity as Ideology: Understanding Ethnicity and Nationalism. New York: Palgrave Macmillan.

Ma'oz, Mosheh (1986): The Emergence of Modern Syria. In: Ma'oz, Mosheh; Yaniv, Avner (Hg.): Syria under Assad. Domestic Constraints and Regional Risks. London, Sydney: Croom Helm. 9–35.

Mirsepasi-Ashtiani, Ali (1994): The Crisis of Secular Politics and the Rise of Political Islam in Iran. In: Social Text. Duke University Press. No. 38, 51 – 84.

Neuhold, Hanspeter (1997): Abgrenzungen, Strukturmerkmale und Besonderheiten der Völkerrechtsordnung. In: Neuhold, Hanspeter (Hg. u. a.): Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Wien: Manz. 5-13.

Neuhold, Hanspeter (1997): Die Grundregeln der zwischenstaatlichen Beziehungen. In: Neuhold, Hanspeter (Hg. u. a.): Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Wien: Manz. 317-356.

Nohlen, Dieter (2002): Sozialismus. In: Nohlen, Dieter (Hg.). Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. 730-731.

Norton, Augustus R. (2007): Hezbollah. New Jersey: Princeton University Press.

Posch, Walter (2008): Islam und Revolution in Iran oder Schiismus als Politik. In: Feichtinger, Walter; Wentker, Sibylle (Hg.): Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Eine Einführung. Wien: Böhlau Verlag. 99–121.

Pipes, Daniel (1989): The Alawi Capture of Power in Syria. In: Middle Eastern Studies. Vol. 25, No. 4, 429–450.

Ramazani, R. K. (1980): Iran's Revolution: Patterns, Problems and Prospects. In: International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944 -). Vol. 56, No. 3, 443–457.

Rule of Law in Armed Conflicts Project RULAC (13.6.2012): Syria. Applicable international law. Legal qualification of the armed violence in Syria: a non international armed conflict. Geneva academy of international humanitarian law and human rights. Université de Geneva. http://www.geneva-academy.ch/RULAC/applicable_international_law.php?id_state=211 [letzter Zugriff am 27.1.2014].

Sakmani, Manuel S. (2008): Der Weg der Hizbullah. Demokratietauglichkeit, Konflikt- und Stabilisierungspotenziale im Libanon. Studien zum modernen islamischen Orient. Birkach: Klaus Schwarz Verlag.

Sandoz, Yves; Swinarski, Christophe; Zimmermann, Bruno (1987): Editor's Note. In: International Committee of the Red Cross: Commentary on the Additional Protocols of 8 June 1977 to the Geneva Conventions of 12 August 1949. Geneva: ICRC.

Salzborn, Samuel (2006): Ethnizität und ethnische Identität. Ein ideologiekritischer Versuch. In: Zeitschrift für kritische Theorie. Nr. 22–23, 99–119.

Seal, Patrick (1995 [1988]): Asad of Syria. The Struggle for the Middle East. London: University of California Press.

Stäheli, Martin (2001): Die syrische Aussenpolitik unter Präsident Hafez Assad. Balanceakte im globalen Umbruch. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Talhamy, Yvette (2010): The *Fatwas* and the Nusayri/Alawis of Syria. In: Middle Eastern Studies. Vol. 46, No. 2, 175–194.

Traboulsi, Fawwaz (2007): A History of Modern Lebanon. London: Pluto Press.

UNHCR (2013): Syria Regional Refugee Response. Inter-agency Information Sharing Portal. Lebanon. <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/country.php?id=122> [letzter Zugriff am 28.12.2013].

UNRWA (2013): Where we work. Lebanon. <http://www.unrwa.org/where-we-work/lebanon> [letzter Zugriff am 28.12.2013]

Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte. Protokoll 1.

VN Resolutionen:

VN A/RES/3314 (1974): Definition von Aggression.

VN Resolution 1368 (2001): Durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

VN Resolution 1374 (2001)

Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird die Allianz zwischen Syrien, dem Iran und der Hisbollah untersucht. Es wird auf die Konstruktion und Instrumentalisierung von identitätsstiftenden Ideologien eingegangen, die der Legitimierung von realpolitischen Interessen dienen. Der Fokus auf die historische Analyse der Allianz bezieht sich auf die externen und internen Faktoren, unter denen diese ideologischen Paradigmen entstanden sind.

In der theoretischen Annäherung werden die Begriffe des Staates und Nation von einem eurozentrischen Verständnis differenziert, um auf den arabischen Nationalismus als ideologische Grundlage der Baath Partei Bezug nehmen zu können. Nach der Problematisierung des Identitätsbegriffes als Konstrukt, der von politischen Akteuren auf verschiedenen Ebenen verwendet werden kann, geht die Arbeit in eine historische Analyse über. Die gesellschaftlichen Machtverschiebungen zwischen den sozialen und religiösen Gruppen werden anhand interner und externer Einflussfaktoren, vor allem kolonial- und regionalpolitischer Natur, analysiert. Durch die Analyse dieser Einflüsse auf die Gesellschaft kann die Herausbildung der jeweiligen Ideologien und der darauf aufbauenden Systeme in ihren sozialen und politischen Zusammenhängen untersucht werden. Die historische Betrachtungsweise verläuft in mehreren parallelen Strängen, um die komplexen Verbindungen der drei Akteure adäquat beleuchten zu können. Durch die Analyse lässt sich die Instrumentalisierung der Identitätskonstruktionen als Legitimationsgrundlage für realpolitische Handlungen nachzeichnen, deren Höhepunkt der aktuell andauernde syrische Bürgerkrieg darstellt. Dieser Konflikt macht eine abschließende Betrachtung der völkerrechtlichen Instrumente nötig, um die Möglichkeiten und Problematik der Internationalen Gemeinschaft zu benennen, um derartige humanitäre Katastrophen zu verhindern oder zumindest zu minimieren.

English Summary

This thesis is concerned with the historical emergence of the alliance between Syria, Iran and Hezbollah. The construction and instrumentalization of identity-building ideologies is considered to aim at legitimising political interests. The historical analysis focuses on internal and external influences that shaped particular ideologies of respective political players.

The theoretical approach differentiates the Arab approach to state and nation from an eurocentric view to distinguish between nationalism in an European view from Pan-arabism, which forms the basis of the Baath ideology. After problematizing the paradigm of identity as a construction and its misuse by political elites to achieve their own goals, this thesis goes on with an historical analysis. The shifting of powerstructures between social and ethnic groups in the concerned societies is discussed in relation to the influence of external and internal factors. At this point regional and colonial politics are considered in particular. After analysing the influence on these societies it is possible to redraw the emergence of the nowadays states and their underlying ideologies. This analysis runs in parallel paths, to coop with the complex connections of the three considered players. This shows how the construction of a common identity by political ideologies can be used to legitimize gaining and keeping of power by certain leading figures. The ongoing civil war in Syria requires a glance on the possibilities of international humanitarian law. The problems and discussions about the international community's actual legal framework and new developments to protect people from crimes against humanity like the ones currently taking place in Syria will be shown in the last part of the thesis.

Curriculum Vitae

Persönliche Angaben

Name: Robert Walasinski

Sprachen: Deutsch (Muttersprache)

Polnisch (Muttersprache)

Englisch (Fließend in Wort & Schrift)

Bildungsweg

2008 – 2014 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung
Schwerpunkte: Staat und Gewalt, Migration, Humanökologie
Universität Wien, Österreich

2012 Auslandsstudium (Erasmus) an der Jagiellonen Universität Krakau
Uniwersytet Jagielloński, Kraków, Polen

2003 – 2007 Höhere Technische Lehranstalt TGM Wien
Biomedizintechnik (Berufsbegleitend, mit gutem Erfolg abgeschlossen)